

PROTOKOLL

über die 25. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 6. Juli 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

GR Beatrix Toman

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Beantwortung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

-

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) GHJ2-13/99 Sanierung öffentlicher WC-Anlagen; weitere

Sanierungsmaßnahmen.

2) En-17/00 Instandhaltung der Kraftfahrzeuge der städtischen

Elektriker.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

-

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) Fin-120/99 Rechnungsabschluss 1999.

- 2) Fin-108/99 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr-Nord.
- 3) Ha-3309/92 Beteiligung der Stadt Steyr an der OÖ. Technologie- und Marketing GesmbH (TMG); Erhöhung des Stammkapitals.
- 4) VerkR-1250/99 OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV); finanzielle Beteiligung der Gemeinden für das Jahr 1999.
- 5) Rp-2/99 Fachabteilung für Kontrolle und Revision; Jahresbericht 1999 gem. § 39 Abs. 3 StS.
- 6) PräS-386/00 Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution zur Erhaltung des Freizeit- und Naherholungswertes der Enns und dessen Stauseebereich.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 7) Fin-124/00 Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluss 1999.
- 8) PräS-387/00 Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Bestellung eines Ombudsmannes für die Bewohner der Alten- und Pflegeheime.

-

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

- 9) GHJ2-9/00 Verkauf der Parz. 559 aus der EZ 863, KG 49233 Steyr, an die Ehegatten Ing. Bertram und Elfriede Klinger, 4400 Steyr, Sierninger Str. 57, Herrn Dr. Josef Lechner, 4400 Steyr, Grünmarkt 8, sowie an die Ehegatten Hans Walter und Paula Corn, gemeinsam mit Walter Corn jun., 4400 Steyr, Sierninger Str. 55 a.
- 10) GHJ2-18/00 Ankauf einer Schulküche für die HS 1 und HS 2 Tabor; Taschelried 1-3.
- 11) GHJ2-27/00 Erneuerung der Dachfläche Innerbergerstadl (Museum).
- 12) GHJ2-24/00 Sanierung Basketballplatz - HS Ennsleite.
- 13) BauH-73/00 Restaurierung Steinteile; Dach und Fassade - Rathaus.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

- 14) Sport-4619/73 Neufassung der Richtlinien für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr.
- 15) Fin-35/98 Errichtung eines Studentenheimes für die Fachhochschule in Steyr unter Verwendung des Kolpinghauses; Beitrag der Stadt Steyr (Subventionierung - 3. und letzte Rate).
- 16) Abf.-25/00 Abfallordnung der Stadt Steyr 2000; Verordnung.
- 17) KD-24/00 Ankauf eines Traktors mit Zusatzausstattung; Ersatzbeschaffung.

18) Bau5-7247/80 Fassadensanierung BBAK Steyr; Vergabe von Lieferungen und Leistungen.

19) ÖAG-169/93 Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der AGR Austria Glasrecycling GesmbH über die Sammlung von Altglas im Gebiet der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

20) Stw-39/00 Städtisches Gaswerk; Erdgasaufschließung St. Ulrich;
2. Teil; Neuverlegung Erdgaszuleitung Gemeindeamt
Garsten; Bauarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

21) BauStr-12/99 Ausbau der Gusswerkstraße BA 6; Errichtung des Kreisverkehrs.

22) Bau6-4640/92 Errichtung Kanalisation Innenstadt; NK Redtenbachergasse, Schacht R 5 - R 7;
Vergabe der Kanalbauarbeiten.

23) BauStr-2/00 Asphaltierungsprogramm 2000; Vergabe der Arbeiten.

24) BauT-4/00 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Kanalisation Banglmayrgründe.

25) BauT-18/00 Errichtung Kanalisation Ennsdorf; NK Johannesgasse 1; NK Pachergasse 3;
Vergabe der Kanalbauarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

26) Fin-282/98 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 1999;
Mitgliedsbeitrag.

27) Präs-356/00 Neubestellung der Disziplinarbehörde.

28) Fin-132/00 Oberösterreichisches Filmbüro für touristisch wirksame Produktionen; Marbach;
Förderung des TV-Vorhabens „Wir bleiben zusammen“.

29) Fin-78/00 Musikverein Christkindl; finanzielle Unterstützung für den Ankauf eines gebrauchten
Konzertxylophons.

30) Fin-139/00 Reinhold Rebhandl; Katalogförderung.

31) Fin-135/00 Walter Ebenhofer; Katalogbuchunterstützung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich eröffne die heutige, letzte Sitzung

vor der Sommerpause. Ich begrüße sie herzlich. Ebenso herzlich begrüße ich die Vertreter der Medien. Ich stelle fest, dass die Einberufung ordnungsgemäß ergangen ist und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt haben sich für den Beginn der Sitzung die Kollegen Hauser und Hoflehner, die etwas später eintreffen werden. Als Protokollprüfer sind Frau GR Mag. Michaela Frech und Herr GR Helmut Oberreiter vorgeschlagen und sie nehmen diese Funktion an.

Zu Pkt. 2), meine sehr geehrten Damen und Herren, **Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder für den Verwaltungsausschuss der Stadtwerke Steyr**, darf ich Folgendes sagen.

Für die Städtische Unternehmung "Stadtwerke Steyr" wurde gemäß § 62 StS 1992 ein Organisationsstatut erlassen. Gemäß diesem Organisationsstatut hat der Gemeinderat der Stadt Steyr gemäß § 40 StS 1992 einen besonderen Verwaltungsausschuss zu bestellen, welcher an die Stelle des gemeinderätlichen Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen tritt, der mit diesem Beschluss aufgelöst wird.

Aufgrund des Ergebnisses der Gemeinderatswahlen 1997 ist nach dem d'hondtschen Verfahren dieser Verwaltungsausschuss, der aus 5 Mitgliedern besteht, dergestalt zusammenzustellen, dass die SPÖ-Fraktion berechtigt ist, drei Mitglieder, die FPÖ-Fraktion ein Mitglied und die ÖVP-Fraktion ebenfalls ein Mitglied zu entsenden.

Nach Konstituierung dieses Verwaltungsausschusses für die Stadtwerke Steyr steht es dem Verwaltungsausschuss frei, seinen Sitzungen als besonders sachkundige Personen je einen Vertreter der Grünen Gemeinderatsfraktion und der Liberalen Gemeinderatsfraktion des Gemeinderates der Stadt Steyr beizuziehen.

Wir haben vereinbart, dass dieses geschehen wird.

Durch die einzelnen Gemeinderatsfraktionen wurden als Mitglieder für den Verwaltungsausschuss nachstehende Stadt- und Gemeinderäte zur Wahl durch den Gemeinderat der Stadt Steyr entsprechend dem Stadtstatut vorgeschlagen:

SPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Mitglieder:

StR Gerhard Bremm

GR Ing. David Forstenlechner

GR Willi Hauser

Ersatzmitglieder:

GR Roswitha Großalber

GR Walter Oppl

GR Rudolf Schröder

ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Mitglied:

GR Ing. Wolfgang Hack

Ersatzmitglied:

StR Gunter Mayrhofer

FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Mitglied:

StR Roman Eichhübl

Ersatzmitglied:

GR Ing. Klaus Hoflehner

Ich ersuche nun die SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung, das ist einstimmig.

Ich ersuche nun die FPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr, das ist ebenfalls einstimmig.

Ich ersuche nun die ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke, das ist ebenfalls einstimmig.

Damit gelten alle vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Zu Pkt. 3), **Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung**, darf ich mitteilen, dass in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 30. Oktober 1997 die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt wurden. Nunmehr gibt die Gemeinderatsfraktion der Freiheitlichen im Gemeinderat der Stadt Steyr nachstehende Änderung in der personellen Zusammensetzung zweier Gemeinderatsausschüsse wie folgt bekannt:

1. Bauausschuss

Anstelle von Herrn Gemeinderat Dr. Wilfrid Wetzl Frau Gemeinderätin Beatrix Toman

2. Umweltausschuss:

Anstelle von Frau Gemeinderätin Beatrix Toman Herr Gemeinderat Dr. Wilfrid Wetzl

Über diesen neuen Wahlvorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der F-Gemeinde-ratsfraktion wahlberechtigt sind.

Ich ersuche daher die Mitglieder der F-Gemeinderatsfraktion, zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke, das ist einstimmig.

Damit gelten die neu vorgeschlagenen Mitglieder in die entsprechenden Ausschüsse als gewählt.

Unter Pkt. 4), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**, darf ich mitteilen, dass dieses Mal keine vorhanden sind.

Unter Pkt. 5), **Mitteilungen des Bürgermeisters**, teile ich mit, dass mit Schreiben vom 7. Juni 2000 Herr GR Stieglitz mitgeteilt hat, dass die berufsbedingte Unmöglichkeit der Ausübung seines Mandates als Gemeinderat der Stadt Steyr voraussichtlich bis 31. Dezember 2000 weiter andauern wird.

Aufgrund dessen bleibt daher gem. § 13 Abs. 3 StS 1992 das auf Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion für die Dauer der Verhinderung anstelle des verhinderten GR Siegfried Stieglitz mit dessen Rechten und Pflichten nach der OÖ. Kommunalwahlordnung berufene Ersatzmitglied, Herr GR Stefan Fröhlich, bis 31. 12. 2000 weiterhin in seiner Funktion.

Strafsache gegen den Bürgermeister und StR Mayrhofer sowie MD Dr. Schmidl. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Staatsanwaltschaft Steyr hat aufgrund der eindeutigen Sachlage die von anonymer Seite erfolgte Anzeige gegen mich, Herrn Stadtrat Mayrhofer und Herrn Magistratsdirektor Dr. Kurt Schmidl wegen Amtsmissbrauch mit Datum 28. Juni 2000 eingestellt. Diese Einstellung ist nach Prüfung durch die Oberstaatsanwaltschaft und das Bundesministerium für Justiz bestätigt worden.

Damit ist eindeutig festgestellt und sogar durch das Bundesministerium für Justiz bestätigt worden, dass bei der Beschlussfassung über einen Gestattungsvertrag mit der City-Point-Betreiber GesmbH kein Amtsmissbrauch vorgelegen ist. Alle Bemühungen des anonymen Anzeigers, einen solchen zu konstruieren, kann man unter dem Motto „verlorener Zeitaufwand“, zu den Akten legen.

Das Magistrat hat ein Diskussionsforum auf der Steyrer Homepage eingerichtet. Die EDV-Abteilung des Steyrer Magistrates hat ein Diskussionsforum auf der Steyrer Homepage www.steyr.at ins Leben gerufen. Jeder kann hier zu allen Themen, die Steyr betreffen, seine Meinung kundtun. Das Diskussionsforum findet man ganz leicht auf der Homepage des Magistrates unter dem Eintrag „Diskussionsforum,,.

Sehr erfreulich ist die Entwicklung bei der Steyrer Fun-Night. Mehr als 5000 Teilnehmer und Gäste haben hier in der Nacht vom vergangenen Freitag auf Samstag die vierzehn teilnehmenden Lokale besucht. Der Bummelzug und ein städtischer City-Bus haben hier bis in die Morgenstunden die Gäste in die Lokale ihrer Wahl gebracht. Die teilnehmenden Gastronomen wünschen sich eine Wiederholung, noch im heurigen Spätsommer oder im Frühherbst, wird mitgeteilt.

Das Steyrer Standesamt ist sehr gelobt worden, was uns sehr freut. Und zwar haben hier bei einer Umfrage unter über 100 Brautpaaren nahezu alle der Interviewten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Standesamtes als hilfsbereit und höflich bezeichnet, sachverständig und bürgerfreundlich zugleich und sie waren hoch zufrieden.

Besonders hat ihnen die Atmosphäre bei der standesamtlichen Trauung in unserer wunderschönen

Kapelle gefallen. Sie war sehr feierlich, sehr freundlich und gepflegt.

Weiters darf ich berichten, dass Steyr immer mehr zu einem österreichischen Management-Center wird. Die alte Eisenstadt Steyr ist dazu auf dem besten Weg, hier dieses Prädikat zu erwerben. In der Fachhochschule Steyr startet im Herbst - erstmals und einzigartig in Österreich - der Studien-Lehrgang „Internationales Logistik-Management,..“ Wie sie wissen kommt der Begriff Logistik ursprünglich aus dem militärischen Bereich, hat aber heute im wirtschaftlichen Bereich eine gewaltige Bedeutung erlangt und man versteht darunter die Planung, Steuerung und Verbesserung von Informations- und Materialflüssen. Dieses konnte man bisher nicht studieren und wir haben diesen Lehrplan erstellt und ihn auch genehmigt bekommen und im Herbst wird es also losgehen.

Dieser Studiengang umfasst acht Semester, die Absolventen werden den Titel Magister FH, also Fachhochschule, führen. 60 Studenten pro Studienjahr werden hier vorgesehen sein.

Zwei weitere Schwerpunktstudien wird es zusätzlich geben, eigentlich sind das Tochterstudienfächer und zwar im Bereich PMT, also Produktions- und Managementtechnik. Unseren ersten Studiengang wird man durch eine Mutation eine Entsprechung finden, mit einer speziellen Ausbildung für Geschäftsführer von Klein- und Mittelbetrieben. Das ist also auch eine sehr gefragte Sache, weil hier natürlich unterschiedliche Anforderungen sind, gegenüber den Industriemanagern z. B. Kenntnisse in der Gewerbeordnung, Dienstnehmerschutzbestimmungen und viele Dinge mehr, die man halt als Klein- und Mittelbetriebsmanager braucht. Gerade unser Angebot ist hier eine Chance bei Wechsel an der Spitze von kleinen und mittleren Betrieben auch Familienunternehmen, so nebenbei diese Qualifikationen durch ein sehr spezifisches Angebot zu erwerben.

Ein weiterer Bereich ist vorgesehen, hier Vertriebsingenieure auszubilden. Es ist ja eine an sich bekannte Schwachstelle, Verkaufsfähigkeiten und -qualifikationen und Kenntnisse über die Produkte. Das ist also ein entscheidender Punkt, wo wir verstärken wollen. Ich glaube, dass gerade auch diese beiden Tochterstudienmöglichkeiten sehr gerne angenommen werden.

Als dritten Studiengang haben wir einen Studiengang, auch mit materieller Mithilfe der Stadt, auf die Welt gebracht und entwickelt und er liegt bereits in Wien zur Begutachtung. Er hat also den Titel „Health and Care Industries“, heute gibt es nur mehr englische Titel, die kommen besonders gut rüber. Es handelt sich um Gesundheitsmanagement, also eine spezielle Ausbildung, die gerade für die Zukunft im Gesundheitswesen sehr bedeutsam sein wird, wo die Finanzierung ja immer schwieriger wird und wo es in den Spitälern eigentlich drei Richtungen gibt, die Ärzte, das Verwaltungspersonal und das Pflegepersonal und die unterschiedlichen Terminologien, die dort vorhanden sind und der Umstand, dass sie oft nicht so gut miteinander können. Gerade im Hinblick auf die Reorganisation des Gesundheitswesens glaube wir, dass wir mit diesem neuen Studiengang ganz genau auf der Höhe der Zeit sind und vorbereitet sind, für diese Entwicklung und wir glauben auch, dass dieser Studiengang außerordentlich gut nachgefragt werden wird. Ich hoffe also, dass wir hier auch die Genehmigung bekommen.

Wir haben derzeit rund 350 Studenten. Es wird also jetzt zur massiven Aufstockung durch den Studiengang 2, Internationales Logistik-Management, kommen. Wir kommen mit einem dritten Studiengang und den Tochterstudiengängen, die ich angeführt habe, auf rund 1000 Studenten. Damit werden wir ein eigener Standort und hätten also dieses Ziel in vergleichsweise kurzer Zeit erreicht.

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist ebenfalls positiv. Die Arbeitslosenquote im Mai 2000 betrug 4,5 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,6 Prozentpunkte geringer. Gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung um 1,3 %.

Die Gesamtsumme der Arbeitslosen betrug im Mai 1837.

Es sind im Mai 428 offene Stellen gemeldet. Also, wir können sagen, wir sind nachhaltig, seit einem

Jahr, besser als der österreichische Durchschnitt. Wir müssen uns aber weiter bemühen. Heute werden wir einen ganz bedeutsamen Tagesordnungspunkt behandeln, der in diese Richtung zielt, dass wir oberösterreichischen Durchschnitt erreichen, und wenn es geht, natürlich unterschreiben. Das wäre das Ziel.

Meine Damen und Herren, das waren die Berichte. Ich ersuche sie um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und darf den Vorsitz abgeben, um die Verhandlungsgegenstände zu behandeln.

GR Ing. Hoflehner kommt um 14.15 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Tagesordnungspunkt ist der Bericht und der Antrag zum Rechnungsabschluss 1999. Heute habe ich die Freude in den Berichten eine ganze Reihe von erfreulichen Mitteilungen machen zu können. Dieses trifft im Besonderen auch auf den Rechnungsabschluss des Jahres 1999 zu. Ich glaube, dass wir mit einer konsequent verfolgten Budgetlinie gezielt zu sparen und gleichzeitig auch zielgerichtet zu investieren im abgelaufenen Jahr, zum fünften Mal nunmehr hintereinander, ein sehr gutes Ergebnis erwirtschaften konnten. Die Zufriedenheit, glaube ich, ist berechtigt, wurde doch im Finanzjahr 1999 gegenüber dem Budgetvoranschlag, der noch einen Abgang von 7 Millionen Schilling vorgesehen hat, eine Ergebnisverbesserung von 78,2 Millionen Schilling erzielt. Wir können damit sagen, dass es uns nachhaltig gelungen ist, die Schwierigkeiten, die durch die Steuerreform 1993/1994 aufgetreten sind, also beim Budget 1994, dass wir die durch die positive Entwicklung der Wirtschaft und die geeigneten Maßnahmen unsererseits wirklich im Griff haben. Die Freude über das gute Ergebnis wird ein bisschen dadurch getrübt, dass einige dunkle Wolken, im Hinblick auf die Finanzpolitik der Gemeinden insgesamt, am Horizont erkennbar sind. Einige sind also schon als heftige Schauer über uns nieder gegangen. Das eine ist die Getränkesteuer, wo uns hier ein Betrag von rund 27 Millionen Schilling insgesamt tangieren wird. Wir wissen natürlich auch noch nicht, wie weit die ohnehin aus unserer Sicht zu dürftig geratenen Reparaturbedingungen uns davon wieder entlasten, aber ich gehe einmal davon aus, dass hier Mindereinnahmen in der Gegend von 6 bis 7 Millionen jedenfalls zu erwarten sein werden. Dass die Werbesteuern wegfallen werden, wird uns weiter treffen, aber am meisten fürchte ich eigentlich, dass es zu einer Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich kommen wird. Da scheint hier eine festgelegte Linie vorzuherrschen und man sagt so, und auf den ersten Blick klingt das ja recht plausibel, dass hier jeder Bürger gleich viel wert ist, gleich in welcher Gemeinde er sei. Wir stellen natürlich fest, aus der Sicht der Städte, dass dem wahrscheinlich nicht ganz so ist. Alleine Statutarstädte, die z. B. eine Bezirksverwaltung betreiben müssen, haben hier entsprechende Aufwendungen gegenüber andere Gemeinden. Wäre das nicht so, müsste es die Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land z. B. nicht geben. Das ist doch eine ganz mächtige Verwaltungseinrichtung für die Gemeinden im Bezirk Steyr, die also etwa gleich viel Einwohner haben, ein bisschen mehr als wir in der Stadt. Wenn wir noch so einen Block dazubauen würden, um hier die Bezirksverwaltung zu betreiben, na, das würde ich mir anhören, was die Leute sagen würden, was das für eine neue Tintenbug ist. Also, nur um ein Beispiel zu nennen. Ich rede gar nicht von den vielen sozialen Projekten, die es natürlich in den kleineren Gemeinden nicht gibt. Wir haben also auch eine Menge zusätzliche Belastungen z. B. im Kulturbereich. Niemand findet etwas dabei, dass selbstverständlich unsere Kulturveranstaltungen

und das umfassende Angebot, das natürlich immer noch weit zu wenig ist, wenn wir eine Umfrage machen, dass das mit großer Selbstverständlichkeit, und auch durchaus erwünscht, von den Bürgern der Umlandgemeinden frequentiert wird. Es ist halt schwer vorstellbar, dass ein Theater in Ternberg stattfindet und ein Theater in Ternberg betrieben wird. Da haben wir schon unsere Probleme dabei, diese Kosten dafür aufzubringen. Wenn man nur diese wenigen Beispiele, und da erhebe ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, betrachtet, sieht man, dass es hier nicht gleichgültig ist. Es kann natürlich noch ärger sein. Wenn man z. B. die Landeshauptstadt Linz nimmt, die auch ein Allgemeines Krankenhaus unterhält, eigentlich für das ganze Bundesland, dann weiß man, dass es nicht ganz gleich ist, in welcher Gemeinde man sich befindet und dass der Gesetzgeber sich damals, und in den vielen Jahren und eigentlich Jahrzehnten nachher, schon eigentlich etwas gedacht hat, dass er hier gewisse Unterschiede gemacht hat.

Aber zurück zu unserem an sich erfreulichen Rechnungsabschluss über das vergangene Jahr. Wir haben hier einen Überschuss im ordentlichen Haushalt von 54,4 Millionen. Gleichzeitig konnten wir außerplanmäßig 25,8 Millionen Schilling den Rücklagen zuführen. Besonders erfreulich ist, dass der Gesamtschuldenstand nunmehr zum vierten Mal hintereinander auf derzeit 670 Millionen Schilling gedrückt werden konnte.

Die Verringerung des Darlehensstandes gegenüber den Planzahlen ist dabei um nicht weniger als 16 Millionen Schilling reduziert worden.

Zu den Personalkosten, die natürlich immer einen Diskussionspunkt darstellen, kann ich sagen, dass diese aufgrund der kollektivvertraglichen Vorrückungen sowie der Lohn- und Gehaltsrunde gestiegen sind, für aktive Magistratsbedienstete, im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 % auf 274,8 Millionen. Der Kostenaufwand für Mandatare hat sich von 12,6 auf 16,3 Millionen erhöht. Unverändert sind die Aufwendungen für Pensionen von rund 54 Millionen geblieben.

Besonders erfreulich ist, dass es uns gelungen ist, auch die Rücklagen auf 146,3 Millionen Schilling aufzustocken. Also nicht nur weniger Schulden, sondern auch höhere Rücklagen durch diese entsprechende Budgetpolitik, die wir wirklich mit Freude registrieren können.

Wir haben beachtliche Investitionen getätigt, alleine im außerordentlichen Haushalt 167,2 Millionen Schilling, also alle laufenden und neuen Projekte sind finanziert worden. Die größten Ausgaben sind dabei auf den Straßenbau inkl. der Fertigstellung des Bahnhofsparkdecks mit 31,8 Millionen entfallen. Die Sanierung des Hallenbades schlug sich mit weiteren 15 Millionen Schilling zu Buche. Für den Kanalbau wurden 20,1 Millionen ausgegeben und für die Wirtschaftsförderung immerhin ein Betrag von 11 Millionen Schilling.

Wir haben, und das ist auch ein interessantes und wichtiges Kriterium, einen Maastrichtüberschuss erzielt. Nach dem Berechnungsschema, zur Erfüllung der Maastrichterklärung für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, ergibt der Rechnungsabschluss 1999 einen deutlichen Überschuss von 20,9 Millionen Schilling. So wie in den letzten 4 Jahren haben wir also die Vorgaben hierbei bestens erfüllen können.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass wir beim Voranschlag 1999 noch mit einem Defizit gerechnet haben. Das waren eigentlich die wichtigsten Daten. Ich darf also nochmals hinzufügen, dass ich mir sehr wünschen würde, dass diese Entwicklung zumindest noch einige Jahre anhält. Es würde uns nämlich leichter in die Lage versetzen, diese großen Projekte, die wir vorhaben, ich nenne nur Stichworte wie Altersheim, Schulbau am Resthof, Musikschule, Bezirkssporthalle, leichter zu finanzieren. Wenn ich nur einen einzigen Blick riskieren darf, ein bisschen über die Stadtgrenzen hinaus, so erinnere ich an einen Bericht über unsere Stadt Wels, die wir immer ein bisschen neidvoll betrachtet haben, da zeigt sich, dass da große Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Haushaltes bereits auftreten und dass durch den Finanzreferenten mitgeteilt wurde, dass z. B. die restlichen Kultursubventionen nicht mehr ausbezahlt werden. Das ist also Mitte des Jahres doch, glaube ich,

eine herbe Enttäuschung für manche Kulturschaffende. Es zeigt sich, dass reihum die Städte auch nicht vor solchen Schwierigkeiten, die wir auch vor einigen Jahren gehabt haben, aber mittlerweile überwinden konnten, verschont bleiben.

Meine Damen und Herren, ich darf ihnen nun den Antrag zur Genehmigung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 1999 zum Vortrag bringen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

1) Fin-120/99

Rechnungsabschluss 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1999 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im **ordentlichen Haushalt** von

S 1.032.202.892,77

im **außerordentlichen Haushalt** von

S 167.185.040,00

somit **insgesamt**

S 1.199.387.932,77

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 1999 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 178.775.340,60, die Bilanz des Versorgungsbetriebeverbundes Steyr mit Aktiva und Passiva von S 275.092.792,50 und die Bilanz des Alten- und Pflegeheimes Steyr mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 74.434.918,90 genehmigt.

Ich bitte um die Debatte, Beschlussfassung und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Es liegt mir bereits eine Wortmeldung vor. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wer von ihnen hat heute mittags, um ca. 12.30 Uhr, das Mittagsjournal gehört? Der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses, Prof. Frisch, hat gesagt, nicht der Bund

muss seine Ausgaben hinterfragen und überdenken, sondern auch die Städte und insbesondere auch die Länder. Wir leisten uns eine zu aufgeblähte Verwaltung und die Einsparungen muss man in wirtschaftlich guten Zeiten machen. Die Zeiten sind gut für Steyr, d. h., jetzt muss man Strukturen hinterfragen. Österreich hat, wenn man jetzt von Länderebene ausgeht, 9 Länderkammern mit hunderten von Landtagsabgeordneten, 80 Landesräte und im Bereich der Städte haben wir eigene Verwaltungen, sh. Steyr, aber parallel dazu gibt es in den Bezirkshauptmannschaften ähnlich strukturierte Verwaltungseinheiten. Also hier denke ich, muss auch in der Zukunft, in den nächsten Jahren, dringend eine echte Verwaltungsreform kommen. Es kann nicht sein, dass wir die bisherigen Gleise so weiter fahren, ansonsten werden wir in wirtschaftlich schlechteren Zeiten wirklich echte Probleme bekommen. Niemand will irgendjemanden sein verdientes Geld wegnehmen, aber er soll richtig eingesetzt werden und es sollen die Verwaltungsebenen vereinfacht dargestellt werden. Ich zeige nur ein Beispiel auf. Der Innsbrucker Bürgermeister, Herwig van Staa, hat es in der Zeit von drei Jahren geschafft, alleine die Personalkosten und die Verwaltungskosten um 30 % zu senken, alleine dadurch, dass er eine Entscheidungsebene herausgenommen hat. Das ist sicherlich auch ein Beispiel, das nachahmenswert ist und Innsbruck steht auch mit der Pro-Kopf-Verschuldung in Österreich derzeit sehr, sehr gut da, mit etwa über S 2.000,--.

Wenn man nun im Rechnungsabschluss 1999 sieht, in der offiziellen Stellungnahme steht ein Satz: „Die Freude über das gute Ergebnis trübt nur die Tatsache, dass durch Endungen auf Bundesebene und andere externe Einflüsse nunmehr wieder ein massiver Anschlag auf die städtischen Finanzen droht. Erwähnenswert sind hier vor allem die letzte Steuerreform, der Wegfall der Getränkesteuer, der neue Finanzausgleich mit der drohenden Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, die Änderung im Bereich der Werbesteuer und beim Verwaltungsstrafgesetz sowie die Unsicherheiten durch die nächste Volkszählung.“ Wer erinnert sich daran, vor drei Jahren haben wir schon bei den Budgetverhandlungen darauf hingewiesen, und seither jedes Jahr, dass die Getränkesteuer fallen wird. Das haben alle Juristen, die in diesem Bereich tätig waren, vorhergesagt und es ist kein Einfall der neuen Bundesregierung, dass diese Getränkesteuer von der EU gekippt worden ist. Nur soweit dazu.

Erwähnenswert ist auch das Vorhaben aus dem Jahre 1999, das in der Höhe von 50,14 Millionen Schilling auf das Finanzjahr 2000 übertragen worden ist.

Zu den tatsächlichen Personalkosten auch ein Wort. Natürlich kann man Personalkosten in jeder Form und mit allen, mit dem o.H., mit dem ao.H. und mit den Besuchern des Stadtbades oder irgendetwas vergleichen, aber die Tatsache ist, dass die Personalkosten in den letzten, mir zur Verfügung stehenden Zahlen, dramatisch gestiegen sind. Aus dem Jahre 1999 hatten wir, einschließlich APT, 281,3 Millionen Schilling Personalkosten, heute ist dieselbe Zahl 354,34, d. h., ein Anstieg von 26 %. Hier zeigt schon ein ganz klares Beispiel, hier gibt es keinen Freiraum, in diesen Zeiten, ohne gleichzeitig Strukturveränderungen zu machen, dass man hier Zuckerl und Geschenke verteilt.

Noch ein Wort zum Budget, was uns missfällt. Wie man mit manchen Finanzvorhaben oder bzw. mit manchen notwendigen Investitionen vorgeht. Stichwort Bücherei, ein Paradebeispiel dafür. Es ist von allen unbestritten, dass die Bücherei dringendst renovierungsbedürftig ist, seit Jahren kämpfen wir darum. Es hat immer geheißen, dass dieses Haus parifiziert werden soll und mit dem Verkaufserlös dann die Restfläche, die uns gehört, der Umbau finanziert wird. Es gab weder einen Käufer für die parifizierten Flächen noch einen Käufer für das Gesamtobjekt. Wer muss es dann nehmen? Scheint's, die GWG muss es dann nehmen und darf es dann umbauen und der Stadt dann zurückvermieten oder verleasen. Das meine ich nicht unter Budgetsanierung. Natürlich muss man sich auch andere Finanzierungsüberlegungen machen, insbesondere auch im Straßenbau wird es notwendig sein, wenn Steyr weiterhin so stiefmütterlich behandelt wird. Sei es jetzt Ennserknoten, sei es jetzt bei der überregionalen Anbindung. Da wird man sich etwas überlegen müssen ob nicht eine Vorfinanzierung der Stadt für die Region notwendig sein wird. Wenn wir nicht wirklich

Schlusslicht in der Erreichbarkeit werden wollen, dann muss hier wirklich in den nächsten paar Jahren etwas geschehen und da nützen die letzten Aussagen des zuständigen LR sehr herzlich wenig.

Auch noch ein Hinweis. Es ist ja sehr interessant, wenn man sich die alten Protokolle hernimmt, aus der Budgettagung für 1999, was da so alles gesagt worden ist, und wer da mit welchen Argumenten argumentiert. Da hat der Herr Mayrhofer dem Budget unter der Überlegung oder unter diesem Aspekt zugestimmt, dass, und das habe ich damals voll unterstützt, das Andenken einer Aufgabenreform. Ich möchte die Verhandlungen, die im Frühjahr stattfinden werden, wirklich um das Aufgabengebiet Aufgabenreform erweitern. Nicht nur zu überlegen, wo können wir jemanden einsparen, sondern überhaupt sich zu überlegen, machen wir das Richtige, können wir nicht gewisse Dinge auch in die Eigenverantwortung der Bevölkerung wieder zurückgeben. Ja, na, nur passiert ist nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist das Problem. Herr Bürgermeister, in guten Zeiten wie jetzt müssen wir echte Reformen durchbringen, angehen und nicht weiterwurschteln.

Dem Gesamtzahlenwerk werden wir die Zustimmung geben, weil wir auch dem Budget zugestimmt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, werte Presse, lieber Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Deinen Appell zu sparen, nehmen wir alle gerne zur Kenntnis. Ich glaube, gespart muss zu allen Zeiten werden und ich halte das Zahlenwerk für ein sehr positives Ergebnis. Ich glaube aber eines sollst du dir auch einmal überlegen, wenn du wieder Gelegenheit hast, einen Gast aus dem Bärenthal zu bewirten, dann solltest du dir überlegen, dass du mit ihm auch über Themen sprichst, die den Gemeinden Geld ersparen könnten. Denn dein Gast aus dem Bärenthal macht uns schon wieder Kosten. Gestern in den Medien wurde uns erzählt, dass eine Volksbefragung auf Antrag deines Gastes durchgeführt wird. Eine Volksbefragung von der sehr, sehr viele der Meinung sind, dass sie zwar sauteuer ist, aber überhaupt nicht wirkt. Die geschätzten 100 Millionen Schilling, die diese Volksbefragung kosten wird, sind zu 2/3 von der Gemeinde und von den Gemeinden zu bezahlen. Ich meine, dass der Appell zu sparen in den Gemeinden nicht so verstanden werden soll, dass wir sparen um die Hobbys deines Bundesparteivorsitzenden a. D. zu finanzieren. In Steyr schätzen wir das mit mindestens 500.000,-- Schilling ein, also eine ½ Million, die eine Volksbefragung kosten wird. Ich bin für das Sparen, aber ich bin dafür, dass alle sparen. Das war es schon.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich werde auf die Bundes- und Landespolitik nicht groß eingehen, sondern eher beim Rechnungsabschluss 1999 von Steyr bleiben. Einige Dinge sind bereits angesprochen worden. Grundsätzlich hat eine Stadt wie Steyr zwei Möglichkeiten, um ihr Budget zu sanieren und in Ordnung zu bringen. Das eine ist Ausgaben zu reduzieren und das andere ist Einnahmen zu erhöhen. Den Weg, den man in Steyr gegangen ist, ist zwar im großen Teil die Einnahmen zu erhöhen, aber gerade im Bereich der Gebühren. Ob das jetzt Kanalgebühr ist oder Müllbeseitigungsgebühr, ob Wassergebühr, Bustarife steigen usw. D. h., es ist zu großen Teilen zu Lasten des Bürgers gegangen, das Budget einigermaßen zu sanieren.

Bei den Ausgaben hat man nicht so stark reduziert. Ein Punkt ist sicherlich der Bereich der Aufgabenreform, sich einmal zu überlegen, welche Aufgaben hat die Stadt selbst zu erledigen und welche können durch Dritte übernommen werden. Was mir vor allem etwas fehlt ist die Berechnung von Folgekosten. Der Herr Bürgermeister hat bereits angesprochen, es gibt eine Reihe von großen Projekten in der Stadt, allerdings die Folgekosten, die diese Projekte verursachen werden, sind derzeit eigentlich kein Thema und die müssten gerade in einer mittelfristigen Finanzplanung drinnen sein. Leider gibt es zwar einen mittelfristigen Finanzplan, aber keinen der bis dato beschlossen worden wäre.

Was noch eine Möglichkeit ist um sein Budget zu sanieren, und das glaube ich wäre in Steyr vor allem eine Möglichkeit, das ist nicht, dass sich die Frage stellt, wird ein Projekt gemacht oder nicht, sondern die Frage ist in der nächsten Folge, wenn ich mich für ein Projekt entschieden habe, dieses kostengünstigst durchzuziehen. Da ist irgendwo das Problem in der Stadt. Wenn es um sehr viele Millionen Schilling geht, dann wird nicht mehr darüber diskutiert. Ob das jetzt 24 Millionen sind oder in der Folge 26 oder 28 Millionen, hat man sich für das Projekt einmal entschieden, dann fährt sprichwörtlich die Eisenbahn drüber, dann wird auf die Kosten nicht mehr geschaut. In dem Zusammenhang nur ein paar Beispiele. Im Bereich Verkehr, das haben sie selbst erlebt, das war eben im heurigen Jahr, mit der Pachergasse, wo man zuerst einen Gehsteig hinbaut, dann wieder abreißt oder bei der Eyblkreuzung, wo man ständig wieder neue Maßnahmen setzt. D. h., ich glaube, dass durch eine frühzeitige Planung, die sehr ordentlich durchgeführt wird, wahrscheinlich sehr viel an Kosten einzusparen wäre und damit aber nicht Projekte infrage zu stellen sind, weil viele dieser Projekte ja tatsächlich sehr sinnvoll sind.

Nachdem im Budgetvoranschlag 1999 das Liberale Forum dagegen gestimmt hat, bleibt natürlich wenig anderes übrig, als auch bei diesem Rechnungsabschluss dagegen zu stimmen. Das kann nicht anders sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieso nicht? Wenn es so gut ist, können sie ja jetzt dafür stimmen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich kann ihnen sagen Herr Bürgermeister, was ich nach wie vor vermisse. Sie können sich vielleicht noch erinnern, es hat ganz zu Beginn in der ersten Budgetdebatte eine Reihe von Punkten gegeben, die seitens der Liberalen GR-Fraktion zitiert worden sind, was Voraussetzung sein muss, um einem Budget die Zustimmung zu erteilen. Da war unter anderem dabei drinnen, dass man sich zu Beginn des Jahres bereits zusammensetzt um das Budget des nächsten Jahres zu entwerfen. Diese Dinge, da

eine Arbeitsgruppe z. B. zu bilden, ich weiß, das war auch einmal eine Forderung die von den Freiheitlichen unterstützt worden ist, sind bis heute nicht umgesetzt worden. Genauso das Thema Verwaltungsreform, New Puplic Management, wir haben es x-mal in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz andiskutiert, auf einmal war Stillstand, ist nichts mehr passiert. Solange diese Dinge nicht passieren, sehe ich mich außer Stande, auch diesem Rechnungsabschluss die Zustimmung zu geben.

GR Hauser trifft um 14.50 Uhr ein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister zum 2.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eine Antwort muss ich meinem lieben Freund und Ex-Nationalrat, Prof. Klausberger, schon geben. Natürlich, Demokratie kostet Geld, aber ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatare: Ah!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nicht wenig.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das merkt man aber auch an den Demonstrationen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... ist es nicht auch Demokratie, dass man Demonstrationen, allwöchentlich an Donnerstagen, in Wien zulässt, die hundert tausende Schilling kosten? Demonstrationen, die einen ganz normalen Übergang von einer Regierung zur anderen in einer Demokratie ganz ...

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Der Stadt Steyr kostet das überhaupt nichts.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- aber Steuern zahlen wir alle - selbstverständlich zulässt. Da gibt es einen riesengroßen Aufschrei in der linken Reichshälfte, wenn das plötzlich passiert. Niemand hat etwas dagegen, niemand verbietet eine Demonstration. Hundertschaften von Polizisten sind aufgebaut worden, Millionen kostet das. Gerade wenn du, als ehemaliger NR, sagst, das ist mir heute wurscht was der Bund an Geld für die Sicherheit ausgibt, dann ist es wirklich sehr bedenklich. Das kostet ein Vielfaches von dem was eine legitime, ganz korrekte Volksbefragung kostet. Denn was da mit Österreich passiert ist, wenn wir schon jetzt bei der Bundespolitik und bei der Europapolitik sind, das ist fern von jeder Zumutung, wie man in einer europäischen Familie miteinander umgeht, wenn man denjenigen nicht mehr fragt, den man überhaupt gar nicht in eine Entscheidung einbindet, einfach verstößt, so kann es ja wirklich nicht gehen, und sagst bilateral mit den anderen 14 die Beziehungen ab. Ja, was soll den noch alles passieren? Jetzt ist drei Monate versucht worden, das zu lösen - geht nicht, hat natürlich wahrscheinlich auch andere interne Hintergründe, besonders in Frankreich. Da kann und muss ein Zeichen gesetzt werden, und das wird möglicherweise die Volksbefragung sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Kollege Pfeil dürfte auf den Sprung in die Bundespolitik sein.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Hoffentlich!

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der Herr Apfelthaler meint, wir sollten ihm nichts in den Weg legen. Spaß beiseite. Ich glaube, das Budget ist sicher eines der ernstesten Dinge, die man überhaupt in einer Gemeinde hat. Hier möchte ich schon eines zum Ausdruck bringen, dass wir die Entwicklung, die das Budget in den letzten Jahren genommen hat, wirklich begrüßen. Das ist eine sehr, sehr positive Entwicklung. Wir glauben, dass auch wir einiges dazu beigetragen haben, dass diese Entwicklung auch stattgefunden hat. Ich gebe ihnen allerdings vollkommen Recht, Herr Dr. Pfeil, dass eine Budgeterstellung, eine Verwaltung, und auch eine Ausgabenreform, natürlich etwas Lebendiges ist. Sie wird nicht abgeschlossen sein, das hoffe ich also tatsächlich, sondern es muss ständig daran gearbeitet werden. Um das, was hier erreicht wurde, auch ein bisschen zu verdeutlichen, glaube ich, sollte man auch über die Stadtgrenzen hinausschauen und sollte sich Städte einer ähnlichen Größe, oder auch in Oberösterreich gelegene Städte wie Wels oder Linz ansehen, auf die wir immer voller Respekt hingesehen haben und gesagt haben, um Gottes Willen, die haben einen finanziellen Spielraum und wir nicht. Ich bin auch ihrer Meinung, dass wir das eine oder andere Großprojekt in Zukunft vorfinanzieren müssen, aber gerade dazu ist es notwendig, dass wir uns diesen Spielraum auch erarbeiten. Dieses Budget ist der erste Schritt dafür. Ich möchte meine Hochachtung und Gratulation

auch allen ausdrücken, die mit der Erstellung dieses Budgets zu tun gehabt haben und vor allem auch der Beamenschaft.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wertees Präsidium. Ich glaube auch, dass wir uns für diesen Rechnungsabschluss selbst gratulieren können. In Wirklichkeit tragen wir alle hier herinnen die politische Verantwortung dafür und es ist wirklich eine äußerst positive Entwicklung, wie sie vom Bürgermeister, von unserem Finanzreferenten, auch dargestellt wurden. Die Zahlen bewegen sich alle in die richtige Richtung. Wir haben hier wirklich auch eine gute Politik vollzogen. Ich möchte aber auch die Gelegenheit nützen, im Namen meiner Fraktion, den Beamten, den Beschäftigten, die ja letztendlich auch mitwirken müssen, dass das Budget auch so realisiert wird, herzlich dafür danken, der Finanzabteilung, die hier natürlich auch tatkräftig mitwirkt.

Ich möchte nur ein paar Bemerkungen machen, ich möchte mich nicht in die Bundespolitik begeben, obwohl es natürlich recht reizvoll wäre, aus unserer Sicht überhaupt einmal. Ich möchte nur zu den einen Punkt eine Anmerkung machen, was hier die Volksbefragung und die Demonstranten unterscheidet. Die einen, die demonstrieren, wissen was sie tun, für was sie demonstrieren und die, die sie meinen, Herr Dr. Pfeil, die wissen nicht was sie tun. Das ist meine Bemerkung dazu.

Zu den Personalkosten, die sie hier im Rahmen des Rechnungsabschlusses auch andiskutiert haben, möchte ich sagen, dass ich glaube, dass dieser Vergleich hinkt und er ist auch nicht fair. Die absoluten Zahlen von 1990 mit absoluten Zahlen von 1999 zu vergleichen und sagen, wie das auf einmal gestiegen ist, ich meine, dieser Vergleich ist wirklich kein anständiger Vergleich. Wenn man das tut, dann muss man das zumindest in Prozenten machen, wie sich die Personalkosten entwickelt haben, oder zumindest im Vergleich zum Budget, wie sich die Personalkosten entwickelt haben. Das ist ein fairer Vergleich, aber nicht so in absoluten Zahlen.

Zur Frau GR Frech möchte ich auch sagen, weil es auch immer eine interessante Darstellung von ihnen ist, sie haben wirklich immer sehr mutige Ansätze. Sie reden von den Gebühren, weil wieder die Gebühren erhöht wurden, und wenn ich sie im Kommunalausschuss höre, in den vergangenen 3 Jahren, sagen sie, dass es unmöglich ist, dass die Gemeinde für alle Leistungen Zuschüsse zahlen kann. Wir müssten hier Kostenwahrheit und Kostentransparenz machen, das ist so ihre Darstellung. Das ist schon richtig. Auch wir meinen, dass man nicht alle Leistungen der Stadt bezuschussen kann und auch nicht soll, sondern dass wir einfach die Leistung auch an den Bürger und die Bürgerinnen weiterverrechnen sollen. Nicht alle, das unterscheidet uns dann in der Politik, wo wir glauben, soziale Ansätze zu setzen, aber es gibt eine Reihe von Dingen, und da glauben wir auch bei den Müllgebühren, die wir in der Vergangenheit z. B. erhöht haben, dass wir die nicht aus den Steuergeldern subventionieren sollen. Das haben wir nicht getan. Wir haben jetzt erhöht, weil wir die direkte Leistung, die wir erbringen, auch im Verhältnis mit den Gebühren abdecken müssen. Heute stellen sie sich her und kritisieren das. Ich glaube, das ist keine richtige Darstellung.

Zu ihrem Wunsch einer ganzjährigen Budgetdebatte. Ich glaube, dass das nicht effizient ist, wenn wir da ein ganzes Jahr, von Jänner bis Dezember, weil früher wird es nämlich nicht fertig, das haben

wir eh schon alles hinter uns, dass wir im Sommer schon einmal mit Budgetdebatten begonnen haben, wie die wirtschaftliche Situation kritisch war, und trotzdem ist erst im Dezember der Beschluss möglich gewesen, weil erst dann die Einigung war. Ich glaube, dass so ein Wunsch oder so eine Vorgangsweise, im Jänner ein Budget anzufangen, sicherlich nicht sinnvoll wäre, sondern eher eine Zeitverschwendung und Zeitvergeudung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Debatte zeigt, dass dieser Rechnungsabschluss für die Opposition nicht viel her gibt. Also, nicht viel Brot für die Opposition. Selbst die Frau Frech hat bedauernd feststellen müssen, ja, weil sie dem Budget nicht zugestimmt hat, kann sie dem Abschluss natürlich auch nicht zustimmen. Ich fasse das eigentlich als zusätzliches Kompliment auf, dass es uns doch gelungen ist, uns mit dem Budget unserer Stadt gut zu entwickeln.

Die Personalkosten wurden wieder angesprochen, auch in letzter Zeit die Beförderungen in den Medien usw. Ich möchte nur sagen, Kollege StR Bremm hat das eh richtig angesprochen, man muss den richtigen Vergleich herstellen und das ist eben in Prozenten zum Budget. Die Personalkosten, und da sage ich nur einen Wert den ich ziemlich genau immer im Auge habe, wir hatten 1996 noch 30 % und jetzt haben wir 26 %. Also, das ist ein relevanter Wert, der zeigt, dass wir effizienter arbeiten als noch vor vier Jahren. Natürlich sind viele organisatorische Veränderungen notwendig, aber es sage mir doch jemand, was wir denn nicht tun sollen. Fast jede Sitzung verlangt irgendein GR, ein Mandatar, irgendwo eine neue Leistung durch die Stadt. Auf jeden Fall werden viele Zettel verlangt und ein Papierkrieg, dass ich mir oft denke, ich arbeite in einer Papierfabrik. Jeder will jede Unterlage, die er überhaupt gar nicht lesen kann.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weil die Zeit dafür nicht ausreicht. Das war kein freudscher Versprecher.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich wollte auch noch sagen, weil ein weiteres untaugliches Argument angesprochen worden ist, meiner Meinung nach, weil es einfach nicht stimmt. Die Bücherei ist eine unendliche Geschichte, Herr Dr. Pfeil und mir geht das auch schon ziemlich auf den Nerv, dass wir so lange dazu brauchen. Während der Diskussion darüber, wie wir die renovieren und restaurieren, ist das Ding auch noch deutlich teurer geworden. Bei näherer Betrachtung hat sich dann sogar noch herausgestellt, dass wir eine neue Decke hineinbrauchen, weil die alte Decke morsch ist, und man das nicht so machen kann

usw. Ich stelle nur eines fest, die ursprüngliche Idee war, dass man die Räumlichkeiten verwendet um der Bücherei ausreichend Raum zu geben, möglichst im Erdgeschoss, das ist erst mit der Zeit möglich geworden, weil wir dort ein Geschäft hinaus kündigen konnten. Dann hat sich gezeigt, dass wir, und das war ja die Idee, die Obergeschosse nicht zu Marktpreisen verkaufen können. Um das geht es hier eigentlich. Bevor wir es an einen Privaten herschenken, und da schließt sich dann der Kreis wieder zu Budgetpolitik und solchen Dingen mehr. Auf der einen Seite soll man unheimlich gewieft sein, wie die Wall-Street-Manager und auf der anderen Seite, wenn wir schauen, dass wir nicht das Vermögen der Stadt und deren Bürger herschenken, dann passt das auch nicht. Das können wir selbst auch verwerten, und wir haben noch einen Vorteil, wenn wir das durch die GWG machen lassen, dass nämlich die Baustelle in einem abgewickelt werden kann. Das ist ein wesentlicher Vorteil, weil die Bücherei schneller fertig wird. Wahrscheinlich wird sie auch kostengünstiger werden und deswegen haben wir das so gemacht, dass die GWG für uns die Bücherei saniert und die Obergeschosse ausbaut und dann kann die Bücherei da drinnen früher eröffnet werden. Ich glaube, dass die Bücherei ein untaugliches Mittel ist, wenn man die Budgetpolitik in unserer Stadt kritisieren will.

Die Frage „Vorfinanzierung des Straßenbaus“, wenn das so hereinkommt. Wieso ist denn das so, dass wir plötzlich Bundesbauvorhaben, als Gemeinde, die letzte Gebietskörperschaft unten, ständig finanzieren sollten? Ich erinnere mich, das war auch einmal sehr stark in der Frage des Ausbaus HAK/HBLA, da haben wir uns bereiterklärt. Aber wenn bitte bei den Brücken und den Straßen schon als Gemeinde Bundesstraßen vorfinanziert werden sollen, wir hätten uns auch bei der Nordspange bereiterklärt etwas zu tun, weil wir schon so verzweifelt sind. Das kann doch nicht ein gutes Zeichen sein. Jedenfalls nicht für die Budgetpolitik der übergeordneten Gebietskörperschaften. Wenn wir, wo wir nach dem Finanzausgleich genau festgelegt haben wo unsere Zuständigkeiten sind, immer andere Dinge vorfinanzieren müssen. Wenn wir das schon tun, und ich erkläre mich durchaus bereit dazu, wenn uns ein Projekt so dringlich erscheint, dass wir das aus Eigenem finanzieren und dafür brauchen wir Spielräume, das hat der Herr Mayrhofer richtig gesagt, das ist auch unmittelbar immer meine Position gewesen, ja aber dann bitte werde ich doch nicht die Straßen nach Enns vorfinanzieren. Ich sage das da einmal sehr trocken. Da liegt mir doch das Altersheim und die Schule am Resthof, die Musikschule oder die Dreifachturnhalle näher. Das sind Projekte, die wir seit langem im Schoß der Gemeinde diskutieren und derzeit im Planungsstadium haben. Das liegt mir einfach näher, als dass ich die Straße vorfinanziere und in der Zwischenzeit machen sie im Mühlviertel noch eine Straße und 5 Güterwege und wir, mit 120.000 Leuten, bleiben immer in der Randlage. Das kann doch so nicht sein. Das ist nicht unsere Schuld. Also, ich glaube, das muss man auch vor dem Hintergrund der Budgetpolitik sehen.

Kanal-, Müll-, Wassergebühr. In diesen Bereichen, wo wir Leistungen der Stadt anbieten, müssen wir schauen, dass wir das kostengünstig tun, aber vor allem auch kostendeckend, weil eines steht fest, und das ist eine Binsenweisheit, wir werden ein Bad nicht kostendeckend führen können, wir werden einen Kindergarten nicht kostendeckend führen können, wir werden ein Altersheim nicht kostendeckend führen können und wir werden einen Verkehrsbetrieb nicht kostendeckend führen können. Das kann offensichtlich niemand. Jedenfalls nicht mit dem Angebot, das wir unterbreiten. Wenn wir dort rund 100 Millionen, in die drei, vier Positionen die ich aufgezählt habe, hineinstecken müssen, Jahr für Jahr, um die Abgänge zu finanzieren, dann müssen wir die anderen Leistungen zumindest kostendeckend machen, sonst werden wir mit unserer Budgetpolitik nicht zurande kommen. Derzeit ist das aber in Ordnung und daher können wir uns freuen.

Dass Folgekosten, Frau Kollegin Frech, kein Thema sind, das widerspreche ich sehr stark. Wir haben uns eigens mit dieser Materie, und zwar seit Jahren, intensiv beschäftigt und es gibt in nahezu allen relevanten Bereichen mittlerweile Kostenrechnungen. Wir wissen sehr genau, was unsere Kosten sind und ausgehend davon, versuchen wir auch die Sparmaßnahmen sehr konkret anzugehen. Das steht also fest und ich möchte das bei dieser Gelegenheit sagen. Natürlich wird auf die Kosten geschaut und eine intensive Kostenkontrolle gemacht. Da haben wir dazu Fachleute, sowohl in unserer Kontrollabteilung als auch im Finanzcontrolling wird das sehr genau betrachtet. Nur, es gibt

auch während der Realisierung eines Projektes auftretende Probleme. Zum Teil technischer Natur, zum Teil aber auch, weil die Bürger Einwendungen erheben. So bürgerunfreundlich ist das nicht, wenn man auch während eines laufenden Projektes berechnete Proteste noch einmal überlegt und versucht halt, das auch zu realisieren, beim Bau, weil es hat ja wenig Sinn wenn wir Millionenbeträge aufwenden und machen die Bürger in diesem Bereich, wo das gebaut wird, todunglücklich. Das kann es ja auch nicht sein. Also, ist es schon besser, mit den Leuten zu reden und vertretbare Kosten in Kauf zu nehmen.

Ich bin auch nicht für eine Ganzjahresbudgetdebatte, liebe Frau Kollegin Frech, weil wir sollten nicht nur mit dem Geld ökonomisch umgehen, sondern auch mit der Zeit, weil Zeit ist nämlich kostbar. Wir haben in unserem Prozedere ausreichende Zeiträume vorgesehen um über das Budget zu debattieren und wir tun das in der Regel auch außerordentlich ausreichend.

Ich gebe ihnen schon Recht, Herr Dr. Pfeil, dass Demokratie Geld kostet, aber Diktatur kostet auch Geld und meistens dann noch Leben. Also, mir ist da die Demokratie deutlich lieber.

Ich halte eines, dass sage ich zum Schluss, für einen falschen Ausdruck, im Zusammenhang mit diesem Rechnungsabschluss von „wurschteln“, oder „weiterwurschteln“ zu reden. Dieses ist ein falscher Ausdruck. Ich würde auch den anderen Städten wünschen, und die haben das schon gehabt, momentan haben sie es halt nicht so wie wir, dass sie solche Rechnungsabschlüsse vorlegen können. Ich bitte um ihre Zustimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, der nächste Antrag ist einer der Bedeutsamsten in diesem Monat. Wir haben, wie wir alle wissen, uns intensiv immer mit der Arbeitsmarktsituation beschäftigt, den ich für den Ausgangspunkt betrachte, für Bemühungen, die wir angestrengt haben. Die Dinge gehen manchmal und manchmal gehen sie nicht. Chancen, so fern sie sich bieten, muss man wahrnehmen. Wir haben die Chance wahrgenommen, das Stadtgut zu erwerben. Es war wahrscheinlich eine Jahrhundertchance und wir haben es zu einem Zeitpunkt getan, wo wir einigen Mut dazu gebraucht haben, weil zu diesem Zeitpunkt haben wir diese, bereits erwähnten, gewaltigen Probleme mit dem Budget nach der Steuerreform 1993, als uns die Gewerbesteuer gekappt wurde, gehabt. Wir haben es trotzdem getan und es hat sich bezahlt gemacht. Wir sind in der Lage und haben die ganze Zeit massiv daran gearbeitet, hier einen Teil dieser Grundflächen nunmehr umzuwidmen. Der Antrag liegt beim Land und wird positiv erledigt werden. Wir sind dabei, den rechtlichen Mantel für die Betriebsansiedlung, also einen Betriebsansiedlungspark und einen Technologiepark im Norden der Stadt, auf den ehemaligen Stadtgutgründen, zu errichten. Das Ausmaß beträgt rund 20 Hektar. Es ist eine außerordentlich gute Lage, an der Nordspange gelegen, also gut erreichbar. Mit einer modernen Infrastruktur soll hier die Ausstattung erfolgen und wir sind heute dabei, und dieser Antrag betrifft diesen Umstand, den rechtlichen Mantel für die Umsetzung, die operative Umsetzung, zu bilden. Wir haben in Zusammenarbeit mit Experten, denen ich herzlich danke, FAZAT, unser Mag. Lemmerer, Steuerberater, alles war mit drinnen, um hier diesen rechtlichen

Mantel zu optimieren, wir haben Gespräche geführt mit Förderungsgebern beim Land OÖ, LH-Stellvertreter Leitl, aber auch mit dem Bund, und haben diese Förderungszusagen erhalten. Es sind die Bundestechnologiegesellschaft und die Landestechnologiegesellschaft in diesem Konstrukt drinnen und ich bin guten Mutes, dass wir das wirklich auch kurzfristig umsetzen können und wir wollen heuer im Herbst noch den Spatenstich für diesen Wirtschaftspark durchführen. Aber im Vorfeld müssen wir eben die entsprechenden Beschlüsse fassen. Es werden sich auch hier große Banken bzw. Versicherungen beteiligen. Das ist auch ein Ausdruck der positiven Einschätzung dieses Bemühens. Letzten Endes ist das Ziel, dass wir in diesem Bereich, im Laufe einiger Jahre, rund 700 Arbeitsplätze ansiedeln können. Wenn uns das gelingt, zu den Arbeitsmarktdaten die wir heute wieder berichtet und diskutiert haben, dann würden wir diese Poleposition auch in OÖ erreichen können, das ginge sich zahlenmäßig aus, dass wir auch in OÖ an die Spitze kommen und das sollte auch das Ziel sein. Daher bitte ich um positive Mitwirkung bei diesen Bemühungen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

2) Fin-108/99

Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr-Nord.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes vom 21. Juni 2000, werden zur Realisierung des Wirtschafts- und Dienstleistungsparks Steyr-Nord folgende Beschlüsse gefasst.

Kapitalerhöhung der FAZAT Steyr GmbH.:

Die Stadt Steyr beteiligt sich an der Erhöhung des Stammkapitals der FAZAT Steyr GmbH. von derzeit EURO 50.871,-- (ÖS 700.000,--) um EURO 36.336,-- (ÖS 500.000,-) auf EURO 87.207,-- (ÖS 1.200.000,--) mit einem Anteil von EURO 11.680,-- (ÖS 160.714,29). Die dafür notwendige Kreditübertragung von VASSt 5/782000/755000 auf VASSt 5/789000/080000 in Höhe von ÖS 161.000,-- für das Rechnungsjahr 2000 wird genehmigt und gleichzeitig freigegeben.

Zuschuss zum Eigenkapital der TIC Steyr GmbH.:

Die Stadt Steyr gewährt der TIC Steyr GmbH. im Jahr 2001 einen Zuschuss zum Eigenkapital in der Höhe EURO 119.391,-- (ÖS 1.642.857,14). Der erforderliche Betrag ist im Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2001 bei VASSt 5/789000/775000 zu berücksichtigen. Weiters wird dem Abschluss eines Syndikatsvertrages, in dem die Gesellschafter der FAZAT Steyr GmbH. vereinbaren, dass das Stimmrecht bezüglich Beschlussfassungen betreffend die TIC Steyr GmbH. abweichend vom Anteil am Stammkapital und abweichend von der Zuschusshöhe zu je einem Drittel von der Stadt Steyr, von der TMG OÖ und der TIG des Bundes ausgeübt wird, zugestimmt.

Zuschuss zum Bau des Gründer- und Technologiezentrums:

Die Stadt Steyr gewährt der TIC Steyr GmbH. im Jahr 2001 einen Zuschuss zum Bau des Gründer- und Technologiezentrums in der Höhe von EURO 218.019,-- (ÖS 3 Mio.) und im Jahr 2002 in Höhe von EURO 181.682,-- (ÖS 2,5 Mio.). Diese Beträge sind in den entsprechenden Voranschlägen der Stadt Steyr bei VASSt 5/789000/775000 zu berücksichtigen.

Haftung für Zwischenfinanzierung der BIP Steyr GmbH.:

Die Stadt Steyr übernimmt - **vorbehaltlich der hiezu notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung** - für ein von der BIP Steyr GmbH. aufzunehmendes Fremdfinanzierungsvolumen von maximal EURO 1,453.457,-- (ÖS 20,0 Mio.) eine Ausfallsbürgschaft gem. § 1356 ABGB.

Grundverkauf - Grundsatzbeschluss:

Der Magistrat wird ermächtigt, hinsichtlich der aus Beilage 3 ersichtlichen Flächen und unter Berücksichtigung der im Punkt 2.6. des vorliegenden Amtsberichtes angeführten Preisuntergrenzen je m² für die einzelnen Zonen und unter Berücksichtigung der im Punkt 2.7. angeführten Bedingungen (Vor- und Wiederkaufsrecht), entsprechende Kaufverträge mit den seitens der BIP Steyr GmbH., aufgrund des ebenfalls abzuschließenden Alleinvermittlungsvertrages, namhaft gemachten Kaufinteressenten abzuschließen.

Alleinvermittlungsauftrag mit der BIP Steyr GmbH.:

Zur besseren Koordination und zum Gelingen des gesamten Projektes wird dem Abschluss eines Alleinvermittlungsauftrages für die aus Beilage 3 ersichtlichen Grundstücke im Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr- Nord mit der BIP Steyr GmbH. zugestimmt. Aus dem Abschluss des Alleinvermittlungsauftrages dürfen der Stadt keine Kosten erwachsen. (Beilage)

Ich bitte um Debatte bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Selbstverständlich werden wir diesem Antrag zustimmen. Ich habe in diesem Zusammenhang eine Anmerkung und eine Frage. Eine Anmerkung: Natürlich, diese 20 Hektar Ansiedlungspolitik erfordern eine zeitgemäße Anbindung auf der Straße und die Infrastruktur gehört da dazu. Wenn es uns wirklich nicht bald gelingt, hier in diesem Bereich Umfahrung Dietachdorf, etwas zustande zu bringen, wir, da ist das Land gefordert und der Bund, und auch mit Hilfe der Stadt Steyr, dann wird es auch Probleme geben.

Die Frage: Es war immer die Rede davon, dass das Technologiezentrum der ehem. Steyr-Daimler-Puch als Leitfirma dort Fuß fassen soll. Es gab in der letzten Zeit ja einige hektische Verhandlungen und Diskussionen. Es wird kolportiert, dass die Entscheidung bereits gefallen sein soll. Wissen sie etwas Näheres darüber? Es wäre gerade für die Stadt Steyr extrem wichtig, wenn dort 300 hochqualifizierte oder höchst qualifizierteste Techniker nicht nur bleiben, sondern dass das auch ausgebaut wird. Das wäre ein Betrieb mit Zukunft. Wissen sie da etwas darüber? Ich glaube, es wäre für den Gemeinderat und gerade für diesen Park schon sehr wichtig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich gebe ihnen vollkommen Recht, Herr Dr. Pfeil, einer der wichtigsten Punkte und unsere größten Bemühungen sind in dieser Richtung notwendig und wir haben diese Bemühungen auch angestrengt. Wir haben hier nicht nur kurzfristig, als wir gehört haben, dass dieser Deal mit der Zahnradfabrik Passau gelaufen ist und die Technologieabteilungen eigentlich im falschen Quartier befindlich sind, die größten Bemühungen angestrengt, um nicht nur einen Architektenplan, sondern auch einen Finanzplan für die Ansiedlung dieser Ingenieurabteilung an diesen Wirtschaftsplan als Galionsprojekt zustande zu bringen. Der Geschäftsführer ist also mit diesen Unterlagen voll ausgestattet und hat uns gegenüber versichert, dass Steyr ein Wunschstandort für die Betroffenen, überwiegend jedenfalls, wäre. Ich glaube auch, dass für die zukünftige Akquisition von hochrangigen Personal und hochqualifizierten Personal, der Standort Steyr deutlich bevorzugt werden wird, weil diese Leute natürlich auch die urbane Lebensqualität bis hin zur Kultur und das Freizeitangebot schätzen und wünschen. Es gibt allerdings auch ein betriebswirtschaftliches Argument, das gegen unseren Standort spricht. Das ist der Umstand, dass Teile dieses Zentrums in einem Bereich bereits dort seit Jahren in St. Valentin angesiedelt sind. Es gibt noch unterschiedliche Denkschulen, diese Abteilungen überhaupt nach Graz, in ein großes Ingenieurzentrum zu verlagern und diese Entscheidung wird halt in dieser Magnazentrale getroffen werden. Ich glaube, dass wir die besseren Argumente haben, dass wir hervorragende Arbeit im Vorfeld geleistet haben und dass wir gute Chancen haben zum Zug zu kommen. Aber ausgestanden ist es nicht und nähere Informationen, hat auch der Kollege Spanring, hat er mir signalisiert, zur Zeit nicht, obwohl er in dem unmittelbaren Umfeld dort tätig ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, bewegt sich in dem Umfeld, nämlich eine Erhöhung der Beteiligung der Stadt Steyr an der OÖ Technologie- und Marketing GesmbH, und zwar bei der Erhöhung des Stammkapitals.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Ha-3309/92

Beteiligung der Stadt Steyr an der OÖ. Technologie- und Marketing GesmbH (TMG); Erhöhung des Stammkapitals.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 13. Juni 2000, wird der Aufstockung des Stammkapitals der Oberösterreichischen Technologie- und Marketing GesmbH.,

Landstraße 3/IV, 4020 Linz, auf EURO 220.000,-- (ÖS 3.027.266,--) und der damit verbundenen Erhöhung des Anteils der Stadt Steyr von EURO 1.453,46 (ÖS 20.000,--) auf EURO 4.400,-- (ÖS 60.545,32) zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden bei VSt 5/782000/775010 ÖS 40.600,-- für das Rechnungsjahr 2000 freigegeben.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Verkehrsverbund OÖ - Finanzielle Beteiligung unserer Stadt. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) VerkR-1250/99

OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV) finanzielle Beteiligung der Gemeinden für das Jahr 1999

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 06. Juni 2000 wird der Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr zum Gesamtverlust am OÖVV für das Jahr 1999 in Höhe von S 1.865.955,-- in Form einer Akontozahlung gegen nachträgliche Endverrechnung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt. 1/690000/751000 die Freigabe des budgetierten Betrages und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 366.000,-- bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Eichhübl, bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des

Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Ich möchte diesen Antrag, der ja eine Beitragserhöhung vonseiten der Stadt an den OÖVV zum Inhalt hat, zum Anlass nehmen, um aus meiner Sicht, sozusagen als direkt oder indirekt Betroffener, nämlich als Referent des Verkehrsbetriebes der Stadt, einige Anmerkungen zu machen. Im Amtsbericht wird darauf hingewiesen, dass seit 1995 dieser OÖVV besteht. Tatsächlich war es so, meine Damen und Herren, und das möchte ich sehr deutlich in Erinnerung rufen, es ist auch mit einem Satz im Amtsbericht darauf hingewiesen worden, dass dieser Verkehrsverbund in OÖ vonseiten des Landes, mit dem Ziel gegründet wurde, um dem Benutzer des öffentlichen Verkehrsmittels die Möglichkeit zu schaffen, mit einer einzigen Karte alle öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen und das möglichst einfach. Es war allerdings so, dass das damals nicht nur mit Kinderkrankheiten behaftet war, das ist eher eine sehr höfliche Ausdrucksweise, sondern es hat da eher bereits sehr große Geburtswehen gegeben. Ich möchte nur daran erinnern, dass zwar damals, in Vorwahlzeiten, um Millionenaufwand Plakate in ganz OÖ affiziert wurden, wo also der Oberösterreicher darauf hingewiesen wurde, dass in Zukunft jedem Oberösterreicher diese rote Karte für den Verkehrsverbund zusteht. Tatsächlich hat es dann aber auch eine geraume Zeit gedauert, aus den verschiedensten Gründen und Umständen heraus, jedenfalls war das Vertrauen der Bevölkerung, dass es tatsächlich zu einem Verkehrsverbund kommt, mit diesem vorhin von mir genannten Ziel, sehr erschüttert und es ist ja eigentlich beinahe dazu gekommen, dass zwei verantwortliche oberösterreichische Landespolitiker die „Rote Karte“ bekommen hätten. Nicht die des Verkehrsverbundes, sondern sie wissen schon, welche ich meine. Tatsächlich aber ist jetzt die Situation so, dass größtenteils die Ziele des Verkehrsverbundes verwirklicht werden konnten und das war ja mit auch ein Grund dafür, warum die Stadt Steyr sich entschlossen hat, diesem Verkehrsverbund beizutreten.

Ich darf aber doch auch noch auf die derzeitige Situation in einigen Sätzen hinweisen. Seit 1. 10. 1996 ist die Stadt Steyr beim Verkehrsverbund OÖ und hat jährliche Beiträge von mehr als 1,2 Millionen Schilling bis 1998, jetzt kommt ja der erhöhte Beitrag von mehr als 1,8 Millionen Schilling zum Tragen, geleistet und im besten Falle im Jahr

S 800.000,--, S 900.000,-- vom OÖVV an Rückzahlungen aus der Alt-Einnahmengarantie refundiert und vergütet bekommen. Die Ansprüche bezügl. des Durchtarifizierungsverlustes konnten ja vonseiten der Stadt und den Stadtwerken nicht beansprucht werden und zwar deshalb nicht, weil unsere Tarife wesentlich unter denen des OÖVV liegen. Die Stadt Steyr ist also Nettozahler, wie andere Städte auch, das muss man hier sehr deutlich unterstreichen, daher haben auch die Städte Oberösterreichs Bestrebungen in Gang gesetzt, ihre Tarife an die Verbundtarife anzupassen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat sich auch der zuständige Kommunalausschuss, die Mitglieder wissen es ja alle, mehrmals mit dieser Thematik auseinandergesetzt und ist auch bei der Abstimmung einhellig zu dem Ergebnis gekommen, dass auch den Stadtwerken empfohlen wird, zwar nicht den Vorreiter bei Tarifierhebungen zu spielen, aber sich doch an die Beschlüsse und Anregungen in dieser Richtung der Städte Linz und Wels anzuhängen und hat den Stadtwerken auch ihre Wünsche mit auf den Weg gegeben. Also, die Situation ist zur Zeit so, dass ab Oktober d. J. einheitliche Tarife und damit auch eine Anhebung der Fahrpreise in Steyr in Kraft treten soll.

Was bringt aber die weitere Entwicklung in diesem OÖVV? Da ist auch sehr interessant zu hören, dass ab Sommer 2001 der OÖVV-Neu kommen soll, der unter anderem folgende Veränderungen vorsieht: Die Schülerfreifahrten sollen hineinkommen, der Berechnungsschlüssel soll geändert werden, der Zonentarif, wegen der eher ungünstigen und ungerechten Möglichkeit der Ermittlung der Fahrtstrecken in einen sogenannten Wabentarif verändert werden, eine eigene Tarifgestaltung der Verkehrsunternehmungen, die zurzeit in diesem Verkehrsverbund drinnen sind, soll nicht mehr möglich sein, sondern hier soll es nur einheitliche Vorgangsweisen, im Bezug auf die Tarifgestaltung im Verkehrsverbund und deren angehörigen Betriebe, geben. Allerdings, so habe ich erst heute vernommen, hat da die ÖBB andere Vorstellungen. Sie möchte sich nämlich die Freiheit erhalten, ihre Tarife nach ihren Vorstellungen und Gutdünken, nach oben hin, auch in Zukunft zu verändern. Es werden die Verhandlungen zeigen, wie dann tatsächlich dieser Verkehrsverbund-Neu aussehen wird.

Das Ziel des Verkehrsverbundes-Neu ist es aber auch nach wie vor, der Bevölkerung unter einfachen und kostengünstigsten Bedingungen den Zugang zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen. Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wird es notwendig sein, die weitere Entwicklung im OÖVV, im Interesse der Benutzer des öffentlichen Verkehrsmittels, aber auch im Interesse der Stadt, die unter Umständen mit weiteren Anhebungen ihrer Beiträge zu rechnen hat, genau zu beobachten.

Dem vorliegenden Antrag werden ich, meine Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen GR-Fraktion, die Zustimmung geben. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Selbstverständlich bekenne ich mich dazu, dass man dem öffentlichen Verkehr etwas zuschießen muss, weil er einfach in der jetzigen Situation nicht kostendeckend ist und es hat auch etwas mit der Kostenwahrheit zu tun. Nur was mich sehr daran stört ist, es steht ohnedies im Amtsbericht, die Kinderkrankheiten des Verkehrsverbunds, die auch bis heute nicht ganz beseitigt sind und vor allem, wenn man sich anschaut, die Stadt bzw. der Bürger zahlt jetzt insgesamt ein Drittel mehr als 1998. Wir zahlen für den Verbund ungefähr rund S 600.000,--, sogar ein bisschen mehr als S 600.000,--, als im Jahr 1998. D. h., wir müssen mehr zahlen. Zugleich ist die Leistung aber weniger geworden. Ich darf sie nur daran erinnern, es ist ohnedies schon häufig ein Thema im GR gewesen, was die Zugverbindungen anbelangt. Der letzte Zug von Linz nach Steyr geht inzwischen weit vor 22.00 Uhr. Die Tagesrandverbindung 23.00 Uhr ist eingestellt worden und es gibt auch bis heute keine Ersatzverbindung mit dem Bus, wie es einmal diskutiert worden ist, zumindest von Valentin weg nach Steyr mit einem Bus zu fahren. Das finde ich schon sehr bedenklich, dass auf der einen Seite die Kosten steigen, die Leistungen aber zurückgenommen werden. Das ist nicht mein Wunsch, auch selbst als Benutzer des öffentlichen Verkehrs, dass das in diese Richtung geht. Diese Zugseinstellung hat übrigens auch noch ein bekanntes Nebendetail. Sie alle können sich daran erinnern, dass wir dort drüben ein Parkdeck und einen Lift haben. Dieser Lift wird automatisch, seitens der ÖBB, eingestellt, sprich abgesperrt, sobald der letzte Zug nach Steyr gekommen ist. Das war halt früher um Mitternacht. Da hat man den Lift Punkt Mitternacht abgeschaltet und jeder der mit dem Auto noch auf das Parkdeck gefahren ist, muss dann halt zu Fuß hinuntergehen. Inzwischen hat sich das noch einmal reduziert, weil eben der letzte Zug noch früher nach Steyr kommt, d. h. so ungefähr um 22.30 Uhr, 22.45 Uhr ist Schluss, da wird dieser Lift dort drüben zugesperrt. Ich sehe eigentlich nicht ein, warum man das macht, noch dazu, und da würde ich sie bitten Herr Bürgermeister vielleicht da einmal ein Gespräch mit der ÖBB zu suchen, weil ich denke mir, es kann nicht sein, dass wir dort eine fußläufige Verbindung haben, die ja nicht nur als Parkdeck für jene dient, die den öffentlichen Verkehr nutzen, sondern da sind auch andere Nutzer und wir haben eine fußläufige Verbindung von der Ennsseite herunter in die Innenstadt, und da kann es nicht sein, dass man diesen Lift einfach kurz vor 23.00 Uhr, zwischen 22.00 und 23.00 Uhr, abstellt. Ich denke vor allem an Personen, die vielleicht nicht mehr so gut zu Fuß sind und die dann einfach die Stufen hinuntergehen müssen. Es müsste eigentlich möglich sein, dass man diesen Lift ständig in Betrieb hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich werde mich bemühen, so ein Gespräch zu führen, aber ich nehme halt an, dass die Bundesbahn Erfahrungen gemacht hat, und dass sie halt wahrscheinlich vor Vandalismusschäden, um davor besser gefeit zu sein, das so machen, aber ich werde es versuchen. Sonst möchte ich den sachkundigen Ausführungen des Referenten nichts hinzufügen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, dann können wir zur Abstimmung schreiten. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich mit der Kenntnisnahme des Jahresberichtes 1999 durch die Kontrolle und Revision. Es sind also umfangreiche Kontrollen durchgeführt worden, keine Kosten und Mühen wurden gescheut und die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich sehr bemüht, wofür ich mich herzlich bedanke.

Der Antrag des Prüfungsausschusses an den Gemeinderat lautet:

5) Rp-2/99

Fachabteilung für Kontrolle und Revision; Jahresbericht 1999 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1999 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich bitte sie darüber zu debattieren bzw. den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse. Ich bin glücklicherweise nur auf die Schulter gefallen und nicht auf den Mund. Ich möchte an dieser

Stelle der FA für Kontrolle und Revision für ihre wertvolle Arbeit für unsere Stadt recht herzlich danken und bitte dich, Herr Bürgermeister, das an die Beamtenschaft zu übermitteln, und möchte auf diesem Weg ganz besonders einer Person für die gute Zusammenarbeit mit ihm, dem Herrn Dr. Gottlieb-Zimmermann, dessen letzter Jahresbericht, oder unter seiner Leitung erstellte letzte Jahresbericht das sein wird, der in den verdienten Ruhestand geht, wo ich ihm im Namen meiner Fraktion und in meinem Namen natürlich alles Gute für diese Zeit der Ruhe wünsche. Wie ich ihn kenne wird es für ihn eher eine Zeit der Unruhe, mit seine Aktivitäten, mit seiner Freude an der Arbeit. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster am Wort ist GR Payrleithner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Einmal im Jahr haben wir die Möglichkeit, den Bericht im GR zu diskutieren und ihn, unter Führungszeichen, ja nur zur Kenntnis zu nehmen. Es ist für die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, die nicht im Kontrollausschuss tätig sind, sehr schwierig, sich mit dieser Materie näher zu beschäftigen, weil ja dieser Bericht eigentlich nur aus Überschriften besteht. Es stellt sich wahrscheinlich für manche überhaupt die Frage der Sinnhaftigkeit eines derartigen Berichtes und einer Diskussion darüber im GR. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass man die Gelegenheit nutzen sollte über die Aktivitäten und umfangreichen Arbeiten dieser sehr wichtigen Einrichtung hier im Rathaus auch in diesem Forum zu diskutieren. Es ist ja neben den Preisverhandlungen, die ja erfreulicherweise immer gewaltige Einsparungen bringen, ich habe mir das ein bisschen zusammengerechnet, es sind alleine im Jahr 1999 rund 2,7 Millionen Schilling, das ist eine sehr erfreuliche Angelegenheit. Wir haben uns dort aber auch mit einigen Dingen zu beschäftigen, die nicht so erfreulich sind, die teilweise wie das Hornberger-Schießen ausgegangen sind, weil nichts herausgekommen ist. Ich darf nur an die Vorkommnisse am Sozialamt erinnern, aber auch ein paar Dauerbrenner sind immer dabei, die nicht abgeschlossen sind und uns auch in Zukunft noch beschäftigen werden. Leider muss ich sagen, ich darf nur das Stichwort Vorwärts erwähnen, ich glaube es ist da drinnen mindestens vier Mal erwähnt, wenn ich richtig zurückgeblättert habe. Das wird uns wahrscheinlich auch in Zukunft noch einmal beschäftigen. Schlossparkpavillon ist angerissen, im Christkindlcafe sind auch leider die Befürchtungen eingetroffen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatare: Nicht Christkindlcafe!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Entschuldigung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bringst mir noch ein Wirtshaus um.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ganz im Gegenteil. Gott sei Dank ist das ursprünglich, zur Christkindlwelt gehörende Christkindlcafe, rechtzeitig getrennt worden und erfreut sich großer Beliebtheit. Ich war heute sogar dort und es ist gar nicht so schlecht. Aber wie gesagt, Leimhofer ist z. B. auch so eine Angelegenheit, ich bin jetzt seit 9 Jahren im GR, dieser grausliche Bau ist noch immer nicht abgeschlossen. Da hat der Architekt Scheuer seinerzeit schon gesagt, es ist einfach unfassbar, wie uns manche Bürger auf der Nase herumtanzen. Inzwischen ist der Herr Architekt Scheuer schon in Pension und auch der Nachfolger hat dieses Ding leider noch nicht in den Griff bekommen. Also, wir sehen, dass diese Einrichtung sehr wichtig ist.

Was nicht so erfreulich ist, ist, dass diese Dinge, die z. B. im Sozialamt geschehen sind, nicht einer Lösung zugeführt werden konnten, weil sich halt offensichtlich ein paar davon Betroffene gegenseitig decken. Ich hoffe, dass man zumindest daraus die Lehren gezogen hat und gewisse Umstände und technische Abwicklungen im Haus, die letzten Endes ja auch ein bisschen dazu beigetragen haben, dass es überhaupt dazu gekommen ist, inzwischen geändert hat. Der Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann hat uns zugesagt, dass man zumindest Abläufe geändert hat, von der ominösen Schuhschachtelbuchhaltung, teilweise, mit Gegenbelegen usw., alle diese Dinge die da im Kontrollausschuss besprochen worden sind, zumindest ist diese Seite der Geschichte von Vorteil gewesen, dass man daraus Änderungen getroffen hat, dass man die Personen im Amt auseinandergesetzt hat, habe ich gehört, dass derartige Dinge vielleicht nicht mehr vorkommen. Dass auch der Staatsanwalt letzten Endes die Untersuchungen einstellen musste, auch er ist hier auf Granit gestoßen. Das ist offensichtlich nicht sehr erfreulich, weil es ist auch nicht sehr motivierend für die Mitarbeiter im Haus, wenn der, der das letzten Endes angestellt hat, unter den Beschäftigten, die sich ja zu 99,9 % nichts zu Schulden kommen haben lassen, weil. Das ist, glaube ich, der Wehrmutstropfen bei der ganzen Angelegenheit, der soll vielleicht auch nicht ganz unerwähnt bleiben.

Im Großen und Ganzen, vor allem im Hinblick auch auf die Preisverhandlungen, sind sicher auch positive Aspekte, die man hier anschneiden kann.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Kollegin Radmoser bitte.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Auch ich möchte mich im Namen meiner Fraktion für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ihr habt ja alle aus dem Kontrollbericht gesehen, es sind fast 3 Millionen Schilling, die bei Preisverhandlungen eingespart wurden. Das ist sicherlich ein positiver Aspekt, aber nicht die Hauptaufgabe, denn wie schon der Name sagt, Fachabteilung für Kontrolle und Revision. Also Kontrolle, aber nicht nur die nachträgliche Kontrolle, so wichtig und notwendig sie ist, aber viel effizienter ist die begleitende Kontrolle. Hier können im Vorfeld Mängel und Fehlentwicklungen aufgezeigt und sofort behoben werden und dadurch nachträglich Ärger, Streit, Geld und Zeitverzögerung eingespart werden. Ich finde es beachtlich, dass so ein großes und vielseitiges Aufgabengebiet mit so einem geringen Personalstand bewältigt wird. Ich finde, sie haben sich ein Dankeschön verdient. Das möchte ich hiermit anbringen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Vorsitzende, Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Danke. Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Prüfen ist nie angenehm, das ist schon klar, aber auf der anderen Seite ist es für uns Ausschussmitglieder sehr positiv zu bemerken, mit welcher Vehemenz manchmal und mit welcher Sachkenntnis die leitenden Beamten hier vorgehen. Es ist natürlich klar, der Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann hat eine über jahrzehntelange Erfahrung in vielen Dingen, kennt den Hausgebrauch sehr gut, was auch damit zusammenhängt, dass manche Dinge sehr schnell oft erkannt werden und Fehlentwicklungen einfach abgestellt werden. Auf diesem Weg ein herzliches Dankeschön, einen guten Rutsch in die Pension, alles Gute für seinen Nachfolger und ich möchte mich auf diesem Weg, weil ich auch Vorsitzender bin, auch bei den anderen Fraktionen für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich glaube, wir haben 99,9 % unserer Entscheidungen einstimmig gefällt, was auf eine sehr konstruktive Zusammenarbeit schließen lässt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ein Schlusswort wird auch nicht gewünscht. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Tagesordnungspunkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es liegt ein FPÖ-Antrag vor, eine Resolution zu beschließen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf ihnen den Wortlaut zur Kenntnis bringen.

6) Präs-386/00

Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution zur Erhaltung des Freizeit- und Naherholungswertes der Enns und dessen Stauseebereich.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge nachstehende

Resolution

beschließen:

Um den Freizeit- und Naherholungswert der Enns und deren Stauseebereich auch in Zukunft zu erhalten, wird der zuständige Referent für Wasserverkehr in der OÖ Landesregierung, LR Dr. Erich

Haider, ersucht, Maßnahmen zu setzen, den Motorbootverkehr auf der Enns auf PS-schwache Fischerboote zu reduzieren.

Ausnahmen: Einsatzboote der Feuerwehr, Polizei udgl.

Begründung:

Die Altstadt von Steyr, sowie die unmittelbare Umgebung wird von den Flüssen Steyr und Enns geprägt.

In der wärmeren Jahreszeit stellt vor allem die Enns für viele Wassersportler ein ideales Umfeld dar. Es wurde auch ein Vogelschutzgebiet am Enns-Stausee errichtet.

In jüngster Zeit gibt es allerdings eine massive Beeinträchtigung durch große, PS-starke Motorboote auf der Enns. Selbst im Stadtgebiet ärgern sich zunehmend Anrainer über Lärm und Abgase.

Ich bitte darüber die Debatte und die Abstimmung abzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Payrleithner, der den Antrag auch gestellt hat.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die wunderschöne Stadt Steyr ist nicht nur bekannt für seine hervorragende Bausubstanz aus dem Mittelalter, sondern auch für den Zusammenfluss zweier wunderschöner Flüsse und auch für eine hohe Wasserqualität, nicht nur der Steyr, sondern auch der Enns, in den letzten Jahren, erfreulicherweise, gestiegen durch massive Investitionen. Ich kann mich noch erinnern, das ist nicht allzu lange her, wie die Abwässer z. B. noch in die Enns abgeleitet wurden. Man hat hunderte Millionen für die Errichtung einer zentralen Kläranlage verwendet, d. h. mit einem Wort, die Enns hat an Qualität gewaltig gewonnen. Zudem ist auch das Freizeitverhalten der Bürger in den letzten Jahren etwas anders geworden. Man braucht ja jetzt nur, wenn man in der schönen warmen Jahreszeit ein bisschen herumkommt, schauen, wie viele Menschen sich an der Enns aufhalten, dann sieht man auch hier das geänderte Freizeitverhalten. Es ist aber seit rund einem Jahr eine Entwicklung eingetreten, die uns etwas mit Sorge erfüllt, und zwar jene, dass offensichtlich durch den Umstand, dass man große Motorboote auf den Seen und auch zunehmend auf anderen Flüssen nicht haben will, dass diese Dinge jetzt nach Steyr und an die Enns verlagert werden. Es ist ja weitgehend bekannt, dass im Salzkammergut und auch in Kärnten in der Hauptsaison das Befahren der Seen mit großen Motorbooten inzwischen längst verboten ist, weil man um den Fremdenverkehr Angst hat, weil die Qualität der freizeitsuchenden Menschen darunter leidet, der Lärm, der Gestank, und eigentlich sehe ich nicht ganz ein, dass wir uns jetzt in Steyr damit sozusagen abfinden sollen oder abfinden müssen. Wir haben nichts gegen Fischerboote mit kleinen Motoren, damit leben wir Ruderer schon seit 50 Jahren oder noch länger, das hat es immer gegeben, das wird es auch in Zukunft geben. Es gibt auch andere Einrichtungen, die natürlich auf der Enns wichtig sind, das sind die Feuerwehr und die Einsatzboote. Was wir aber nicht brauchen ist jene Art von Schiffsverkehr, die in Steyr jetzt auf einmal Platz greift, und zwar Boote mit gewaltigen Innenbordmotoren, die nicht nur einen großen Lärm verursachen, sondern auch dementsprechende Geruchsbelästigung verursachen. Inzwischen auch für die Anrainer mitten in der Stadt, weil die Herrschaften fahren auch in der Stadt auf und ab. Ich möchte auch betonen, dass es sich nur um offensichtlich wenige schwarze Schafe handelt. Ich möchte jetzt nicht alle in einen Topf werfen,

die aus sportlichen Gründen manchmal auch ein Motorboot an der Enns brauchen, aber ich glaube gegen diese Entwicklung sollten wir uns rechtzeitig zur Wehr setzen. Es ist im Interesse vieler, es ist im Interesse der Wassersportler, der Taucher, der Paddler, der Ruderer, der Fischer und ich kann mir vorstellen auch letzten Endes der Ennskraftwerke, die glaube ich auch kein besonderes Interesse hat, dass ihre Ufer so ausgewaschen werden. Wer sich das in Staning einmal anschaut, was sich da abspielt, wenn derartig große Boote auf und ab fahren, dann kann man sich vorstellen, was das auf lange Frist bedeuten wird die Ufer wieder zu sanieren. Man kann das ja nicht mit der Donau vergleichen, wo es einen Steinwurf als Befestigung gibt, diese Dinge gibt es ja an der Enns nicht, weil die Enns aufgrund der Kraftwerksituation kein schiffbarer Fluss mehr ist und daher für einen derartigen Schiffsverkehr auch nicht geeignet ist. Es war auch gar nicht so einfach festzustellen, in wessen Kompetenz das fällt und wer überhaupt zuständig ist für diese ganze Angelegenheit. Nach mehreren Telefonaten mit dem Polizeidirektor, mit der Ennskraftwerke AG usw., hat sich dann letzten Endes durch einen Beamten der Landesregierung herausgestellt, dass der LR Haider für den Wasserverkehr zuständig ist und daher hat auch unsere Fraktion diese Resolution heute hier eingebracht, um an den LR zu appellieren, diesen Dingen rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben. Ich würde sie alle bitten diese Resolution, es ist leider nur eine Resolution, eine andere Möglichkeit haben wir derzeit nicht, zu unterstützen. Ich glaube es ist im Interesse aller, dass wir diese hohe Qualität auch in Zukunft erhalten. Es profitieren auch die Anrainer, die an der Enns leben, davon. Inzwischen gibt es nämlich unangenehme Zeitgenossen, die auch in der Nacht auf und ab fahren, das ist auch nicht sehr erfreulich, und hat meiner Meinung nach eigentlich auch sehr wenig mit Sport zu tun, wenn man mit der Bierkiste im Boot, mit 400 PS auf der Enns auf und ab fährt. Also, ich kann mir etwas anderes vorstellen, was unter sportliche Betätigung fällt. Ich würde sie bitten, der Resolution zuzustimmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was mich ein bisschen verwundert ist das, in dieser Resolution wird vor allem auch der Umweltschutz angesprochen, die Ruhelage. Wenn man sich dann noch vor Augen führt, dass der letzte Ausschuss des Umweltausschusses abgesagt wurde, dass man keine Themen für diesen Ausschuss gehabt hat, aber hier sehr publikumswirksam im GR wieder eine Resolution einbringt, dann muss ich schon sagen, warum behandelt man solche Dinge nicht im Ausschuss, dort wo sie hingehören. Das ist jetzt wieder eine übereilte Geschichte. Übereilt auch deswegen, lieber Kollege Payrleithner, weil die Enns nach wie vor ein Verkehrsweg ist, ein gewidmeter Verkehrsweg. D. h., jeder hat ein Recht auch gewerblich die Enns zu benutzen. D. h., eine Einschränkung ist derzeit mit Sicherheit nicht möglich. Ich glaube auch zur Findung von Argumenten, und dass man das wirklich abklärt, ist es notwendig, dass man sich mit dem wirklich im Detail auseinandersetzt, aber nicht da jetzt, nur damit wir eine Zeitungsmeldung oder sonst etwas haben, vorweg eine Resolution zu verabschieden. D. h., ich kann mir das nicht vorstellen, dass man das jetzt so unterstützt, ich glaube, retour an den zuständigen Ausschuss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag. Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, meine Wortmeldung schließt direkt an die vom Kollegen Mayrhofer an. Was mich einmal interessieren würde ist, was die Stellungnahme vom GB IV im Akt dazu sagt. Sie sehen es auch, auf dem GR-Antrag steht ja, dass vorher ein Bericht, bis 3. 7., des GB IV erfolgen sollte. Ich habe mir den Akt am Ende des 4. 7. angesehen, da war dieser Bericht noch nicht dabei. Es würde mich einmal interessieren, was der zuständige Geschäftsbereich überhaupt zu diesem Antrag sagt. Ich hoffe, dass da jemand aufklärend wirken kann. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte auch da anknüpfen, was Herr StR Mayrhofer gesagt hat. Ich glaube, wenn es Probleme jener Art gibt, es gibt immer Möglichkeiten in irgendeinem Ausschuss das Thema vorher zu diskutieren und dann die weitere Vorgangsweise zu wählen und zu bestimmen, wie gehen wir mit dem Thema um, wie wollen wir dem entgegenwirken. Ich muss ehrlich sagen, bis zu dem Zeitpunkt, und wir haben auch in unserer Fraktion darüber diskutiert, wo ich die OÖ Nachrichten gelesen habe, bin ich mit dem Thema eigentlich nicht, und auch wir nicht, konfrontiert worden, außer der Kollege Payrleithner hat mir persönlich das einmal in einem Gespräch gesagt, aber sonst, von der Bevölkerung her, eigentlich nicht. Das heißt aber noch nicht, und ich nehme das auch nicht für uns in Anspruch, dass es Probleme geben kann, das will ich gar nicht bestreiten, aber ich würde mir auch wünschen, und es wird ja immer auch gerade von eurer Fraktion, lieber Hans Payrleithner, verlangt, dass wir Themen, bevor wir in den GR gehen, auch im Ausschuss darüber diskutieren. Es wäre wirklich so gewesen, im letzten Umweltausschuss, der mangels an unserer hervorragenden Umwelt nicht notwendig gewesen ist, lieber Kurt, du weißt das ja sehr gut, dass das so der Fall ist, haben wir diesen verschoben und es hätte da sicherlich die Gelegenheit gegeben.

Zum Thema selbst möchte ich aber schon eine Erläuterung machen, weil ja das nicht ein Thema ist, das jetzt so spontan diskutiert wird, mit diesem Thema hat man sich ja schon des Öfteren beschäftigt, auch die zuständigen Stellen von der OÖ LR. Vor 15 Jahren hat man über dieses Thema schon diskutiert, aber die letzte Diskussion und die letzten Gespräche und Verhandlungen haben doch erst im Februar 1999 im Informationszentrum Staning stattgefunden, wo hier Mitarbeiter des Amtes der OÖ LR, der NÖ LR, der Ennskraftwerke und vom Otto-König-Institut teilgenommen haben. Es waren die Argumente zuerst für diese Diskussion, für die Erlassung einer schiffahrtspolizeilichen Verordnung, wo man gemeint hat, dass hier möglicherweise Uferangriffe durch Wellenschlag, oder dass der Naturschutz gestört ist und zwar vordergründig das Vogelbrutgebiet, das ja in diesem Bereich angesiedelt wurde. Es wurde hier von den Fachleuten, von den damaligen Zuständigen, festgestellt, dass eine Uferverfestigung gekommen ist und dass der Wellenschlag kein Problem für den Uferbereich ist. Der Stausee Staning, das wird auch dort festgehalten, wird für Erholungszwecke genutzt, wobei es natürlich mit sich zieht, dass gewisser Lärm, gewisse Berührungen, Störungen selbstverständlich auch sein werden. Es wurde aber von denen festgestellt, und das ist jetzt ein gutes Jahr aus, dass sich der Motorbootverkehr auf der Enns verringert hat, also nicht vermehrt hat, sondern verringert hat, und im Gegensatz andere Sportarten, wie Segler, Surfer, Paddler, am Stausee

unterwegs sind. Herr Dr. Eisner vom Otto-König-Institut für angewandte Ökoethologie wurde dann über die bisherigen Auswirkungen des bisherigen Schiffsverkehrs auf das Verhalten der Wasservögel beauftragt, wo er eine jüngst erstellte Studie zitierte, die über 1 ½ Jahre durchgeführt wurde, über das Verhalten der Wasservögel im Vergleich zu den Nutzungen am Stausee Staning. Aus dieser Studie konnten seiner Ansicht nach folgende Schlüsse gezogen werden. Die Wasservögel, lieber Kollege Payrleithner, überraschend, muss ich ehrlich sagen für mich auch ein bisschen, aber es ist auch eine gewisse Logik dahinter, reagieren am heftigsten auf Ruder- und Paddelboote ...

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

... gegenüber dem Motorbootverkehr, Dr. Eisner vom Dr. König-Institut und nicht Bremm. Gegenüber dem Motorbootverkehr wurden geringere Reaktionen festgestellt. Die Auswirkungen der gewerksmäßigen Schifffahrt auf die Wasservögel können als gering bis nicht vorhanden bezeichnet werden. Das sind alles Auszüge aus Kommentaren oder Begutachtungen. Hinsichtlich der Sicherheit der Schifffahrt und von Personen wurde festgestellt, dass in den letzten Jahren der private Motorbootverkehr abgenommen hat. Dies lässt sich insofern dokumentieren, als durch die Erlassung des Schifffahrtsgesetzes 1990 alle Motorfahrzeuge, auch jene unter einer Motorisierung von unter 20 % in der Zulassung, durch die Schifffahrtsbehörde bedurften. Dies hat indirekt zu einer Regelung des privaten Motorbootverkehrs geführt. Also, es wurde dann insgesamt festgehalten und festgestellt, von diesen Stellen, dass derzeit, aufgrund der Entwicklung und aufgrund der nichtvorhandenen Umweltproblematik, keine Regelung notwendig ist. Indem das Land OÖ zuständig ist, indem hier diese Stellungnahmen ein Jahr alt sind, wollen wir uns, auch als Sozialdemokratische Fraktion, vorerst, es kann sich ja etwas anderes entwickeln, dieser Stellungnahme anschließen. Wenn wir das intensiver diskutieren wollen, können wir das sicherlich im Umweltausschuss oder bei den Fraktionsobmännern, wenn es uns wirklich so berührt, und dass es so dringend ist, machen. Wenn es so brennt, können wir es ja auch im Anschluss einer StS-Sitzung diskutieren, wir sind ja da wirklich sehr flexibel in unserer Sitzungsführung. Also, es gibt hier wirklich eine Reihe von Möglichkeiten, das zu diskutieren. Aber aufgrund der Expertenmeinung wollen wir uns dieser anschließen und dieser Resolution nicht die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ah, da schau her, jetzt wären auf einmal die Paddler und die Ruderer Schuld, die seit Jahrhunderten schon unterwegs sind. Ich weiß nicht lieber Herr Stadtrat, ob du schon jemals gesehen hast, wenn so einer vorbeigefahren ist, wie ich ihn unlängst gesehen habe, mit 1 ½ Meter ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nicht der Stadtrat, der Dr. Eisner. Hast du mir nicht zugehört?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Schon, aber das ist ja ein wesentlicher Unterschied, der liegt nämlich darin, dass die Paddler und die Ruderer sich eher am Ufer entlang bewegen, es gibt welche, die fahren über die Mitte, aber ich habe noch kein Motorboot gesehen, mit dem Ausmaß wie es der GR Payrleithner gesehen hat, das auch am Ufer vorbeizischt. Dass dort natürlich die Wellenbewegung viel größer wäre, wenn sie es täten, und damit auch der Schaden viel größer wäre, das wäre auch klar. Aber das Boot, das ich unlängst in Haiderhofen, unten beim Kirchenwirt, gesehen habe, das hat 1 ½ Meter Tiefgang und das ist ein Wahnsinn, wenn das Ding unterwegs ist, welche Wellen da schlagen.

Die Paddler, und ich habe das auch sehr oft beobachtet, speziell die, die da in diese Vogelinsel dort einfahren, da bei der Deponie, haben ohnehin eine Hinweistafel, dass sie das nicht tun sollen. Da steht genau unten: „Das Befahren dieser Strecke ist für Boote verboten!“ Das tun natürlich sehr viele, weil es für die Jugendlichen natürlich hoch interessant ist, da einmal hineinzufahren und zu schauen, wie die Vögel da brüten, überhaupt im Frühjahr. Es ist natürlich auch sehr schwer zu kontrollieren.

Aber zum Thema Kontrolle würde ich vorschlagen, soviel ich weiß, ist es doch so, dass die Motorboote ja alle eine Nummer oben haben. Erstens könnte man einmal feststellen, wer diejenigen sind, die mit so einem überdimensionierten Motor fahren. Zweitens, die Ennskraftwerke sind doch die Besitzer der Ufer und irgend so ein Motorboot wird ja nicht in der Mitte vom Fluss stehen bleiben, sondern wird ja irgendwo ankern müssen und das könnte man ja auch unterbinden. Also, wenn man sieht, dass dort einer mit einem Motorboot mit einer erheblichen Kubik und einer erheblichen Verdrängungszahl, steht, dann könnte man sagen, liebe Leute, liebe Besitzer, wir selbst sind höchst interessiert, dass unser Stausee in Ordnung bleibt, du bist für unseren Stausee zu groß, also schau, dass du mit deinem Boot woanders unterkommst, aber nicht dort. Mit Motorbooten, die ich unten kenne, die ich ein bisschen angekannt habe, habe ich relativ wenig Schwierigkeiten, die Paddler sowieso nicht, weil die sind ja froh, wenn ein paar Wellen kommen, und vor allen Dingen, wie ich die Fischer kenne, ist da keiner interessiert, dass er da mit Höchstgeschwindigkeit auf und ab fährt, weil die Fischer regeln sich das selbst. Wenn da einer zu schnell fährt, hat er nämlich beim nächsten Mal schon ein Bier weniger am Abend, wenn die Strecke gezählt wird, weil da wird ihm nämlich gesagt, Bursche, wir sitzen alle am Ufer und wollen etwas fangen und keine Wellen sollen uns erreichen. Darum, zur Vorgangsweise jetzt zu diesem Antrag, ich finde es gut, wenn er auf jeden Fall im Umweltausschuss noch einmal besprochen wird, wenn Kontakt, ich weiß nicht ob das der Kollege Payrleithner mit den Ennskraftwerken gemacht hat, auf diesen Vorschlag, dass man sagt, die müssen ja irgendwo ankern, also kann man ihnen das auch verbieten. Es ist halt nur die Frage, ob es zielführend ist, quasi gemeinderätliche Resolutionen zu diesem Thema, da ist mir die Keule fast zu groß. Ich weiß nicht, vielleicht sagen sie noch etwas dazu, Herr Payrleithner, aber wenn der Herr LR oder sonst irgendwer da jetzt einschreiten soll, obwohl wir im Grunde genommen genug Kontrollmöglichkeiten hier in der Stadt hätten, wenn man sie nur ausnutzen würde. Auch die Polizei hat ein Einsatzfahrzeug auf der Enns, und könnte feststellen, wo der- oder diejenigen mit diesen großen Motoren stehen. Also, überlegen wir uns das noch, ob dieses Mittel nicht zu hoch gegriffen ist und ob es nicht gescheiter wäre, wenn wir zuerst einmal auf alle Institution in der Stadt zurückgreifen würden, weil wie sieht das aus wenn der gute Herr LR sagt, wisst ihr was, das Ufer gehört der Enns, ihr habt eine Polizei die ein Polizeiboot haben, warum regelt ihr euch das nicht selbst, weil es sind ja wirklich nur ein paar Wenige, die das verursachen. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Natürlich gibt es zwei Punkte, die besonders betroffen sind. Nicht nur das Stadtgebiet, sondern das ist der Stausee in Staning, wo die Segler auch sehr betroffen sind und das zweite Gebiet ist der Garstner Stausee unterhalb vom Gasthaus Priestner. Und, und da ist eben der große Irrtum Herr StR Bremm, das Gutachten von meinem sehr geschätzten Freund Dr. Eisner, hat das Datum Februar 1999. Wenn sie den Ausführungen vom Kollegen Payrleithner gefolgt haben, der hat ganz klar gesagt, es hat sich seit einem Jahr zugespitzt. Es ist wirklich so, ich kann das persönlich bestätigen. Plötzlich, wie aus dem Nichts, sind auf dem Stausee Motorboote aufgetaucht und wenn sie schauen, sie können Samstag, Sonntag auf die Uferstraßen die hineinführen, beobachten, da werden Motorboote mit Anhänger angekarrt, hinuntergelassen und nach dem Wochenende wieder hinaufgezogen. Also, da sind auch ambulante Motorboote dabei, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... die nicht irgendwo einen Steg benützen und die scheinen wirklich nur eines im Sinn zu haben, nicht nur die Bierkiste spazieren zu führen, sondern wirklich nur auf und ab zu fahren. Wenn sie wenigstens ab und zu einen Wasserschiläufer hinten dran hätten, dann hätte man ja noch Verständnis dafür, dann macht irgendeiner Sport. Aber, wenn jemand unsere Flüsse nachträglich missbraucht und den Erholungswert für eine Vielzahl von anderen Bürgern drastisch einschränkt, wo selber der Nutzen davon fraglich sein dürfte, dann muss man was tun, in welcher Weise auch immer. Eine Resolution wäre sicherlich ein geeignetes Instrument, das Thema zu aktualisieren. Ich finde es schon sehr eigenartig, wenn irgendjemand von Rot und Schwarz eine Resolution oder einen Antrag im GR einbringt, dann ist er immer sozial, ausgewogen und gerecht und wenn es von den Freiheitlichen kommt, das kann noch so ein unverfängliches Thema sein, dann ist er übereilt, zu rasch, bis zu hirnverbrannt. Aber einen Freiheitlichen Antrag stimmen offensichtlich Rot und Schwarz nicht zu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist nicht gesagt worden. Es ist gesagt worden, es gehört im Ausschuss erwähnt, einmal behandelt, das hat der StR Mayrhofer gesagt, und wir stellen ihn zurück und können zuerst darüber diskutieren. So ist es eigentlich gesagt worden. Ich glaube auch, dass jedes Boot, das weiß ich selbst, eine Nummertafel oben hat und wenn so eines herumfährt, kann ich mir die Nummertafel sehr wohl aufschreiben und weitergeben, wenn es störend ist.

Kollege Payrleithner hat sich zum 2. Mal zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte schon noch etwas klarstellen. Wir haben uns ja auch etwas gedacht, wie wir diese Resolution hier eingebracht haben. Es ist überhaupt kein Problem, man kann das natürlich wieder einem Ausschuss zuweisen und es wird dann der Sommer vergehen und es ist nichts passiert. Der Grund war ja der, wie der Dr. Pfeil auch schon erwähnt hat, dass eben dieses Problem erst voriges Jahr etwas und heuer ganz massiv aufgetreten ist. Eigentlich wundert es mich

schon, dass du als Sportstadtrat derartig gegen uns auftrittst. Ich war vorigen Sonntag in unserem zweiten Bootshaus am Garstner-Stausee draußen, weil es in Steyr nahezu unmöglich war. Bitte, dort haben die jungen Leute nicht einmal ausfahren können, weil uns derartig große Ruderboote umkreist haben und ständig auf und ab gefahren sind. Die jungen Leute die draußen waren haben umkehren müssen und sind dann in der Wiese gelegen. Es war unmöglich, du kannst dich jederzeit davon überzeugen. Der Bürgermeister ist gerne bei uns eingeladen, du hast uns eh schon ein paar Mal besucht, du kannst dich dort davon überzeugen, wir haben unsere Sportart nicht mehr ausüben können. Das ist nur eine Facette dieser ganzen Angelegenheit.

Das 2., ich glaube nicht, dass es in unserem Interesse ist, wenn da in der Stadt die Boote auf und ab fahren. Du kannst gerne einmal zu uns rüber kommen am Ennskai oder am Ortskai und mit den Anrainern sprechen, was die davon halten, wenn dort eine Lärm- und Gestankentwicklung mitten in der Stadt ist, die eigentlich keinem dient und auch wirklich keinen besonderen Sinn ergibt, außer für den, der da in der Stadt auf und ab fährt. Ich möchte schon betonen, ich habe das eh zuerst auch schon gesagt, wir haben nichts gegen Leute die sich vielleicht auch mit einem Motorboot die Stadt oder den Stausee ansehen wollen, aber das soll in gewissen Größenordnungen stattfinden und ein paar Spielregeln sollen eingehalten werden. Der Ruderverein ist einer der ältesten Vereine der Stadt, der kommt gleich nach dem Turnverein, und wir haben mit den Fischern z. B. immer gelebt, die fahren halt da mit ihren 5, 10 oder 15 PS-Booten herum und wir sind immer friedlich ausgekommen. Das Problem ist erst voriges Jahr und heuer ganz massiv aufgetreten, mit riesigen Booten die hergeführt und wieder weggebracht werden und die da auf einmal, offensichtlich aus Gründen weil sie woanders nicht mehr erwünscht sind, das nach Steyr verlagert haben. Ich glaube nicht, dass wir das wirklich brauchen.

Das Problem mit den Nummern, wir können selbst auch Nummern lesen, so blöd sind eh wir auch nicht, aber das Problem ist, der Polizeidirektor hat mir gesagt, das Einzige was er mit dem Boot, was richtigerweise die Polizei für Einsatzzwecke bei der Feuerwehr eingelagert hat, tun kann ist, dass man nur, so wie im Straßenverkehr, die Promillegrenze der Fahrer kontrollieren kann. Na, da wünsche ich ihm alles Gute, dass er das einmal macht. Aber er sagt, auch das ist eigentlich in der Praxis nicht zu exekutieren. Wenn die jetzt auf und ab fahren, kann man eine Anzeige erstatten, aber sie fahren nicht hin und kontrollieren die Motorbootfahrer. Ich soll mich auch an das Land wenden, war die Empfehlung vom Herrn Dr. Steininger. Das ist jederzeit bei ihm zu überprüfen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Keiler.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Werter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, werte Presse. Zum Kollegen Apfelthaler möchte ich aus Sicht der fischenden Zunft Folgendes sagen. Dass es die Ruderer schon seit Jahrhunderten gibt und die nicht die Vögel gestört haben, liegt wahrscheinlich daran, und damit möchte ich dieses eine Thema schon wieder beendet haben, dass es noch niemals so viele Wasservögel gegeben hat wie jetzt. Ich meine da jetzt zwei bestimmte Arten, ich möchte aber, wie gesagt, da nicht näher darauf eingehen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da pflichte ich dir bei.

GEMEINDERAT

STEPHAN KEILER:

Ja, wir meinen die Fischreiher und die Kormorane. Deswegen können sie auch jahrhundertlang nicht gestört worden sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da fällt mir aber auch noch eine andere Art ein.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Aus Sicht der Fischer hat man natürlich ein ambivalentes Verhältnis zu den Motorbooten, egal wo, in diesem Fall an der Enns, weil die Fischer ohne diese Boote selber nicht hinauskommen. Ich habe mich da ein bisschen schlau gemacht, es sind Boote bei den Fischern im Einsatz bis 15 PS, weil sozusagen PS-schwache Motoren, die ja in ihrem Antrag nicht näher definiert sind, aber ich nehme einmal an, es sind die Boote unter 15 oder unter 20 PS gemeint, jedenfalls sind die notwendig, weil mit 5 PS die Enns, flussaufwärts, bei etwas höherem Wasser, wie wir es z. B. heute haben, nicht mehr befahrbar ist und deswegen 15 PS für die Fischer notwendig und gerechtfertigt sind. Über 20 PS, so meine ich zu wissen, sind diese Boote aber führerscheinpflchtig, und das würde mich sehr verwundern, wenn der Herr Polizeidirektor Steininger behauptet, die Polizei ist nicht kompetent diese Führerscheine zu kontrollieren. Das glaube ich nämlich nicht. Es ist nämlich z. B. auch bei der Anfrage vom Magistratsdirektor an die entsprechenden Abteilungen der LR in OÖ und NÖ festgestellt worden, dass schriftliche Anweisungen an die Bezirkshauptmannschaften Amstetten, Steyr-Land und an die Bundespolizeidirektion Steyr ergangen sind, sehr wohl das Wasser, im Hinblick auf diese Schiffe, und die entsprechenden Genehmigungen zu kontrollieren. Deswegen glaube und hoffe ich auch, dass das gerade jetzt in den Sommermonaten, in denen das Problem akut wird, die Zulassungen, eben von diesen drei Behörden, und auch die entsprechenden Führerscheine, die sehr wohl notwendig sind, kontrolliert werden.

Zum Stausee Garsten möchte ich noch sagen, für den wir ja leider, oder Gott sei Dank, örtlich nicht zuständig sind, was den Vogelschutz und auch die Ausschwemmungen, wie es in ihrem Artikel in den OÖ Nachrichten angesprochen wird, deutlich unterscheidet vom Staninger-Stausee, weil nämlich der Stausee in Garsten befestigt ist, wie man das oberhalb vom Kraftwerk überall beobachten kann, und er deswegen auch am Ufer nicht vergleichbar ist mit dem Stausee Staning, was die Auswirkungen der Wellen betrifft.

Trotzdem möchte ich abschließend sagen, dass ich als Fischer natürlich gegen die Motorboote von 70, 220 und ich weiß nicht wie viel PS, bin und ich auch nicht glaube, dass es sinnvoll ist, wenn diese Freizeitbeschäftigungen an den beiden Stauseen überhand nimmt, aber ich glaube, dass, wenn sich der entsprechende Ausschuss damit beschäftigt, man irgendeine rechtlich einwandfreie und auch politisch verträgliche Lösung finden wird, um diese Motorboote wieder dorthin zu verdrängen wo sie hingehören. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es liegt mir noch eine Wortmeldung vor. Herr StR Bremm zum 2. Mal.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Eines möchte ich schon zurückweisen, lieber Hans Payrleithner, dass ich mich gegen die Interessen der Ruderer stelle, oder wie du sagst, Kurt Apfelthaler, interessant, dass die Paddler das jetzt sind. Das habe nicht ich festgestellt, sondern das hat da ein Experte festgestellt. Wenn dir die Aussage nicht bekommt, dann musst du das dem sagen. Ich habe hier nur Experten zitiert und habe nicht meine Meinung eingebracht, sondern meine Meinung dazu war, dass bisher zu mir in ganz Steyr, auch nicht die anderen Sportvereine, noch nicht mit diesem Thema herangekommen sind. Das ist meine Feststellung, und die kann ich machen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn wir glauben, dass hier ein Thema im Entstehen ist, dass es hier ein Problem gibt, dann werden wir das in den zuständigen Gremien behandeln. Herr Dr. Wetzl, sie können gleich im Herbst, als Auftakt für ihre Aktivität als Umweltobmann, der sie werden, ...

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

... - das haben wir ja vereinbart, unsere Aussage hat Handschlagqualität, das werden wir auch so halten - dann werden wir das so behandeln. Wir werden da auch dann Meinungen einholen. Wir können dazu die Ennskraftwerke befragen, die das wissen, wir können die anderen Wassersportvereine auch dazu einladen, hier ihr Kommentar abzugeben. Ich bin mit keinen großen Motorsportbetreibern verwandt, verschwägert, verheiratet, bekannt, ich kenne keine, ich bin auch noch mit keinem mitgefahren, außer mit einem kleinen Fischerboot, weil ich selbst auch Fischer bin und habe das Erlebnis noch nicht gehabt. Ich möchte es aber auch nicht bestreiten, dass sich ein paar solcher Boote auf unseren Stauseen bewegen. Wenn es ein Problem wird, dann soll man es behandeln, aber ich glaube diese Form ist etwas populistisch. Zuerst in der Zeitung ankündigen und dann gehen wir in den GR und dann sollen wir beschließen. Ein Thema, wenn es uns bewegt und wenn es ein Problem ist, sollten wir anders aufbereiten, mit mehr Informationen und mehr Inhalt hier zu bestimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zweite Wortmeldung Frau Frech!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich wollte eigentlich nur wissen, was jetzt mit dem Bericht des GB IV ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat der StR Bremm mitgeteilt ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich hab ihn eh da!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Bürgermeister wird das dann beim Schlusswort sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf das bekannt machen, was da von der Abteilung geschrieben wird.

„Unter Bezugnahme auf die do. Weisung vom 19. 6. darf seitens des hiesigen Geschäftsbereiches zum Bezugsthema Nachstehendes berichtet werden. Bei der Resolution der FP-Fraktion vom 14. 6. 2000 handelt es sich keineswegs um ein neues Thema. Die angesprochene Problematik vom Bootsverkehr im Bereich des Ennsflusses durch schnelle Motorboote wurde bereits vor 15 Jahren durch das Land OÖ unter dem damaligen LR Reichl geprüft. Letztmalig wurde die Stadt Steyr mit Schreiben vom 24. 1. 1996 ersucht, zu einem Verordnungsentwurf des Landes für OÖ Stellung zu nehmen. Die Stadt Steyr begrüßt in dieser Stellungnahme die per Verordnung beabsichtigte Einschränkung des Schiffverkehrs im Stausee Staning. Ersucht wurde jedoch darum, die Verordnung mit dem Land NÖ abzustimmen, da auch dieses beabsichtigt, eine Verordnung für den niederösterreichischen Teil des Stausees Staning zu erlassen. Lt. aktueller Mitteilung des Amtes der OÖ LR, liegt diese Übereinkunft der betroffenen Landesregierungen noch nicht vor und wurde daher noch keine Verordnung erlassen. Der Grund für die bisherige Nichterlassung der Verordnung ist lt. telefonischer Mitteilung des Referenten, Dr. Aumayr, Abtl. Polizeirecht, die Überlegung, dass eine Einschränkung der PS-Zahl der Boote bzw. die Schaffung diverser Ausnahmeregelungen für Sportvereine, Feuerwehren, Polizei, Fischerei, zu keiner Beruhigung des Ennsflusses führen würde und eher das Gegenteil bewirkt.“

Das ist denen ihre Meinung. Ich kann dazu nur sagen, dass ich vor drei Jahren mit der Materie auch befasst wurde und mit dem damaligen LR Ackerl, der damals für diese Fragen zuständig war, eine Befahrung am Stausee in Garsten und auch in Staning gemacht habe. Damals allerdings ist also eine andere Bewegung in Gang gewesen, da haben nämlich die Vertreter dieses Otto-König-Institutes eine totale Abschaffung des Motorbootverkehrs auf der Enns gefordert. Also, es war die Pendelbewegung ganz extrem. Lustig war, dass wir natürlich mit dem Nussbaummüller gefahren sind, weil sonst hätten wir ja nicht mit viel fahren können. Der LR war sehr beeindruckt, dass 16 gezählte Fischreiher auf dem Baum gesessen sind, wie wir vorbeigefahren sind, die haben sich von uns nicht sehr beunruhigt gefühlt. Es ist dann von Fachleuten festgestellt worden, pass auf Hans Payrleithner, du bist ein Ruderer, du musst dir einen Fetzen um die Paddel drehen, wie die alten Indianer, dass die Motorboote, man hat nicht das Wort geredet, niemand hat sich gewünscht, dass da schwere Motorboote fahren sollen, aber die Motorboote bleiben eher in der Mitte des Stausees, währenddem Ruderer, z. B. Fischer, würde man ihnen nicht mehr erlauben mit leichten Motorbooten dort zu fahren, gegen die Strömung nicht mehr nach Steyr heraufkommen würden, und mit Ruderbooten, und je schwächer die Motorbootsleistung ist, also wenn es hinuntergeht Richtung 5 %, müssen sie in Ufernähe stromaufwärts fahren, damit sie gegen die Strömung aufkommen. Dort ist die Beunruhigung stärker, wie wenn sie mit einem etwas stärkeren Motor in der Mitte des Sees bleiben und da heraufkommen. Das war da so ein Resümee. Der LR und die Fachbeamten haben sich dann entschlossen, nichts an der bestehenden Regelung zu ändern. Das war vor drei Jahren. Wir sind natürlich alle nicht dafür, dass dort mit schweren Motorbooten, ich habe das zum ersten Mal gehört, dass da mit einem Tiefgang von 1 ½ Meter auch schon solche Brummer herumfahren. Für das sind wir alle nicht. Wir wollen auch keine Rasereien haben. Ich glaube nur, es ist halt so wie beim Auto fahren. Ich meine, wenn wer rast, nehmen sie ihm normal den Führerschein weg oder die Zulassung oder sperren ihn ein oder was weiß ich.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Oder er wird Weltmeister!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich würde sagen, der Magistratsdirektor hat sich ja über aktuelle Entwicklungen erkundigt, weil diese Resolution vorgelegen ist und hat gesagt, man soll einmal hören was die Zuständigen dazu überhaupt sagen. Da ist ja festgestellt worden, dass beide Landesregierungen ihre zuständigen Bezirkshauptmannschaften angewiesen haben, das stärker zu kontrollieren. D. h., wir können diese Debatte fortsetzen, ich glaube aber, dass wir mehr wissen sollten um endgültige Beschlüsse zu fassen, zuständig sind wir ja ohnehin nicht, sondern wir können nur einen Zuständigen auffordern da etwas zu tun. In der Zwischenzeit könnte ich ja problemlos ein Schreiben an den Bezirkshauptmann Hofrat Zeller und an den Herrn Bezirkshauptmann von Amtstetten schicken, sie davon informieren, dass die Debatte stattgefunden hat, dass wir die Herrschaften bitten, weil Klagen laut geworden sind, dass schwere Motorboote zunehmend im letzten Jahr hier auf unseren Flüssen zu einer gewissen Beunruhigung der Paddler, Wassersportler, Taucher oder auch der Anrainer usw. führen, und wir bitten also im Sinne der Aufträge der LR zu kontrollieren und wir bitten auch, uns einmal mitzuteilen, wie viele Zulassungen es da überhaupt gibt und solche Sachen mehr.

Was die angeführte Sache, Herr Apfelthaler, wie sie gesagt haben, die Enns glaube ich nicht, dass die die Ufer hat, betrifft. Die Enns betreibt nur Kraftwerke. Das Ganze ist ja dieses Bundesflussgebiet. Da ist die LR, glaube ich, in mittelbarer Verwaltung zuständig und nicht die Enns. Das ist ja auch so an der Steyr, nur weil die irgendwo ein Kraftwerk haben, wegen dem gehören ihnen noch nicht alle Ufer. Ich weiß nicht, wie das genau heißt, aber ich glaube das ist alles

Bundeswassergebiet und das verwaltet die Landesregierung mittelbar. Das glaube ich, so ist es. Daher ist eh die LR auch für die Ufer zuständig und wenn sie Bewilligungen erteilt haben dort zu ankern, für verschiedene Boote, dann müsste das auch bei der LR eruierbar sein.

Ich würde daher vorschlagen, dass wir versuchen nähere Informationen zu bekommen, dass ich ein Schreiben an die Bezirkshauptleute Steyr-Land und Amstetten abrichte, die hier Zuständigkeiten haben, sowohl in Garsten als auch im Staninger-Bereich, es könnte sogar sein, dass Linz-Land in einem Uferbereich, linksseitig hinunter, Kronstorf und so, auch noch zuständig ist, dass wir mehr wissen, was da los ist. Es wäre interessant, genau gegen die Richtigen da vorzugehen, das sind nämlich die schweren Boote. Und dass wir das dann im Umweltausschuss beraten, mehr wissen und dann entsprechende Schritte setzen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Findet das allgemeine Zustimmung, dass diese Resolution im Umweltausschuss vorberaten wird und die notwendigen Schritte auch vom Bürgermeister gesetzt werden?

Antrag zur Geschäftsordnung. Zuweisung und Beratung in den zuständigen Ausschuss, also Umweltausschuss, und die notwendigen Schreiben vom Bürgermeister an die Stellen gerichtet werden. Über das stimmen wir einmal ab, das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Danke, damit sind wir am Ende der Berichterstattung unseres Bürgermeisters. Ich würde allen eine ½ Stunde Pause vorschlagen.

PAUSE VON 16.31 UHR BIS 17.13 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin. Ich ersuche sie ans Rednerpult zu eilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um den Jahresabschluss 1999 für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Es ist uns ja die Bilanz im Verwaltungsausschuss von den Herren der Donau-Beratung vorgestellt worden und es sind auch ausführliche Unterlagen, der Lagebericht, dabei. Dann muss man auch sagen, dass sich das Altersheim Ziele gesetzt hat und die Vorhaben sind alle erledigt und auch umgesetzt worden. Ich möchte auch sagen, dass die Wirtschaftstreuhandgesellschaft mbH, Dr. Emil Ettrich, geschrieben hat, dass die Gebarung der Wirtschaftlichkeit sehr gut ist und dass auch vonseiten der Verwaltung wirklich alles unternommen wird um nicht den Bewohnern etwas Abgehen zu lassen, sondern eigentlich auch die Wirtschaftlichkeit, sprich die Sparsamkeit, umzusetzen.

Ich möchte aber auch gleich zu Beginn allen, und der Verwalter, der Herr Ruckerbauer, ist ja heute auch da, meinen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Ich ersuche ihn auch, das an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des APT weiterzugeben. Erstens einmal für die ganze Arbeit, die oben erledigt wird, zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch, dass die Wirtschaftlichkeit nicht aus dem Auge gelassen wird.

Mein Antrag lautet:

7) Fin-124/00

Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluss 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 1999 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt, gleichzeitig wird der Bericht über die Prüfung durch die Wirtschaftstreuhandgesellschaft mbH Dr. Emil Ettrich zur Kenntnis gebracht.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Presse. Wir haben den Rechnungsbericht und den Lagebericht über die Arbeit im Alten- und Pflegeheim Tabor bekommen. Das gibt, so wie es die Frau Bürgermeisterin schon gemacht hat, wirklich einmal Grund, Dank und Anerkennung an die Bediensteten, Angestellten, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des APT auszurichten, für den Einsatz, für die Freundlichkeit und Menschlichkeit, die große Mühe, die sie für unsere älteren Mitmenschen auf sich nehmen. Ich selber spüre es immer wieder, wenn ich auf Besuch im APT bin, dass ich nachher eine gewisse Zeit brauche, um mich wieder zu erholen. Ich staune immer wieder, mit welchem Einsatz und mit welcher Kraft die Damen und Herren dort oben arbeiten. Wirklich recht herzlichen Dank dafür.

Zum Jahresabschluss, wir haben im Ausschuss diesen Bericht mit dem Vertreter der Wirtschaftstreuhandgesellschaft genauestens beraten, betrachtet und sind zur Meinung gekommen, diesen Jahresabschluss zur Kenntnis zu nehmen und auch den Antrag an den GR zu stellen. Es gibt einen Punkt, auf den ich hinweisen möchte, damit es nicht heißt, man hätte darüber nicht gesprochen. Auf Seite 6 des Prüfungsberichtes steht: „Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der zugrundeliegenden Buchführung und des Inventars mit einer Einschränkung festgestellt. Aufgrund der summarischen monatlichen Meldungen der Personalkosten nach Kostenstellen durch den Magistrat der Stadt Steyr war eine materielle und formelle Prüfung der Personalkosten nach Rechnungslegungsgrundsätzen nicht möglich.“ Das bringt dem gesamten Abschluss überhaupt kein Misstrauen, aber ich wollte das nur anführen, damit es da nicht heißt, man hätte eine wichtige Stelle dem GR vorenthalten, weil ja wahrscheinlich nicht alle das gelesen haben und irgendwann einmal da draufkommen. Ich denke einfach, man muss das sagen. Wie gesagt, das bringt der Gesamtabrechnung überhaupt kein Misstrauen, man möchte aber doch vielleicht die verantwortlichen Herrschaften bitten, sich da etwas zu überlegen, dass hier diese Personalkosten auch doch etwas durchsichtiger für uns Nichtfachleute und vielleicht auch für die

Treuhandgesellschaft gemacht werden. Aber ansonsten recht herzlichen Dank und ich bitte dem Jahresabschluss zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, dieser Jahresbericht, der sehr ausführlich vorliegt und wo ich auch wirklich der Geschäftsführung des APT ein großes Kompliment aussprechen möchte, es ist wirklich sehr ausführlich dargelegt, was da oben passiert, was mit dem Steuergeld gemacht wird und vor allem sehr viel auch von der positiven Pflegephilosophie spürbar. Wenn man es auf den Punkt bringen will, kann man sagen, es ist ein altes Haus, leider, aber mit einem sehr modernen frischen Geist. Was ich besonders begrüße ist, dass das APT seit einigen Jahren den Weg geht, sich verstärkt zu öffnen, Veranstaltungen zu machen um auch tatsächlich diese, unter Führungszeichen, frühere Ghettosituation abzuwerfen, dass man Veranstaltungen macht, wo Jugendliche einbezogen werden, wo nicht nur die Bewohner, sondern auch von umliegenden Einrichtungen die Leute eingeladen werden, sei es vom Seniorenwohnheim oder dass man mit Kindergärten etwas macht. Ich finde das sehr erfreulich und jeder von ihnen, der da oben ist und die Gelegenheit nutzt bei diesen Veranstaltungen dabei zu sein, wird ganz einfach spüren, mit wie viel Herzblut die Angestellten da dabei sind, die Heimleitung dabei ist. Ich muss sagen, ich bedanke mich deshalb auch sehr, namens der Liberalen GR-Fraktion, für dieses Engagement das dort oben herrscht und das so überhaupt nicht in dieses Klischee passt, das so manche vielleicht von öffentlichen Heimen haben. Ich würde sie bitten, Herr Ruckerbauer, dieses Lob auch dem weiteren Personal zur Kenntnis zu bringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Vorerst einmal ein Dankeschön für die Leistungen, die da oben geleistet wurden, für die Arbeit. Lassen sie mich trotzdem aber ein, zwei Anregungen, vielleicht im Zusammenhang mit dem APT sagen. Wir haben, es ist noch gar nicht so lange her, in einer recht erfrischend, aufregenden Gruppe das APM besprochen, wir haben versucht, die notwendigen Schritte hier vor auszudenken und zu tätigen. Was mir aber auffällt ist eines, dass der Zustrom zum APT eher insofern abebbt, weil die Mobilen Dienste endlich einmal hier in Steyr Platz greifen und man bemerkt, dass einfach nicht mehr so dieses unbedingte Wollen sofort ins Alten- und Pflegeheim vorhanden ist. Also, man merkt schon, dass die Mobilen Dienste hier sehr wertvolle Arbeit leisten und man merkt auch schon, dass die Wartezeiten, die früher vorhanden waren, auf einen Heimplatz einfach abgenommen haben. Aus diesem Grund möchte ich vielleicht anregen, dass wir in nächster Zeit, vielleicht im Herbst einmal, darüber nachdenken, genauer nachdenken, was denn mit dem Alten- und Pflegeheim Tabor in Zukunft passieren soll, wie geht es denn weiter. Nachdem wir das APM fast schon fertig geplant haben, sollten wir das einmal in der

Zusammenschau betrachten, was wir für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in Zukunft an Planungsarbeit auch für das APT zu leisten haben, mit welchen Platzanzahlen wir rechnen müssen und vor allen Dingen, was auch sehr wichtig ist, wie diese Teilung dort oben in Zukunft funktionieren soll. Ich denke mir, wenn wir im Herbst wieder eine Arbeitsgruppe gründen, ähnlich so wie die für das APM, wäre das zwar schon hoch an der Zeit, aber doch noch rechtzeitig. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das Lob ist ja allgemein ausgesprochen worden. Ich möchte jetzt sagen, wir haben natürlich im letzten Lenkungsausschuss darüber gesprochen, dass wir die Personalsummen übersichtlicher machen, damit wir auch da Bescheid wissen. Zum Kurt Apfelthaler möchte ich eines sagen; der Lenkungsausschuss befasst sich ja schon mit den Umbautätigkeiten. Es gibt da die Gruppen, das ist der Herr Ruckerbauer, der DI Lutz und der Herr Hochgatterer und die befassen sich natürlich auch mit dem Haus am Tabor. Erst wenn sie uns wieder etwas vorstellen können, wird es in den Lenkungsausschuss gebracht und dann werden wir uns damit befassen, wie das vor sich geht. Eines muss man natürlich auch sagen. Die neue Pflegeheimverordnung sagt ja ab Pflegestufe 3. Wir wissen ja, wir sind kein Heim mehr, sondern es ist ein Pflegeheim geworden. Es sind sehr wenig Heimbewohner, wie früher, oben und die sind halt alle ab Pflegestufe 3 und die brauchen eine andere Versorgung als früher. Durch die mobilen Dienste können wir das abfangen. Der Andrang ist natürlich nicht mehr so groß, aber der Andrang ist derartig, dass eben schwere Fälle hinaufkommen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Landeskrankenhaus und der Sozialarbeiterin, Frau Fink, funktioniert wirklich sehr gut. Wir versuchen mit dem Krankenhaus das abzusprechen, eben auch vonseiten des Hauses, dass sie die Patienten noch ein bisschen im Krankenhaus behalten, dass wir sie dann erst nehmen, dass wir wirklich jeden unterbringen, weil die Leute die jetzt aufgenommen werden, die brauchen wirklich eine Pflege rund um die Uhr. Wir haben keine Warteliste, sondern in Absprache mit dem Krankenhaus. Das Haus ist auch immer voll. Man kann sagen, wir haben eine Auslastung im Durchschnitt von 98 %, das steht auch drinnen. Wir brauchen ein paar Tage, bis wir die Räume frisch ausgemalt und hergerichtet haben. Also, es ist schon so, dass ein gewisser Druck da ist und wir haben obendrein 134 Bewohner. Das heißt, wenn wir das Haus nach der neuen Pflegeheimverordnung umbauen würden und wir bringen auch zwei Einheiten, wir müssen eh um eine Sondergenehmigung ansuchen, weil wenn wir das APM bauen, mit 120 Bewohnern, und wenn wir oben nur 240 haben, dann haben wir 360 und dann haben wir 16 in Reserve. Wenn man schaut wie die Altersstatistik in Steyr ist, dass die ja enorm steigt, dass wir im Jahr 2030 hauptsächlich über 60jährige haben werden und auch sehr viele Jüngere schon eine Pflegeplatz brauchen, durch Schlaganfälle, durch Krankheiten, also müssen wir schon schauen, dass wir da oben eine Sondergenehmigung bekommen und dass wir trotzdem ein bisschen eine Reserve drinnen haben. Aber das wird sich ja herausstellen. Die Gruppe arbeitet ja daran und wird uns, wenn sie soweit sind, auch die Mitteilungen machen. Jetzt ersuche ich um Abstimmung. Es ist ja heute überall ein großes Lob ausgesprochen worden und ich ersuche sie wirklich, dass sie das auch so weitergeben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu

geben. Danke sehr, das ist einstimmig beschlossen. Nächster Antrag, Nr. 8), bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Antrag ist für mich eigentlich ein bisschen verwunderlich. Ich muss aber gleich vorweg nehmen, aufgrund dessen, weil die F-Fraktion alles immer in einem Ausschuss behandelt haben muss. Anscheinend, ich weiß es, die Frau Reznar gibt selten in einem Ausschuss eine Stimme ab, dass sie sich zu Wort meldet, sie schreibt lieber. Es gibt ein altes Sprichwort: „Wer schreibt der bleibt!“ Gut, ich nehme das zur Kenntnis, aber ich glaube, Ausschüsse sind auch da, damit man diskutieren kann, um etwas vorzubesprechen und nicht einen Antrag an den Gemeinderat zu stellen und sagen, das lege ich euch vor, da könnt ihr diskutieren. Ich glaube, das ist nicht die richtige Vorgangsweise. Es gibt einen Lenkungsausschuss und der hat am 6. Juni stattgefunden, da hat man nichts gesehen und gehört und heute liegt uns dieser Antrag vor. Ich möchte auch vorab gleich sagen, es gibt ja ein Heimforum, vielleicht wissen das manche nicht, und da sind natürlich 5 Bewohnervertreter drinnen. Es ist auch die Heimleitung, die Pflegedienstleitung und meine Person, als zuständige Referentin, vertreten. Es ist den Bewohnern schon ein paar Mal angeboten worden, aber jeder sagt, ich will das nicht annehmen, ich fühle mich in diesem Haus wohl. Ich habe auch einen Sprechtag, ich bin jeden Freitag oben und bin jederzeit bereit, Auskünfte zu erteilen, wenn ich auch Beschwerden bekomme, diese weiterzutragen, weil man kann nicht nur eine Beschwerde aufnehmen, sondern man muss sie auch behandeln. Wir haben überall noch eine Lösung gefunden, wenn irgendetwas nicht passt. Darum bin ich auch etwas überrascht, heute diesen Antrag vorzufinden, weil ich glaube, solche Anträge gehören auf jeden Fall vorher in einem Ausschuss diskutiert. Ich lese aber gerne diesen Antrag jetzt vor.

8) Präs-387/00

Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Bestellung eines Ombudsmannes für die Bewohner der Alten- und Pflegeheime.

Gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates betreffend Bestellung eines Ombudsmannes für die Bewohner der Alten- und Pflegeheime.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Einen unabhängigen Fachmann zu bestellen, an den sich die Bewohner der Alten- und Pflegeheime mit ihren Wünschen und Beschwerden richten können.

Eine Geschäftsordnung zu erlassen, welche die Aufgaben und Kompetenzen eines Anwaltes der Alten- und Pflegeheimbewohner regelt.

Begründung:

In seinen einleitenden Bemerkungen zur Rechtsbeziehung zwischen Alten- und Pflegeheimbewohnern sowie den Heimträgern stellt die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht über die Jahre 1997 bis 1998 Folgendes fest:

„Beim Übertritt bzw. der Auswahl für ein Alten- oder Pflegeheim handelt es sich um eine äußerst wichtige Entscheidung. Es wird damit nicht nur der Wohnort verlegt, sondern das gesamte soziale Umfeld verändert und das nicht nur vorübergehend, sondern - in der überwiegenden Zahl der Fälle - bis zum Lebensende.“

Darüber hinaus sind auch alte Menschen und ihre Angehörigen teilweise nicht in der Lage, sich

einen Überblick über die aus der Unterbringung erwachsenden Rechte und Pflichten zu verschaffen.

Im Lichte dieser Umstände möge sich der Gemeinderat mit der Überlegung befassen, eine Institution zu schaffen, an die sich die Alten- und Pflegeheimbewohner wenden können, wenn sie Wünsche und Beschwerden über den Heimbetrieb vorbringen möchten.

Steyr, am 20. Juni 2000

Der Antrag steht zur Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So ist es. Frau Kollegin Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte gleich vorwegnehmen, ich möchte sicherlich die Kompetenzen des Heimleiters oder der Heimleitung und ihres Sonderausschusses nicht einschränken, aber ich denke mir doch, es ist sicherlich für jeden eine bittere Erfahrung, erkennen zu müssen, wenn man im fortgeschrittenen Alter Hilfe braucht. Eine Erscheinung, die uns alle, auch sie über kurz oder lange, treffen kann. Viele ältere Menschen sind anlässlich dieser Tatsache verunsichert und wissen nicht, sollen sie nun in ein Heim oder sollen sie nicht in ein Heim. Was erwartet mich dort, wie sieht mein neues, soziales Umfeld aus. Es gibt aber auch genug Heimbewohner, die eine Anlaufstelle für ihre Anliegen brauchen. Sie haben es jetzt schon angeführt, es scheint da zu sein. Es ist aber dabei notwendig, dass diese hochbetagten Menschen, die sich aus Eigenem nicht zu helfen wissen, einen Menschen brauchen, einen Ombudsmann brauchen, um für sich eine Ausdrucksmöglichkeit zu schaffen, ihnen Rechte zu sichern und ihnen auch ihre Pflichten klar zu machen. Es hilft die beste Heimvertretung nicht immer, wenn der Großteil der Fälle aus Pflegefällen besteht und die Bedürfnisse und Anliegen der Heimvertretung nicht mehr aufnehmen können. Viele der zukünftigen Heimbewohner sind aber von vornherein schon nicht mehr in der Lage über ihren weiteren Verbleib, z. B. nach einem längeren Krankenhausaufenthalt, für sich zu entscheiden, was geschieht mit mir. Hier gilt es für die Angehörigen eine Entscheidung zu treffen und das ist sicher nicht immer leicht. Jeder will für seinen alten und pflegebedürftigen Angehörigen sicher nur das Beste. Deshalb soll sich jeder an einen Menschen wenden können, an eine Institution wenden können, die ihm mit Rat und Tat zur Seite steht und ihm auch die Ängste nimmt. Gerade im Hinblick auf ein zweites Alten- und Pflegeheim in Steyr ist eine Entscheidungsfindung gemeinsam, in jeder Hinsicht, mit einer objektiven Meinung von großer Bedeutung. Meiner Meinung nach sind alte Menschen und ihre Angehörigen teilweise nicht in der Lage sich einen dementsprechenden Überblick zu schaffen. Aber es sollen nicht nur die Bewohner oder ihre Angehörigen diesen Ombudsmann in Anspruch nehmen können, sondern auch die Bediensteten sollen ein Recht darauf haben, ihre Anliegen dieser Vertretung vorzubringen. Vorfälle, wie z. B. jener vom September 1999, hätten schon zu diesem Zeitpunkt dazu führen müssen, einen neutralen Ombudsmann zu bestellen. Möglicherweise hätten hier Unstimmigkeiten bereits im Vorfeld ausgeräumt werden können. In Anbetracht dieser Tatsachen sollte es deshalb jeden von uns ein besonderes Anliegen sein, alten und pflegebedürftigen Menschen über einen Heimombudsmann eine Stimme zu geben, aber auch Angehörigen und Bediensteten gleichermaßen eine Hilfestellung zu bieten. Ich bitte sie, gerade im Sinne dieses Personenkreises, sich mit der Überlegung einer solchen Institution zu befassen und diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort? Kollegin Weixlberger bitte.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätztes Präsidium, werte Presse, liebe Kolleginnen. Auch das Land OÖ hat sich schon öfters mit dem Gedanken einer Bewohnervertretung auseinandergesetzt und ist letztendlich immer zu dem Schluss gekommen, dass es nicht unbedingt erforderlich ist. Auch nicht, da wir auf dem Weg eines partnerschaftlichen Heimbetriebes sind und die Einrichtung einer Kommission fördert dies sicherlich nicht. Die Alten- und Pflegeheimverordnung regelt die Bewohnerrechte. Ein wesentliches Kriterium ist die Bewohnervertretung, das Heimforum und die Kontaktpersonen. Der Gesetzgeber hat sich also bereits etwas gedacht. Wie wir gehört haben, haben wir in Steyr ein Heimforum. Es wurde bisher noch nicht in Anspruch genommen. Gott sei Dank. Für die Vertretung der Bediensteten brauchen wir sicherlich keinen Ombudsmann, denn da haben die Kolleginnen und Kollegen des Magistrates ihre Personalvertretung.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Aber das sind keine neutralen Vertreter.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass wir in der Person unserer zuständigen Referentin, unserer Vizebürgermeisterin Mach, bereits eine Ombudsfrau haben, die jede Woche im Alten- und Pflegeheim für Wünsche, Anregungen und auch für Beschwerden zur Verfügung steht. Sie findet den Zugang zu den alten Menschen. Daher sehen wir keine Notwendigkeit dieser Installation zuzustimmen, auch nicht die Heimleitung des APT. Aus rechtlicher Sicht erscheint es jedenfalls entbehrlich, eine derartige Ombudsstelle einzurichten, zumal sie zusätzliches Geld kostet. Von der F hören wir immer, wir müssen sparen, hierfür hätten wir Geld. Ich denke mir, dieses Geld können wir in anderer Weise unseren alten Menschen zukommen lassen. Daher wird von unserer Fraktion sicherlich dem Antrag nicht zugestimmt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Zuseher und Zuhörer. So negativ wie meine Vorrednerin möchte ich das Problem nicht sehen. Ich denke, wir haben im Altenheim nichts zu verstecken, nichts zu verbergen. Die Erfahrungen in vielen, vielen Bereichen zeigen, dass es heute angebracht ist, in manchen Formen günstiger ist, einen Ombudsmann einzusetzen als irgendwelche Ausschüsse oder

Foren. Ich denke, dass so ein Ombudsmann manche Dinge lösen könnte. Er könnte von Ängsten befreien, es könnten Missverständnisse geklärt werden, es könnten Ungereimtheiten gelöst werden, es könnten unberechtigte und berechtigte Vorwürfe geklärt werden. So ein Ombudsmann könnte nicht nur für die Bewohner, die Angehörigen, sondern auch für die Heimleitung eine sehr günstige Sache sein. Aber auf diese Art und Weise, wie wir das heute machen möchten, glaube ich, erreichen wir das Gegenteil. Denn wenn wir überfallsartig, ohne mit den Damen und Herren der Leitung, der Betreuung unserer Bewohnerinnen und Bewohnern zu sprechen so etwas einführen, dann denke ich, baut diese Überfallsartigkeit mehr Missverständnisse auf, als wir dann letztlich lösen wollen. Es wäre von vornherein eine Negativart so etwas überfallsartig zu machen. Ich denke, dass so eine Sache sehr wohl überlegt, aus meiner Sicht auch gut ist, aber zuerst gemeinsam beraten gehört. Es steht ja auch im Antrag drinnen, „im Lichte dieser Umstände möge sich der Gemeinderat mit Überlegungen befassen“. Überlegungen für den Gemeinderat, dazu haben wir ein Gremium und das ist der Ausschuss. Ich denke, dass das eine ganz wichtige Aufgabe im Verwaltungsrat des APT sein müsste, dass das dort einmal vorberaten gehört, eben in einer Gemeinsamkeit, um von vornherein das Miteinander, das Gutwollen aufzuzeigen. Nicht schon mit der Peitsche zu kommen, sondern wirklich mit dem Gutwollen. Es ist für uns alle gut. Daher meine ich, noch dazu wenn wir am 6. Juni einen Ausschuss hatten und das Schreiben vom 20. Juni stammt, da meine ich, müsste das sehr wohl im Ausschuss besprochen werden. Ich stelle nach § 8 Abs. 12 h, Antrag zur Geschäftsordnung, auf Verweisung dieses Antrages in den Verwaltungsausschuss zur Beratung, zum gemeinsamen Gespräch und dann werden wir sehen, wie es günstig und gut weiter geht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Apfelthaler.

PÄSIDIALLDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Antrag zur Geschäftsordnung. Es muss abgestimmt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er hat jetzt den Antrag gestellt.

PÄSIDIALLDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Jede Fraktion hat zu diesem Antrag maximal noch eine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu dem, ja.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ja, zur Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Zu dem Antrag Lengauer, verweisen in den Verwaltungsausschuss. Wird das Wort gewünscht? Bitte sehr, dann geht es sich eh wieder zusammen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Der Herr Direktor hat ja nicht Unrecht, weil Möglichkeiten dazu genug gewesen wären. Noch in Zeiten von vor Frau Reznar haben wir ja schon einmal darüber gesprochen, ob es nicht ein Mitbestimmungsrecht im APT geben soll. Aber um nicht päpstlicher als der Papst zu sein, denke ich mir, müsste zumindest von den Bewohnerinnen und Bewohnern auch der Wunsch geäußert werden. Möglicherweise wäre der auch vorhanden. Damals, was ich mich erinnern kann, war er nicht vorhanden. Was aber nicht heißt, dass wir jetzt unter Umständen genauer beraten sollen. Damit bin ich wieder beim Herrn Direktor Lengauer. Ich denke mir, dort wäre er bestens aufgehoben, weil sonst reden wir wieder über diesen Tagesordnungspunkt stundenlang, obwohl wir im Ausschuss auch sinnvoll darüber sprechen könnten. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, in dem einen Punkt kann ich mich meinen Vorrednern anschließen, wäre sicherlich Gelegenheit gewesen, im Ausschuss darüber zu beraten oder auch im Sozialausschuss oder eben im Verwaltungsausschuss des APT. Was mich bei diesem Antrag ein bisschen verwundert ist, dass gerade von der FPÖ, normalerweise ja auch gerade im Sozialbereich, Sparmaßnahmen und Sparpakete eher geschnürt werden sollen und hier geht man die andere Richtung. Ich denke mir, meine Idee dazu wäre die, dass man bestehende Ressourcen nützt. Man könnte so etwas z. B. auch durchaus machen, indem man den jetzigen Bürgeranwalt z. B. ein Mal im Monat eine Sprechstunde im APT halten lässt, das würde in seinen Aufgabenbereich genau hineinpassen und dass der Bürgeranwalt auch außerhalb dieser Sprechstunde für mögliche Beschwerden zur Verfügung steht, nämlich sowohl den Angehörigen als

auch den Personen die im APT untergebracht sind. Ich glaube, dass dieser Bürgeranwalt im Prinzip ziemlich arbeitslos sein wird, weil ich einfach die Pflegeleistung des APT als sehr gut einschätze. Nur die Einrichtung einer eigenen Institution würde eigentlich im Prinzip die vorbildliche Betreuungsarbeit, die im APT geleistet wird, sehr infrage stellen und auch einen sehr hohen finanziellen Mehraufwand für die Stadt bedeuten. Also, ich denke mir, da kann man sich andere Lösungsmodelle durchaus suchen und jeder Schilling den man sich dabei einsparen kann, wäre mir wichtiger für die Betreuung der älteren Menschen und für die Betreuung der Angehörigen und nicht um irgendwelche aufgeblähten Institutionen zu schaffen. Ich kann mich dem aber durchaus anschließen, ich hätte zu diesem Punkt einen Abänderungsantrag vorbereitet, der in diese Richtung geht, dass der Bürgeranwalt ein Mal im Monat eine Sprechstunde hält und auch sonst zur Verfügung steht. Ich kann mich dem aber durchaus anschließen, dass man eine weitere Beratung im Ausschuss macht. Ich halte nichts davon, da jetzt einfach einen Ombudsmann zu installieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Beim Geschäftsordnungsantrag gibt es kein Schlusswort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wollt ihr dann leicht noch weiter debattieren?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich finde das auch sinnvoller, wenn wir das wirklich im Ausschuss behandeln, weil dieser Antrag sagt ja nichts aus. Wie stellt man sich den Ablauf vor, wer soll das sein, was soll das kosten? Wenn man einen Antrag stellt, sollte man diese Informationen bekommen. Ich gebe da der Kollegin Frech Recht, man kann heute nicht über einen Antrag abstimmen und dann sucht man sich einen Ombudsmann, den muss man bezahlen. Es kann so nicht gehen. Frau Reznar, ich muss eines sagen; auch wenn man heute weiß wie die Aufnahme erfolgt, dass wirklich die Angehörigen aufgeklärt werden, in die Zimmer gebracht werden, ob das Zimmer passend ist, man muss sich vorher bitte einmal erkundigen. Ich würde ihnen das wirklich empfehlen, damit man den Ablauf kennt, wie eine Aufnahme erfolgt. Ich bin selbstverständlich dafür, dass ich sage, es gibt einen Bürgeranwalt, einmal im Monat. Aber das ist eine Diskussionsrunde. Es gibt keinen Sonderausschuss, der heißt Verwaltungsausschuss und dieser Verwaltungsausschuss findet 4 Mal im Jahr statt. Wenn ein dringender Punkt ist, dann kann man einen Sonderausschuss machen, dass wir sagen, wir behandeln diesen Punkt. Ich glaube, das ist für alle sinnvoller, dass jeder seine Meinung einbringt. Aber man kann auch nicht über die Heimleitung so drüberfahren und sagen, da setzen wir jemanden dazu. Wir wissen nicht wen wir dazusetzen sollen, wir wissen nicht was er kostet. Also, meines Erachtens ist diese Vorgangsweise nicht richtig und ich würde auch sagen, besprechen wir das im Ausschuss, zu dem sind Ausschüsse da, dass man darüber diskutiert. Ich würde sie ersuchen, dass sie vielleicht im

Ausschuss mitdiskutieren, weil der ist dazu da, dass man die Meinungen äußert, und dass man vielleicht auch einmal von ihnen etwas in einem Ausschuss hört. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Alle haben geredet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag Lengauer, die Angelegenheit im Ausschuss weiterzuberaten. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Enthält sich jemand der Stimme. Der Antrag Lengauer ist mit Mehrheit angenommen worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Einstimmig!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Einstimmig. Alle haben zwar nicht dafür gestimmt, dagegen hat auch niemand gestimmt. Ich brauche langsam einen Ombudsmann, der das Abstimmungsverhältnis richtig einschätzen kann.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Hauptantrag hat sich erledigt. Dr. Pfeil möchte schon wieder eine Pause und dem Wunsch wird nicht Rechnung getragen. Ich danke der Kollegin Mach. Nächster Berichterstatter ist Herr Kollege Vizebürgermeister Tatzreiter.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertres Präsidium, geschätzte Gäste. Ich darf den ersten Antrag bringen, und zwar den Verkauf der Parzelle 559 in Steyrdorf. Es ist dies der sogenannte Bruderhausgarten um den sich mehrere Bewerber beworben haben. Ich darf in dem Zusammenhang auch anmerken, dass es jetzt erst möglich geworden ist nach dem Verkauf des Bruderhauses bzw. auch der Kirche und der Teilungsmöglichkeit daher auch die Wünsche deren, die das Begehren gehabt haben ein Grundstück dazubekommen. Es sind die Bewerber Ing. Bertram und Elfriede Klinger aus der Sierninger Straße 57, also Anrainer, dann der Dr. Josef Lechner, die Ehegatten Hans Walter und Paula Corn gemeinsam mit ihrem Junior. In diesem Zusammenhang geht es in Summe um die Gesamtquadratmeteranzahl von 2.093 m². Blödsinn, 2.665 m², ich habe es ja gewusst, Entschuldigung. Davon erhalten die Ehegatten Klinger, durch ihre Bewerbung, 2.093, der Herr Dr. Josef Lechner 322 m² und die Familie Korn 250 m². Der Kaufpreis sind S 850,-- und ich bitte in dem Zusammenhang dies auch zu diskutieren bzw. dem Antrag zuzustimmen. Die Modalitäten des Verkaufes und der Kosten sind natürlich per Kaufabschluss sofort zu erlegen. Ich bitte auch dem die Zustimmung zu geben.

9) GHJ2-9/00

Verkauf der Parz. 559 aus der EZ 863, KG 49233 Steyr, an die Ehegatten Ing. Bertram und Elfriede Klinger, 4400 Steyr, Sierninger Straße 57, Herrn Dr. Josef Lechner, 4400 Steyr, Grünmarkt 8, sowie an die Ehegatten Hans Walter und Paula Corn, gemeinsam mit Walter Corn jun., 4400 Steyr, Sierninger Straße 55 a.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 22. Mai 2000 wird dem Verkauf von Teilflächen der städtischen Parzelle 559, KG 49233 Steyr, an die Ehegatten Ing. Bertram und Elfriede Klinger, 4400 Steyr, Sierninger Straße 57, im Ausmaß von 2.093 m², an die Ehegatten Hans Walter und Paula Corn sowie Walter Corn jun., 4400 Steyr, Sierninger Straße 55 a, im Ausmaß von 250 m² sowie an Herrn Dr. Josef Lechner, 4400 Steyr, Grünmarkt 8, im Ausmaß von 322 m² jeweils zum Kaufpreis von S 850,-- pro Quadratmeter zugestimmt. Die Käufer haben die Vertragserrichtungskosten, die Aufwendungen für die Erstellung einer grundbuchsfähigen Vermessungsurkunde sowie die mit dem Erwerb anstehenden Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wenn sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im zweiten Antrag geht es um den Ankauf einer Schulküche für die HS 1 und HS 2 Tabor, Taschelried 1 - 3. Ich bitte dem Amtsbericht bzw. dem Antrag, nach den Preisverhandlungen wie hier angeführt, zuzustimmen. Der Antrag lautet:

10) GHJ2-18/00

Ankauf einer Schulküche für die HS 1 und HS 2 Tabor, Taschelried 1 - 3.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11. 5. 2000 wird den Auftragsvergaben an die

Fa. Mayr, Scharnstein - Lieferung und Montage der Schulküche zum Preis von S 582.456,34 i. U. und

Fa. Wiesner-Hager, Altheim, Lieferung der Bestuhlung zum Preis von S 41.989,90 i. U. sowie der Mittelfreigabe von

S 624.000,-- i. U. bei der VA-Stelle 5/212000/010000

(sechshunderttausend)

(HS Tabor - Schulküche)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 624.000,-- erforderlich, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Schulküche Tabor - wird eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Doch? Nein. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Erneuerung der Dachfläche - Innerbergerstadl bzw. beim Museum. Demzufolge, weil er halt schon sehr stark veraltet aber auch sehr stark brüchig ist, mehrmals schon Gefahren vorhanden sind, wenn Gäste, Passanten unten durchgehen, dass ihnen möglicherweise einmal ein Ziegel auf den Kopf fällt, sollte das erneuert werden. Die Absplitterungen sind ja meistens im Winter oder in regnerischen und windigen Zeiten. Ich möchte darauf hinweisen, weil ja zwei Varianten drinnen sind, es ist im StS beschlossen worden, die Variante 2 zu nehmen bzw. zu genehmigen. Insofern, weil die Variante 2, und es ist beide Male der Bestbieter oder der Billigstbieter die Firma Langthaler, in Steyr, das Modell Steyr ist. Es möge darauf Bezug genommen werden, dass dieses Produkt bzw. dieses Modell Steyr auch zum Tragen kommt. Noch dazu auf so einem sehr markanten Platz, wenn ich das so sagen darf. In dem Zusammenhang bitte ich der Variante 2 die Zustimmung zu geben, wenn es auch dazu einer Kreditüberschreitung bedarf. Ich darf auch in dem Zusammenhang anmerken, dass es halt teurer ist, aber wie gesagt, die Entscheidung ist so gefallen und damit sollten wir das auch heute so genehmigen.

Der Antrag lautet:

11) GHJ2-27/00

Erneuerung der Dachfläche Innerbergerstadl (Museum).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25. 05. 2000 wird den Auftragsvergaben zur Erneuerung der Dachfläche des Innerbergerstadls (Museum), Grünmarkt 26, an die

Fa. Langthaler/Faatz, Steyr, Dachdecker- und Spenglerarbeiten

bei Entscheidung **Variante 1**

(S 766.020,82 inkl. USt.)

bei Entscheidung **Variante 2**

(S 830.461,33 inkl. USt.)

Fa. Gegenhuber, Grünburg - Blitzschutzanlage

(S 15.000,-- inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Maßnahmen wird

bei Entscheidung für **Variante 1** daher um Mittelfreigabe von

S 782.000,-- inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/360000/010000

(Museum - Gebäude)

bzw. bei Entscheidung für **Variante 2** um eine Kreditüberschreitung in der Höhe von

S 46.000,-- inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/360000/010000

(Museum - Gebäude)

sowie um Mittelfreigabe von

S 846.000,-- inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/360000/010000

(Museum - Gebäude)

höflich ersucht.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Mit vollem Mund.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe schon runtergegessen, mein Mund ist nicht mehr voll, und ich erteile Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Selbstverständlich werden wir der Variante 2, der schönen Ziegelart, die Zustimmung geben, dass das Gebäude, der Innerbergerstadl, der historisch einzigartig ist, europaweit gesucht wird, eine neue Dachbedeckung bekommt. Im Amtsbericht ist richtigerweise auch angeführt, dass dadurch auch verhindert wird, dass unter dem Dachgeschoss gelagerte Kulturgüter, wörtlich - unwiederbringliche Kulturgüter vor eindringendem Regenwasser geschützt wird. Bei einer Besichtigung vor einigen Wochen hat sich herausgestellt, dass nicht so sehr das Regenwasser das Problem dort ist, das die Kulturgüter dort beeinträchtigt. Ab und dort ist das Dach etwas schadhaft, aber in Summe gehört es natürlich ausgewechselt. Das Problem dieses Depots, das sich dort darstellt, ist eine Schande. Das Depot ist eine Schande, für die Stadt Steyr als Kulturstadt. Es ist in einem derartig erbärmlichen Zustand. Hier scheinen Sammlungen, die einmal aus dem Ausstellungsbereich herausgenommen worden sind, einfach über den Haufen geworfen worden zu sein. Die frühgeschichtliche Steinesammlung, wo wir uns alle noch erinnern können, die früher einmal im Erdgeschoss gewesen ist, ist auf einen Haufen zusammengeschmissen worden. Messgewänder sind dem Mottenfraß ausgesetzt. Bilderrahmen sind einfach aufeinandergetürmt, mit Gold versehene Bilderrahmen. Man könnte wirklich, wenn man für so was etwas über hat, weinen. Es sind Lederwaren, Ausstellungsstücke mit 5 cm hohem Staub bedeckt. Es ist schon jetzt die Frage, ich habe es damals als Kulturreferent nicht geschafft, die personelle Situation im Heimathaus zu verbessern. Ich habe schon die Hoffnung gehabt, dass ein Kulturreferent, der gleichzeitig Personalreferent ist, die personelle Situation im Heimathaus in den Griff bekommt. Wenn wir jetzt mit großem Engagement, gemeinsam, an eine Neugestaltung des gesamten Hauses herangehen, dann muss auch vorneweg die personelle Situation geklärt werden. Wir brauchen jemand, der das verantwortlich aufnimmt, der das Museum mit Leben erfüllt, der nicht einmal mehr verwaltet, so wie es jetzt aussieht. Vor dem Gang des Büros des Museumsleiters hängt ein Barockbild mit einem verzogenen Rahmen, der 10 cm von der Wand hervorschaut, weil es so feucht ist. Es ist, scheint es hier, allen Beteiligten egal geworden wie es dort aussieht. Man braucht auch jemanden, der sich um die alten Kulturgüter sorgt. D. h., eine Art nicht nur Kustor, sondern auch einen Restaurator bzw. jemanden der die Dinge beurteilt, archiviert, aufbewahrt, nummeriert und so in eine Inventarliste überführt. Ich kann mir nicht vorstellen, ich habe die Inventarliste vom Depot bis heute nicht gesehen. Ich habe dieses Problem, um jetzt jeder Kritik dem Wind aus den Segeln zu nehmen, im vorletzten Stadtsenat bereits angesprochen. Es ist eifrig notiert worden, wir haben bis jetzt, bis heute, keine Nachricht bekommen, ob es eine Besserung gibt, ob es bereits einen Vorschlag gibt, dass man diese Kulturgüter rettet oder saniert oder was passiert jetzt, wenn jetzt, ich weiß es nicht, im Sommer, nächste Woche oder nächstes Monat dann das Dach ausgebessert wird, was passiert mit den darunterliegenden Kulturgütern. Bitte Herr Vizebürgermeister Tatzreiter, Herr StR Spanring sagen sie es uns bitte. Da ist wirklich Gefahr im Verzug, das muss jetzt gesichert werden. Nachher ist es zu spät. Es ist sowieso wahrscheinlich schon sehr viel kaputt gegangen. Aber wenn jetzt abgedeckt wird und das nicht vorher heruntergeholt, gereinigt, sortiert, inventarisiert und hergerichtet wird, dann ist es wirklich schade um diesen schönen Innerbergerstadl.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Lengauer. Bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Damen und Herren, nur drei Sätze. Ich danke Herrn Dr. Pfeil für den Hinweis auf die Kulturgüter jetzt bei der Abnahme des Daches und bei der Neuauflage. Das ist ganz, ganz wichtig. Ansonsten aber meine ich sollten wir heute nicht das Problem Heimathaus zur Diskussion im Gemeinderat haben, weil wir im Kulturausschuss jetzt schon sehr tief und sehr fest daran arbeiten, auch wenn die Herren der Finanzen schon einige Sorgen mit uns haben, weil das sicherlich nicht sehr billig sein wird. Aber wir haben diese große Verantwortung dieses ganz wichtige und europabedeutende Haus zu erhalten. Wie gesagt, wir im Kulturausschuss arbeiten ganz fest daran. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Es freut mich, dass mein Vorgänger, das was er zu seiner Zeit gemeinsam mit dem Ministerialrat Hahnreich und Herrn Mag. Schuster am Dachboden festgestellt hat, einfordert, dass da jetzt etwas passieren sollte. Der Dachboden ist auf jeden Fall nicht das Depot des Museums, sondern er ist im Moment einfach ein Dachboden. Ein Depot gibt es auch und da wurden die sogenannten kunstwertvollen Objekte, Anfang der 90iger Jahre, in dieses Depot geräumt, das sie auch wissen Herr Dr. Jetzt sind im Dachboden noch alte Vitrinen, Dekorationsmaterial von diversen Ausstellungen oben. Da haben sie Recht, da haben sie vollkommen Recht, was sich in Ermangelung eines leistungsfähigen Depots für solche Sachen in den letzten 50 Jahren unter den Kustoden Bodingbauer und Mühlbauer angesammelt hat, liegt dort oben. Zum Teil sind Sachen dabei, wenn ich an Kanonen oder Ähnliches denke, was dort auch noch herumsteht, das in der jetzigen Gegebenheit aus dem Museum abzutransportieren sicherlich ein Problem darstellen würde. Ich bin jetzt überzeugt, dass durch die jetzt gegebene Renovierung des Daches, das ja nicht einfach nur der Austausch von ein paar Ziegeln ist, sondern im Endeffekt auch die Einrichtungen dazu gegeben sind, dass das Gesamtdach einer Renovierung unterzogen wird. Die Inhalte, die im Dachboden da zum Teil wirklich, und da stimme ich auch zu, herumliegen, mit Hilfe dieser Einrichtungen die wir jetzt für die Dachrenovierung dort installieren werden, auch entsprechend heruntertransportiert werden und nicht durch das ganze Museum geschleppt, eben heruntergebracht werden, sondern dass wir diese Einrichtung jetzt benutzen werden, im Zuge dieser Bauhandlungen, dass wir den Dachboden räumen. Wobei im Moment sicherlich auch noch abzuklären ist, wo wir das eine oder andere hingeben. Aber ich denke, auch da werden wir entsprechende Plätze, in den zur Verfügung stehenden Häusern der Stadt, finden, um das für das erste Mal, auf der einen Seite zu deponieren, auf der anderen Seite aber auch Entsprechendes, so wie jedes Ausräumen eines Dachboden es mit sich bringt, dass man auch dann schaut, was wirklich jetzt aufbewahrungswürdig ist. Es ist auf jeden Fall eines klar, dass in den letzten Jahre da einfach alles hinaufgelegt worden ist, was im Großen und Ganzen nicht mehr gebraucht wurde.

Das von ihnen angesprochene Gemälde stammt aus dem Bestand des Bürgerspitals und wurde bereits vor Jahrzehnten in diesem Zustand vom Museum übernommen. Dort, wo dieses Bild hängt, ist es nicht feucht, wie sie sagen, sondern es hängt seit dieser Zeit, seit wir es vom Bürgerspital bekommen haben, dort. Es ist unumwunden, wenn es möglich ist aus dem Kulturbudget entsprechende Mittel freizubekommen, dieses Gemälde auch zu restaurieren. Aber einen

verschlechternden Zustand hat es sicherlich nicht erfahren, auch wenn es nicht ordentlich aussieht, da stimme ich ihnen zu. Dass sich keiner Gedanken macht wie das Ganze aussieht, das glaube ich ist auch nicht richtig.

Was zur Neuinventarisierung heißt, ist richtig, dass im Zusammenhang mit einer zukünftigen, entsprechenden EDV-Ausstattung und dem dazu notwendigen Programmankauf, für ein neues Museum auch die Neuinventarisierung entsprechend durchzuführen sein wird. So denke ich, dass wirklich, gemeinsam mit dem neuen Vorsitzenden des Kulturausschusses, Kollegen Lengauer, initiierte Projekt „Museum Neu“ auch neue Überlegungen in der Gesamtbetreuung dieses Hauses für die Stadt Steyr Platz greifen werden müssen, auch in der personellen Hinsicht, was sie angesprochen haben. Dass sie kein Freund vom Mag. Schuster sind, weiß eh jeder. Aber rein da immer nur zu sagen, da gehört etwas unternommen, ist ein bisschen zu wenig. Es wird sicherlich in der Neugestaltung des Museums notwendig werden, auch die ganzen personellen Ressourcen da in ein entsprechend neues Licht zu bringen. Das wird auch sicherlich passieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Möchte noch jemand das Wort ergreifen? Herr Dr. Pfeil zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, natürlich Herr Kollege Spanring, ich bedanke mich, dass sie es angesprochen haben. Ich habe 1992, nachdem ich Kulturreferent geworden bin, selbstverständlich als eines der ersten Projekte auch das Museum besichtigt und angegangen, von oben bis unten, gemeinsam mit dem Herrn Dr. Lutz, Ministerialrat Hahnreich und Herrn Mag. Schuster. Auch damals, und sie werden sich vielleicht noch erinnern können, habe ich hier in diesem Gemeinderat genau gesagt, hier muss etwas geschehen. Die personelle Situation im Museum ist nicht ausreichend. Der Herr Mag. Schuster, ob ich jetzt ein Freund oder kein Freund bin, das soll hier überhaupt keine Rolle spielen. Er hat dort seine Arbeitsstelle, er ist nicht freigestellt und kann nicht 100 %ig für die Gewerkschaft arbeiten, was er derzeit tut. Er ist in den letzten Jahren dort nie in Erscheinung getreten, arbeitsmäßig für das Museum, in dem Ausmaß wo man es von ihm verlangen hätte können und müssen. Es kann natürlich nicht sein, dass ein Kulturreferent dort oben jetzt zum Ausräumen anfängt. Da gibt es die Abteilung und den Leiter und da muss ein Konzept erstellt werden. Ich erinnere mich, dass es sogar einmal einen Budgetbeschluss gab, dass es hier von der Dienstbehörde bzw. vom Magistratsdirektor die Zusicherung gab, weil eine Fraktion dann dem Budget doch zugestimmt hat, das war die ÖVP-Fraktion, dass eben diese personelle Situation geändert wird und mit einem zusätzlichen Dienstposten das Heimathaus besetzt wird. Nie ist etwas passiert. Auch das muss man hier einmal erwähnen. Es ist nicht so, dass wir hier jetzt anfangen und sagen, um Gottes Willen, jetzt komme ich erst drauf, dass das Ganze kaputt ist, sondern ganz im Gegenteil, fast gebetsmühlenartig haben wir das immer wieder gesagt.

Herr Kollege Spanring, ich unterstütze sie in jeder Form, was diesem Heimathaus nützt. Nur leider haben sie auch hier jetzt fast alles offen lassen, wie, in welcher Form und wann werden diese Güter, die dort oben, und das ist nicht ein altes Gerümpel das dort oben ist, jetzt heruntergeholt. Sie haben gesagt durch das Museum geht es nicht. Wo werden sie gelagert, wo werden sie gereinigt, wie werden sie aufbewahrt? Das ist leider offen geblieben, weil hier ist es wirklich die Zeit die drängt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber der Herr StR Spanring hat schon gesagt, dass ein passender Platz gesucht wird, wo man das lagern kann. Es war ja auch im StS so, dass der Bürgermeister gesagt hat, der Herr StR Spanring soll sich um das kümmern, soll sich darum annehmen. Er kann noch nicht sagen wo der Platz ist, aber er wird sich darum kümmern.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wird ein Schlusswort gewünscht Herr Referent?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ja, ganz kurz. Ich kann mich nur allen drei Rednern anschließen, es ist natürlich notwendig, dass man, bevor man das Dach abträgt, die Gegenstände in Sicherheit bringt. Das ist das Allerwichtigste. In dem Zusammenhang kann nicht das Dach abgetragen werden und das liegt noch nach wie vor herum. Der erste Windsturm oder der erste Regen, der dort einbricht, vernichtet dort möglicherweise die Hälfte dieser Güter. Ich weiß es nicht ganz genau, welchen Wert das alles hat. Im Zusammenhang dessen ist es notwendig, bevor man dieses Dach dort aufmacht, werden wir danach trachten müssen, dass das in Sicherheit ist. Das zuerst und dann kann man das Dach sanieren. Das meine ich damit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So meine Damen und Herren. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Erneuerung der Dachfläche. Wer diesem Antrag, der Variante 2, die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Sanierung des Basketballplatzes in der HS Ennsleite. Aufgrund der Wasser-undurchlässigkeit des Asphaltes usw. gibt es dort massive, rutschige Moosbildungen. In dem Zusammenhang ist es auch zweckmäßig, diese Wurzeln, die sich schon unterhalb angesetzt haben, wegzubringen. Daher ist es notwendig, auch diese Sanierung vorzunehmen. Bestbieter ist die Firma Alpine mit den Asphaltierungsarbeiten und die Firma ARTA mit den Markierungsarbeiten. Die Firma Alpine kostet S 138.017,54 und die Markierungsarbeiten der Firma ARTA betragen S 18.507,60. Ich bitte auch in dem Zusammenhang die S 57.000,-- einer Kreditübertragung zuzustimmen, damit die S 157.000,-- freigegeben werden können.

12) GHJ2-24/00

Sanierung Basketballplatz -HS Ennsleite.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25. 05. 2000 wird den Auftragsvergaben zur Sanierung des Basketballplatzes der Hauptschule Glöckelstraße 4 - 6, an die

Fa. Alpine, Steyr - Asphaltierungsarbeiten (S 138.017,54 inkl. USt.), und die

Fa. ARTA, Steyr - Markierungsarbeiten (S 18.507,60 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Maßnahme wird daher eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 57.000,-- inkl. USt. von der VA-Stelle 5/211000/010000

(Volksschulen - Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/212000/610000

(Hauptschulen- Grundstücksinstandhaltung)

beantragt

sowie um Zustimmung zur Mittelfreigabe in der Höhe von

S 157.000,-- inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/211000/010000

höflich ersucht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, der nächste Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um die Restaurierung der Steinteile, Dach und Fassade hier im Rathaus, stadtplatzseitig. Weil es aufgrund der Verwitterung bzw. der Umwelteinflüsse schon bedurft hat die 6 Figuren abzutragen bzw. in Sicherheit zu bringen, ist es notwendig, dass wir heute beschließen, diese Fassadenform, das Flachdach und die Balustrade zu sanieren. In diesem Zusammenhang gibt es ja laut dem Amtsbericht mehrere Angebote. Ich darf nun zum Antrag kommen.

13) BauH-73/00

Restaurierung Steinteile; Dach und Fassade - Rathaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 15. 06. 2000 wird den Auftragsvergaben zur Restaurierung der Steinteile, des Daches und der Fassade des Rathauses, Stadtplatz 27, an die

Fa. Wedenig, Wien - Restaurator Figuren und Balustrade

(S 706.800,00 i.U.)

Fa. Wedenig, Wien - Restaurator Steinteile der Fassade

(S 1.119.690,00 i.U.)

Fa. Faatz, Steyr - Flachdach

(S 157.464,88 i.U.)

Fa. Weidinger, Steyr - Gerüstung

(S 174.854,97 i.U.)

Fa. Frank, Garsten - Anstricharbeiten

(S 51.045,71 i.U.)

Fa. Lengauer, Haag - Restaurator Putz

(S 425.916,17 i.U.)

Fa. Faatz, Steyr - Spenglerarbeiten

(S 25.000,00 i.U.)

Fa. Nogrsek, Steyr - Baumeisterarbeiten

(S 15.000,00 i.U.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Sanierung wird der

Mittelfreigabe von

S 2.700.000,00 i. U.

(zweimillionensiebenhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/029000/010000 zugestimmt.

Ich möchte noch hinzufügen, dass es jetzt notwendig ist diese hohe Summe aufzuwenden, weil diese Gerüstung leider in Etappen noch teurer kommen würde. Daher ist es gut, wenn wir das jetzt auf einmal machen. Ich bitte auch dem die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt

jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

Ich danke Herrn Vzbgm. Tatzreiter für seine Berichterstattung und ersuche Herrn StR Bremm um seine Berichte.

BE: STADTRAT

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. In meinem ersten Antrag geht es um die Neufassung der Richtlinien für die Verleihung der Sportehrenzeichen der Stadt Steyr. Es war hier notwendig, verschiedene Richtlinien und ein paar Änderungen an die heutigen Gegebenheiten anzupassen. Es ist ja im Amtsbericht ausführlich angeführt, was hier alte und neue Regelungen sind. Es ist auch natürlich im Stadtsportausschuss diskutiert worden und es wird auch von dort her empfohlen, das so zu beschließen.

Ich ersuche den Gemeinderat dem die Zustimmung zu geben.

14) Sport-4619/73

Neufassung der Richtlinien für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 11. Mai 2000 wird die beigeschlossene Neufassung der Richtlinien für die Verleihung des „Sportehrenzeichens der Stadt Steyr“ genehmigt.

Diese Richtlinien treten rückwirkend mit 1. Juli 2000 in Kraft. Gleichzeitig werden die mit Gemeinderatsbeschluss vom 3. Juni 1993 beigeschlossenen Richtlinien außer Kraft gesetzt. Gem. § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hat die Kundmachung durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt zu erfolgen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Nur zwei Anmerkungen zu diesen Richtlinien. Und zwar, da wirst du mir, Gerhard, als Germanist, Recht geben, dass es wahrscheinlich heißen muss „in silberner Ausführung“ und nicht „in silbener Ausführung“. Ich denke mir, das sollte man nur richtig stellen. Das ist auf der ersten Seite, Punkt 2., damit das auch richtig in den Richtlinien drinnen steht.

Der andere Punkt ist für mich ein wesentlicherer Punkt. Und zwar die Vermengung von Verleihung und Überreichung. Unter IV. Punkt 1. steht, dass die Verleihung der Gemeinderat vornimmt. Das

stimmt auch, weil die Beschlussfassung durch den Gemeinderat ist. Unter Punkt 6. steht dann, die Verleihung wird vom Bürgermeister vorgenommen. Das ist dann nicht mehr die Verleihung, sondern die Überreichung, weil die Verleihung macht der Gemeinderat und die Überreichung macht dann der Bürgermeister. D. h., man müsste unter IV. Punkt 6. Verleihung ersetzen durch Überreichung. Das sind einfach andere Dinge, das hat nichts mit dem Inhalt zu tun.

Desgleichen möchte ich sie aber bitten, eine kleine Änderung vorzunehmen. Ich habe das nicht schriftlich gemacht, um Papier zu sparen, sondern das ist nur ein einziger Satz als Abänderung. Es ist eigentlich nicht einzusehen, dass die Verleihung dieser Sportehrenzeichen durch den Gemeinderat erfolgt, bei der Überreichung der Gemeinderat aber nicht dabei ist, weil gerade dieses Sportehrenzeichen ja auch eine Form der Anerkennung ist für die Verdienste der Bürger um den Sport. Ich weiß von früheren Überreichungen her, dass dann manche, die geehrt werden, es als Desinteresse der anderen Gemeinderäte werten, wenn die eben bei der Überreichung nicht dabei sind. D. h., ich stelle folgenden Abänderungsantrag. In Pkt. 6. möge geändert werden: Statt Verleihung Überreichung, das ist nichts Inhaltliches, sondern das ist einfach formal und dann eben die Überreichung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr wird im Rahmen einer Festsetzung des Gemeinderates vom Bürgermeister der Stadt Steyr vorgenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech, Abänderungsanträge sind nur in schriftlicher Form möglich.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Abänderungsanträge schriftlich - Paragraf 9, Seite 8.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Paragraf 9, Abs. 1, letzter Satz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber es genügt handschriftlich, wenn ich den Tipp geben darf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich muss auch sagen, IV. Punkt 6. Die Verleihung des „Sportehrenzeichens der Stadt Steyr“ wird in feierlicher Form vom Bürgermeister der Stadt Steyr vorgenommen. Das will die Frau Mag. Frech geändert haben, weil der Gemeinderat beschließt und sie will auch, dass die Überreichung durch den Gemeinderat erfolgt.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Darf ich etwas dazu sagen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte Herr Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Zu den paar Dingen, dass es formal auch Deutsch klingt, das ist keine Frage, das wird man dort korrigieren. Verleihung und Überreichung, das ist kein Problem. Aber zur Überreichung des Ehrenzeichens, dass wir hier festlegen sollen, dass der Gemeinderat dabei ist, ich möchte hier schon sehr stark zu bedenken geben, es wird der Stadtsenat zur Sportehrenzeichenverleihung eingeladen. Die Größenordnung, an welche die Sportehrenzeichen verliehen werden, beträgt meistens 5 - 10 Personen. In der Größenordnung bewegt sich das cirka. Vielleicht sind es einmal 11 Personen, aber in der Regel sind es 5 - 10 Personen. Wenn wir dann den Gemeinderat dazu einladen, dann sind es 60 Personen, die nicht direkt betroffen sind und vielleicht 8 Sportlerinnen und Sportler oder Funktionärinnen und Funktionäre. Ich glaube, dass das hier überzogen ist und wir sollten das hier so belassen. Der Bürgermeister lädt dann den Stadtsenat ein. Wenn einmal ein Umstand sein sollte, dass es anders ist, der Bürgermeister hat ja die Möglichkeit, das auszudehnen. Aber hier festzulegen den Gemeinderat einzuladen, ich glaube das würde nicht im Sinne dieser Sportehrenzeichenverleihung sein. Ich glaube, man kann da auch von anderen Gremien, wo so Sportehrenzeichenverleihungen sind, sagen, vom Land OÖ, es ist dort auch nicht der Landtag zu dieser Verleihung eingeladen, sondern es sind da auch nur die Landesregierungsmitglieder, und nicht einmal das in diesem Ausmaß, dabei. Ich würde wirklich vorschlagen, dass wir es bei diesem Passus so belassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist ja auch so, der Bürgermeister vollzieht ja die Beschlüsse des Gemeinderates. Darum überreicht er die Sportlerehrenzeichen. Man kann nicht überall dabei sind. Ich muss auch sagen, wenn mehr Gemeinderäte als Sportler dabei sind, das ist auch nicht gerade optimal.

Ich nehme natürlich den Abänderungsantrag gerne an. Er lautet:

Abänderungsantrag

zum Tagesordnungspunkt 14)

IV. 6. soll ersetzt werden durch folgenden Passus:

Die Überreichung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr wird im Rahmen einer Festsitzung des Gemeinderates vom Bürgermeister der Stadt Steyr vorgenommen.

In einer Festsitzung wollen sie es haben?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

So wie wir es auch bei Ehrenringen, Ehrenbürgern usw. machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Also, man muss eines bedenken. Es ist ja mit Kosten verbunden.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, wünscht noch jemand das Wort? Ist noch ein Schlusswort gewünscht?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag ab. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 1 (LIF). Wer ist dagegen? (FPÖ, SPÖ, ÖVP, GAL). Wer übt Stimmenthaltung? 1 (FPÖ - GR Reznar). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zum Hauptantrag. Wer dem Hauptantrag in dieser Form die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Errichtung eines Studentenheimes für die Fachhochschule in Steyr unter Verwendung des Kolpinghauses. Es soll hier die 3. und letzte Rate als Subventionierung beschlossen werden. Ich ersuche die 500.000,--, die hier vorgesehen sind, zu beschließen und dem die Zustimmung zu geben.

Errichtung eines Studentenheimes für die Fachhochschule in Steyr unter Verwendung des Kolpinghauses; Beitrag der Stadt Steyr (Subventionierung - 3. und letzte Rate).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 6. Juni 2000 wird zur Errichtung von Studentenzimmern im Kolpinghaus als 3. und letzte Etappe im Jahr 2000 eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Gesamtbetrag von ATS 500.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

ATS 500.000,--

(i. W. fünfhunderttausend)

werden bei der VSt. 5/289000/777100 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von ATS 500.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um die Neuordnung der Abfallordnung der Stadt Steyr. Es ist hier im Amtsbericht beschrieben. Es war notwendig, unsere Abfallordnung an die gesetzlichen Regelungen anzupassen. Ich ersuche dem die Zustimmung zu geben.

16) Abf.-25/00

Abfallordnung der Stadt Steyr 2000; Verordnung.

Der Gemeinderat möge

vorliegende Abfallordnung der Stadt Steyr, die im vollen Wortlaut angeschlossen ist, beschließen.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Stadt Steyr in Kraft. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wer dem Antrag die

Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Im letzten Antrag geht es um den Ankauf eines Steyr Traktors mit Zusatzausstattung. Ich ersuche auch hier, dem Ankauf die Zustimmung zu geben und gleichzeitig auch die Kreditübertragung, die hier notwendig ist, zu beschließen.

17) KD-24/00

Ankauf eines Traktors mit Zusatzausstattung; Erstbeschaffung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VII/FA f. kommunale Dienstleistungen vom 23. Mai 2000 wird nachfolgenden Auftragsvergaben zum Ankauf eines Traktors mit Zusatzausstattung zugestimmt:

1 Steyr „Vorführtraktor M9094a Kommunal“ (70 Betriebsstd.) mit Böschungsmäher

an die Fa. Case/Steyr, St. Valentin, zum Preis von **1,020.000,-- inkl. USt.**

1 Hydrac Splittstreugerät SL2000 H-S

an die Fa. Hydrac, Neuzeug, zum Preis von **S 55.918,-- inkl. USt.**

Die erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von

S 1,076.000,-- (Schilling einemillion-sechssundsiebzigttausend) inkl. USt.

werden bei der VA-St. 5/820000/040000 (Fahrzeuge) freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 306.000,-- von der VA-St. 5/852000/040000 (Fahrzeuge - Müllentsorgung) auf die VA-St. 5/820000/040000 (Fahrzeuge) bewilligt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ein altes Thema soll auch bereinigt und einmal abgeschlossen werden. Und zwar ist es die Fassadensanierung der BBAK Steyr. Es ist im Amtsbericht ja ausführlich beschrieben, dass die

Sanierung notwendig ist. Die Stadt ist hier auch vertraglich verpflichtet, einen Beitrag zu leisten. Es ist die letzte Leistung, die wir für dieses Bundesgebäude haben und ich ersuche sie, dem die Zustimmung zu geben.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

18) Bau 5-7247/80

Fassadensanierung BBAK Steyr Vergabe von Lieferungen und Leistungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 19. 6. 2000 wird der Vergabe der erforderlichen Lieferungen und Leistungen für die Fassadensanierung BBAK Steyr wie folgt zugestimmt:

Anteilige Bruttokosten der Stadt Steyr (40 %)

ST. 1.1 Ing. Krebs, Steyr (Baukoordination)

S 23.712,--

ST. 2.1 Fa. Alpine, Steyr

(Baumeisterarbeiten)

S 455.879,48

ST. 3.1 Fa. Wittner, Steyr

(Fassadenverkleidung)

S 808.161,66

ST. 4.1 Fa. Kos, Linz

(Sonnenschutz)

S 137.154,99

Gesamtsumme brutto

S 1.424.908,13

Vorläufig finden Mittel in der Höhe von brutto S 750.000,00 bei VST 5/222000/010000 Deckung. Restmittel in der Höhe von brutto S 675.000,00 sind im Budget 2001 zu veranschlagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier

einstimmige Annahme.

Den letzten Punkt bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Im letzten Antrag soll die Vereinbarung mit der AGR Austria Glasrecycling GesmbH über die Sammlung von Altglas im Gebiet der Stadt Steyr beschlossen werden. Dieses Thema ist ja hier schon einige Male zur Diskussion gestanden. Die AGR ist im Ausgleich gewesen und dieses Problem ist ja gelöst. Es wurde österreichweit, natürlich auch in Oberösterreich, mit dem LAV und mit den diversen Interessengemeinschaften ein Vertrag verhandelt, und der wäre heute zu beschließen. Ich ersuche sie dem die Zustimmung zu geben.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

19) ÖAG-169/1993

Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der AGR Austria Glasrecycling GesmbH über die Sammlung von Altglas im Gebiet der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten sowie der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 20. Juni 2000 wird dem Abschluss einer Vereinbarung mit der AGR Austria Glasrecycling GesmbH, 1020 Wien, Obere Donaustraße 71, über die Sammlung von Altglas im Gebiet der Stadt Steyr entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter Herrn Stadtrat Bremm.

Als nächsten Berichterstatter ersuche ich Herrn Stadtrat Roman Eichhübl um Berichte und gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Merci Madame!

BE:STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Heute ist es nur

ein Antrag, der mich veranlasst hier an das Rednerpult zu treten und sie vorweg um ihre Zustimmung zu ersuchen. Es geht um den Bereich des Städtischen Gaswerkes, und zwar um die Erdgasaufschließung St. Ulrich 2. Teil und um die Neuverlegung einer Erdgaszuleitung zum Gemeindeamt Garsten und damit ist es auch gleichzeitig möglich die Raika in diesem Bereich mit Erdgas zu versorgen. Ich darf ihnen daher den Antrag vortragen:

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

20) Stw-39/2000

Städtisches Gaswerk - Erdgasaufschließung St. Ulrich 2. Teil, Neuverlegung Erdgaszuleitung Gemeindeamt Garsten; Bauarbeiten Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 7. Juni 2000 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung St. Ulrich 2. Teil sowie der Neuverlegung einer Erdgaszuleitung für das Gemeindeamt Garsten der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenes Unternehmen zugestimmt:

TIEFBAULEISTUNGEN

Fa. Ing. Egger GmbH, Steyr

S 1,055.646,-- (exkl. UST)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 des Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A III 3 (Aufschließung St. Ulrich 2. Teil) sowie A IV 5 (unvorhergesehene Leitungsverlegungen) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten über meinen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Der nächste Berichterstatter, Herr Stadtrat Mayrhofer, bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf die Errichtung der Kanalisation Innenstadt NK Redtenbachergasse, Vergabe der Kanalbauarbeiten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, Gußwerk - Kreisverkehr!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ausbau der Gußwerkstraße, Errichtung des Kreisverkehrs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie wissen dass dieser Kreisverkehr bis Oktober fertiggestellt werden soll.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Muss!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Muss, sagt der Kollege Gabath richtig.

Der Grund, warum die Entscheidung so spät kommt, war eine wiederholte Ausschreibung, weil die Preise wirklich nicht gepasst haben und wir eine deutlich überhöhte Summe gehabt haben. Wir sind auch jetzt noch nicht glücklich, sie liegt über den Schätzungen unserer Fachabteilung. Wir ersuchen um Zustimmung für die erforderlichen Mittel.

Es ergeht daher mit Dringlichkeit der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

21) BauStr-12/1999

Ausbau der Gußwerkstraße BA 6; Errichtung des Kreisverkehrs; Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Mai 2000 wird der Vergabe der Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten in der Höhe von S 5.330.387,15 inkl. MWSt. an die ARGE Zwettler, Steyr - Illbau, Linz zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 3.826.000,-- inkl. MWSt. sind bei VSt 5/612000/002030 „Kreisverkehr Gußwerkstraße - BA 6, Verbreiterung Messererstraße, Baukosten und Grund- einlöse“ vorgesehen.

Der Restbetrag in Höhe von ,S 1.504.000,-- inkl. MWSt. wird direkt von der Bundesstraßenverwaltung als Förderung finanziert werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 3.826.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen

Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist wirklich Dringlichkeit geboten. Wir haben nämlich der Bevölkerung in Münchenholz versprochen, dass gleichzeitig mit Inbetriebnahme der Nordspange, der Bereich Gußwerkstraße, diese Umfahrung Haagerstraße, fertig sein wird. Hier ist es wirklich dringlich. Es ist bedauerlich, dass eine wiederholte Ausschreibung notwendig war, aber ich hoffe, dass die Bauarbeiten doch noch rechtzeitig fertig werden. Ein Wermutstropfen ist noch dabei. Wenn sie die Seite 3 des Amtsberichtes lesen, hier steht, dass im Bereich der Messererstraße Fuß- und Radwege, Verbindungen die auch versprochen worden sind, auf das nächste Jahr verschoben werden und leider wird es dann auf diesem Bereich, auf der neuen Verbindung, ein Teil ist ja nicht ganz neu, im nächsten Jahr wieder Bauarbeiten geben. Ich hoffe aber, dass dann trotzdem der Hauptverkehr, auf dieser Straße von der Nordspange kommend, über diese Straße geführt werden kann. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldung? Schlusswort gewünscht? Auch nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Jetzt darf ich zum nächsten Antrag, Errichtung Kanalisation Innenstadt NK Redtenbachergasse, kommen. Der wird zeitgleich mit dem Bau des Kaufhauses City-Point gemacht, hat aber keinen direkten Zusammenhang, sondern nur weil dort sowieso schon gearbeitet wird, wird hier dieser Nebenkanal auch saniert.

Es ergeht mit Dringlichkeit folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

22) Bau 6-4640/92

Errichtung Kanalisation Innenstadt NK Redtenbachergasse; Vergabe der Kanalbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19. Mai 2000 werden die Erd-, Bau- und Rohrverlegungsarbeiten zur Errichtung der Kanalhaltung des NK Redtenbachergasse von Schacht R7 - Schacht R5 an die Firma Illichmann - Haider, 4400 Steyr, Goldbacherstraße 56 b, zum Preis von S 214.817,42 excl. MWSt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel in der Höhe von S 214.817,42 werden bei der VSt 5/851000/004590 (Abwasserbeseitigung Forum) im Wege einer Kreditübertragung von der VSt 5/612000/002590 (Straßenbau Forum) bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 214.800,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS. 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einwände gegen den Antrag? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das Asphaltierungsprogramm 2000 ist Inhalt des nächsten Antrages. Als Bestbieter bei der Ausschreibung hat sich die Firma Zwettler BaugesmbH zum Preis von S 3.319.392,25 inkl. MWSt. herausgestellt.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

23) BauStr-2/2000

Asphaltierungsprogramm 2000; Vergabe der Arbeiten; Kreditübertragungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Juni 2000 wird im Asphaltierungsprogramm 2000 der Erweiterung der Sanierung der Karl-Marx-Straße und Schossergasse (entsprechend dem Asphaltierungsprogramm 1999) zugestimmt und der Auftrag zur Zustimmung zur Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 3.319.392,25 inkl. MWSt. übertragen.

Die Finanzierung dieser Ausgaben hat wie folgt zu erfolgen:

1) Bereits 1999 freigegebene Mittel, welche auf 2000 übertragen wurden (inkl. MWSt.):

S 127.000,-- inkl. MWSt.

bei VSt. 5/612000/00200

(Straßenbau - Belagsarbeiten)

2) Mittelfreigabe aus dem Budget 2000 (inkl. MWSt.):

S 2.000.000,--

bei VASSt. 5/612000/002000 (Straßenbau - Belagsarbeiten)

S 67.000,--

bei VASSt. 1/612000/611000 (Instandhaltung von Straßenbauten)

S 176.000,--

bei VASSt. 5/610000/770020

S 2.243.000,-- inkl. MWSt.

3) Mittelfreigabe in Form von **Kreditübertragungen** zu VASSt. ,5/612000/002000:

S 200.000,--

von VASSt. 5/612000/002020

(Ausbau w. Straßen - Div. Straßenbauten)

S 500.000,--

von VASSt. 5/612000/002050

(Fischhub Plenkberg - Fischhubweg)

S 250.000,--

von VASSt. 5/612000/002230

(Straßenbau Arnhalmweg - Schedlberger)

S 950.000,-- inkl. MWSt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 2.950.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung, wie im Amtsbericht ausgeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Danke sehr, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die Abwasserbeseitigung, Kanalisation Banglmayrgründe. Auf diesen Gründen, im Gebiet Gleink, wird vom Aufschließer ein Aufschließungsübereinkommen abgeschlossen. Er wird die Kanalisation vorfinanzieren und für uns wird es erst in den Jahren 2002 und 2003 budgetwirksam.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

24) Bau T-4/00

Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Kanalisation Banglmayrgründe; Antrag um Vergabe der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19. Juni 2000 werden die Erd-, Baumeister- u. Rohrverlegungsarbeiten zur Herstellung der **Kanalisation Banglmayrgründe** zum Preis von **S 1.297.585,70** excl. MWSt. an **Firma Ilbau GmbH**, 4021 Linz, Schatzdorferstr. 9, übertragen.

Eine Mittelfreigabe für die Abwicklung des Kanalbaues ist vorerst nicht erforderlich. Diese ist in Höhe von S 1.297.586,-- excl. MWSt. je zur Hälfte (S 648.792,--) im Budget 2002 und 2003 vorzusehen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ Landesregierung.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim letzten Antrag geht es um die Errichtung der Kanalisation Ennsdorf. Ende Juli wird mit dem Straßenbau in der Pachergasse begonnen und bei einer Videokamerabefahrung des Kanals, und zwar des Nebenkanals Johannesgasse, hat sich herausgestellt, dass er nicht wie vorerst angenommen mit einem Inlinersystem saniert werden kann, sondern dass es notwendig ist ihn aufzugraben und in offener Tagbauweise zu sanieren. Um das zeitgleich vorzunehmen, ist dieser Antrag nachgereicht worden und ich ersuche ihm die Zustimmung zu geben.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

25) Bau T-18/2000

Errichtung Kanalisation Ennsdorf; NK Johannesgasse 1/NK Pachergasse 3; Vergabe der Kanalbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Juni 2000 werden die **Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten** zur Kanalauswechslung eines Teilstückes des **NK Johannesgasse 1 von Schacht 2A - Schacht 3B** und das Versetzen von Schächten beim NK Pachergasse 3 an die Firma **Erdbau Auinger**, A-3300 Stift Ardagger 300, zum Preis von **S 551.488,46** excl. MWSt. übertragen.

Die **erforderlichen Mittel** in Höhe von **S 552.000,--** sollen bei der Vst. 5/851000/004390 (Abwasserbeseitigung Ennsdorf) im Wege einer Kreditübertragung von der Vst. 5/612000/775000 (Verkehrsdrehscheibe Bahnhof) bereitgestellt werden, da die vorangeführten Mittel auf Grund von Einsparungen bei der Verkehrsdrehscheibe nicht mehr benötigt werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 552.000,-- excl. MWSt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Mayrhofer. Nächster Berichterstatter Kollege Spanring bitte.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, um die Kenntnisnahme des Rechnungsabschlusses 1999 und den noch auszahlenden Restbetrag für den Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Hiermit ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

26) Fin-282/98

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluss 1999; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 1999 wird, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 09. Mai 2000, der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von S 32.550.410,37 (Betriebskostenanteil: S 18.836.139,38; Investitionskostenanteil: S 13.714.270,99)

zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von S 18.325.210,36 (S 32.550.410,37 abzüglich Akontozahlung von S 14.225.200,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck werden bei der VAS 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von S 17.286.348,79 und bei VAS 5/851000/774000 ein Betrag in der Höhe von S 1.038.861,58 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.039.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte, wünscht jemand das Wort? Keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Neubestellung der Disziplinarbehörden. Die Funktionsdauer der Disziplinarbehörden ist mit 30. Juni 2000 abgelaufen, daher sind aufgrund des Statutargemeinden-Beamtengesetzes mit Wirkung vom 1. Juli 2000 diese Behörden auf eine Funktionsdauer von drei Jahren neu zu bestellen. Der Gemeinderat ist für die Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission zuständig.

Es ergeht daher der Antrag des Personalbeirates an den Gemeinderat:

27) Präs-356/00

Neubestellung der Disziplinaroberkommission.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Disziplinaroberkommission für die Funktionsperiode vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2003 wird gem. § 76 StGBG wie folgt bestellt:

Vorsitzender:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

Stellvertreter:

Vizebürgermeisterin Friederike Mach Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter

Mitglieder:

Stadtrat Ing. Dietmar Spanring, Stadtrat Gerhard Bremm, Stadtrat Roman Eichhübl, Stadtrat Gunter Mayrhofer, MD Dr. Kurt Schmidl, SR Mag. Franz Urban (Magistrat Wels), SR Dr. Günther Chalupsky (Magistrat Wels), OMR Dr. Justus Hupfer (Magistrat Wels), SR Dr. Reinhard Nones, SR Bmstr. Dipl.-Ing. Alfred Kremsmayr, SR Dipl.-Ing. Willfried Schönfelder, OBR DDI Friedhelm Pohl, OAR Hans Greinöcker, OAR Gustav Gergelyfi, OAR Walter Oppl, AR Alexander Reder, KR Johann Steindl, BI Karl Zehetner, KR Werner Gstöttner, BI Reinhard Kaltenbrunner, BhV Heinz Neubauer, BhV Johann Diesenreiter, BhV Rudolf Stastny, BhV Reinhard Minoth

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um das Ober-Österreichische Filmbüro für touristisch wirksame Produktionen, Marbach - Förderung d. TV-Vorhabens „Wir bleiben zusammen“.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wer spielt denn da die Hauptrolle?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das Ober-Österreichische Filmbüro für touristisch wirksame Produktionen, Jochen Bauer, Schaufel 29, Marbach, plant in Zusammenarbeit mit Satel und Bavaria Film das TV-Vorhaben „Wir bleiben zusammen“. Dieses Projekt soll weitestgehend in Oberösterreich, respektive in Steyr, gedreht werden. Dazu ist eine entsprechende Subvention notwendig.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Dieser Betrag, der dafür notwendig ist, S 1.890.000,--, würde für das Land Oberösterreich und für die Stadt Steyr halbiert, d. h. dass die Stadt Steyr um eine Förderung von S 945.000,-- ersucht wird.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

28) Fin-132/00

Ober-Österreichisches Filmbüro für touristisch wirksame Produktionen, Marbach - Förderung d. TV-Vorhabens „Wir bleiben zusammen“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 16. 6. 2000 wird dem Ober-Österreichischen Filmbüro für touristisch wirksame Produktionen, Jochen Bauer, Schaufel 29, Marbach, für das in Zusammenarbeit mit Satel und Bavaria Film geplante TV-Vorhaben „Wir bleiben zusammen“ eine Förderung in der Höhe von

ATS 945.000,--

(Schilling neunhundert-vierzigfünftausend)

gewährt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/300000/757000** freigegeben.

Da der Kredit auf **der VA 1/300000/757000** des Budgetjahres 2000 völlig ausgeschöpft ist, ist eine **Kreditüberschreitung** in der Höhe der genannten Summe notwendig und wird hiermit bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Frech, in Vorbereitung der Kollege Lengauer.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Nachdem es bei diesem Antrag um einen Antrag geht, der in einem Ausschuss an sich nicht wirklich vordiskutiert sondern nur weitergeleitet worden ist, ich nehme an der Kollege wird dazu auch noch etwas sagen, und der Rest des Gemeinderates eigentlich kaum mit dieser Thematik beschäftigt war, möchte ich ihnen das Ganze nicht vorenthalten, weil der Schriftverkehr zu diesem Antrag entbehrt nicht gewisser Humoristik. Der eine Punkt, der für mich etwas interessant ist, ist der, dass das erste Ansuchen von diesem Ober-österreichischen Filmbüro für touristisch wirksame Produktionen bereits im November 1999 erfolgt ist. Das heißt, es wäre längst Zeit gewesen, diesen Antrag tatsächlich in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln, wenn es eine Wirtschaftsförderung ist, dann halt im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Also, seit November 1999 ist dieses Projekt in Grundzügen scheinbar bekannt. Dass das Oberösterreichische Filmbüro seinen Sitz in Marbach und damit in Niederösterreich hat, na gut, davon kann man ja noch einmal absehen. Dass man schon den Eindruck gewinnt, dass hier jemand auf einen Zug aufspringen will, so unter dem Titel, wenn wir diesen Film drehen, dann wird aus Steyr das zweite Schlosshotel Orth, diese Vermutung drängt sich auf. Ich möchte ihnen nur kurz aus diesem Schreiben vom 12. November 1999 zitieren, wo nicht nur der Vorschlag zu diesem Film „Wir bleiben zusammen“ kam, sondern auch für ein zweites Exposé: „Wegen des zweiten Exposés, das bei ihnen liegt, nämlich „Baby 2001“ werde ich mich bald an sie

wenden. Ich bitte sie aber das Exposé zu lesen und in Gedanken die Stadt Wels durch die Stadt Steyr zu ersetzen, und den Geburtstermin des Millenniumbabys von 1. 1. 2000 auf 1. 1. 2001 zu verlegen, denn da beginnt ja tatsächlich erst das dritte Jahrtausend.“ Das heißt, diesen Vorschlag hat man scheinbar auch der Stadt Wels unterbreitet. Das zeigt mir schon ein bisschen diese Austauschbarkeit der Orte, an denen gedreht werden soll. Dann ist die Diskussion um diesen Film in die Fraktionsvorsitzendenkonferenz gekommen. Der Herr Bürgermeister hat berichtet, da möchte jemand einen Film drehen, Titel „Wir bleiben zusammen“, da kommt Steyr auch vor und das soll man fördern. Es gab dann in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz den Wunsch, dass man ein genaues Konzept zu diesem Film bekommt. Auch ich habe diesen Wunsch geäußert, alleine das Konzept zu diesem Film sah ich nie. Das gab es nicht und gibt es auch bis heute nicht. Also, wenn man sich den Akt ansieht, da gibt es ein paar Schreiben die hin und her gehen, aber im Prinzip gibt es nicht einmal einen Vertrag darüber. Ich denke mir, bei S 945.000,-- einen Vertrag abzuschließen, ist nur rechtens. Von diesem Ober-österreichischen Filmbüro, mit Sitz in Niederösterreich, wird übrigens auch mit Schreiben vom April mitgeteilt, dass man eben jetzt einen Vertrag ausarbeiten und der Stadt zukommen lassen wird. Diesen Vertrag gibt es bis heute auch nicht. Das heißt, wir wissen nicht wie viel von diesem Film in Steyr gedreht wird, wann wird der gesendet, was hat der für eine Reichweite, was bringt uns der touristisch. Wenn ich das weiß, dann kann ich sagen, okay dafür gebe ich S 945.000,-- aus, wenn ich weiß, das bringt touristisch eine Umwegrentabilität. Wenn ich im Prinzip das überhaupt nicht abschätzen kann, was da letztendlich rauskommt, dann sind mir S 945.000,-- etwas zuviel. Noch dazu wo dann hineingeschrieben wird, die Stadt bekommt S 200.000,- - an Kommunalsteuer zurück. Das ist mir auch nicht ganz klar, denn erstens steht nirgendwo, wovon diese S 200.000,-- herkommen und außerdem fällt die Kommunalsteuer ja nur dann an, wenn das Unternehmen den Sitz in Steyr hat, und das ist sicherlich derzeit nicht der Fall. Was mich dann besonders ärgert, wenn man in einer Kulturausschusssitzung einhellig feststellen muss, wir haben kein Geld mehr für die Kultur, es geht uns wirklich aus, und wir müssen schon um S 10.000,-- oder 20.000,-- feilschen, und dann plötzlich sind 1 Million Schilling, oder S 945.000,--, die für einen kommerziellen Film aufgewendet werden, aus dem Nichts vorhanden. Zugleich müssen wir aber den Kulturschaffenden dauernd sagen, wir haben kein Geld. Dann steht auch noch im Amtsbericht drinnen, aufgrund einer Empfehlung des Ausschusses passiert das, obwohl im Ausschuss tatsächlich festgehalten worden ist, es geht nur um eine Weiterleitung, der Ausschuss begrüßt diesen Film in keinster Weise, sondern leitet ihn eben weiter. Da muss ich schon sagen, ist mir einiges sehr unklar, gerade aufgrund der Diskussion, die wir vor wenigen Tagen mit Kulturschaffenden, die wirklich nicht mehr wissen wie sie ihre Existenz absichern sollen, wieder geführt haben. Da sind mir hier sehr ungewisse S 945.000,-- schon etwas zuviel.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Verstehen sie meine jetzige Wortmeldung als eine Vorrede, um einer üblen Nachrede vorzubeugen. Es geht also wirklich um den Satz „Weiterleitung einer Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses“ in der Sitzung vom 8. Juni 2000. Wir haben dort den Auftrag der Fraktionsobleutekonferenz erhalten, diesen Antrag zu beraten, haben dies im Kulturausschuss getan und haben diesen Kulturauftrag der Fraktionsobleutebesprechung sehr ernst genommen, weil wir meinen, dass Fraktionsobleute auch sehr viel von Kultur verstehen und das Beste für die Stadt wollen. Daher haben wir gesagt, wenn die Fraktionsobmännerkonferenz diesen Wunsch hat, dann werden wir diesen Wunsch weiterleiten. Natürlich weiß ich, und das ist jetzt üble

Nachrede die uns passieren könnte, dass wir im Kulturausschuss immer den Vorwurf haben, dass wir zu großzügig mit den Budgetmitteln umgehen und ganz besonders mit jenen Budgetmitteln, die nicht da sind. Wir beschließen immer wieder Subventionen für Kulturschaffende, auch wenn es schon knapp wird. Nun aber sind auf einmal auf einem Kulturbudget fast 1 Mio. Schilling da, da könnte es heißen, ihr habt ja Geld, oder ihr geht schon wieder sehr großzügig damit um. Um diesen Vorwurf nicht noch einmal zu bekommen, dieser Hinweis. Natürlich auch unsere Sorge, wie Frau Mag. Frech schon gesagt hat, wir kämpfen und suchen oft S 10.000,-- für unsere Kulturschaffenden. Manche unserer Kulturschaffenden sind fast am zu Grunde gehen und wir können ihnen nicht helfen. Das ist natürlich schon unsere Sorge und das wollen wir da auch den Finanzkräftigen mitteilen. Also, wir haben den Auftrag der Fraktionsobmännerkonferenz erfüllt, weil wir meinten das als Kulturauftrag zu sehen und so haben wir diesen Auf- und Antrag weitergeleitet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wenn ich mich recht erinnere, war in der Fraktionsobmännerkonferenz eine einhellige Auffassung, dass wir das tun sollten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein Herr Bürgermeister zur Berichtigung, ich habe gesagt, ich möchte zuerst ein Konzept sehen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie wollten das Drehbuch lesen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, wollte ich nicht. Das Drehbuch ist mir piepegal!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ihnen die Geschichte so erzählt, wie es mir dieser Mensch vom Filmstudio erzählt hat. Es ist der, der diese Schloss Orth-Serie auf die Schiene gebracht hat, die arbeiten mit Bavaria München zusammen. Das Land Oberösterreich hat eine kräftige Förderung in Aussicht gestellt. Die Kosten dieses Pilotfilmes sind 21 Mio. Schilling, wir müssen S 945.000,-- zahlen. Für den Zeitraum des Drehens dieses Filmes wird eine Filialgesellschaft hier in Steyr gegründet, aus dem Titel erwarten wir uns Kommunalsteueraufkommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wo steht das?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das wird im Vertrag drinnen stehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber den gibt es noch nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist das Angebot. Ich meine, ich muss denen ja mal sagen, macht den Film oder macht ihn nicht. Aus diesem Grunde habe ich das unter den Fraktionsobleuten beraten lassen und wir waren der Meinung, dass dies zu vergleichsweise beherrschbaren Kosten eine gute Sache ist, Risiko ist dabei, aber wir sollten dieses Angebot annehmen. Bitte, wir zahlen weniger als ein Zwanzigstel. Es gehört auch noch dazu gesagt, wenn der Pilotfilm ein Erfolg wird und die Abfragen darüber, da gibt es ja ein eigenes System, positiv sind, dann wollen sie eine 13-teilige Serie machen. Die kostet dann 5 Mio. Schilling. Ich betrachte dies, um vielleicht die Kulturpolitiker ein bisschen zu besänftigen, als eine Werbeaktivität für die Bekanntheit der Stadt, für den Tourismus usw. Das war unsere Überlegung und ihr werdet das ja auch nicht aus eurem Kulturbudget berappen müssen. Eigentlich könnte man sagen, das ist eine Tourismus- und Wirtschaftsförderung, damit wir diese Bedenken auch ein bisschen zerstreuen. Man sollte solche Angebote nicht ausschlagen, wenn andere Zahler dabei sind und da mitwirken. Aus diesem Grund glaube ich, dass es eine richtige Investition ist, wir waren damals dieser Meinung.

Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Herr Bürgermeister, es stimmt, wir haben in der Fraktionsobleutekonferenz auch darüber gesprochen, ich habe mich darüber auch sehr positiv geäußert, wenn die eingeforderten Unterlagen bis zur Beschlussfassung vorliegen. Ich habe leider nicht die Zeit gehabt diesen Akt anzusehen, aber wenn ich jetzt höre, dass in dem gegenständlichen Akt die Unterlagen, die Verträge, die Nachweise über die tatsächlichen Ausgaben von 20 Mio. Schilling bis heute nicht vorhanden sind, dann habe ich schon ein Problem damit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich nicht, weil wir zahlen sowieso erst dann, wenn wir den Vertrag am Tisch haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es sind ein paar nette Briefe da, aber wenn man das wirklich ernst nimmt, mehr ist es auch nicht. Ich meine, wenn mehr da sein sollte, zeigen sie es jetzt, und dann stimmen wir dafür. Ich denke schon, dass man da noch einmal überlegen sollte. Grundsätzlich ist so ein Projekt sehr begrüßenswert, überhaupt keine Frage. Überlegenswert und richtiger wäre es wahrscheinlich, wie sie auch angedeutet haben, wenn man das im Tourismusverband als Tourismus- oder Wirtschaftsunterstützung ansehen würde, weniger im Kulturbereich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber der Film selber, ist im Kulturbereich anzusiedeln.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht können wir uns darauf einigen; ich stelle jetzt einen Geschäftsordnungsantrag, dass die genauen Unterlagen bei dieser Firma eingefordert werden und dass im Finanz- und Wirtschaftsausschuss, weil es ja hauptsächlich ein Vertragswerk ist, noch einmal gesprochen werden soll. Ich stelle daher den Antrag für die Zuweisung des Antrages an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube sogar, dort war er schon. Wenn ich mich nicht täusche, dann war er dort schon.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nicht? Kann sein. Wir haben schon so oft darüber geredet. Also ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, der Mensch muss die Zusagen von den Förderern zusammenbekommen, vom Land Oberösterreich, von uns natürlich auch, weil bei uns soll das stattfinden. Ich muss schon sagen, wir sind alle der Meinung, dass wir es machen, ich erkläre die Bedingungen, ich muss das vorbereiten, ich muss das in die Gremien bringen und jetzt geht es um die Beschlussfassung, dass diese Mittel aufgewendet werden. Bevor das abverfügt wird und das Geld aus dem Haus geht, wird natürlich der Vertrag da sein müssen und er wird diese wesentlichen Bedingungen alle beinhalten. Es geht um einen Pilotfilm mit dem Titel „Wir bleiben zusammen“, der ganze Film spielt in Steyr, es ist eine Familiengeschichte, die mit einem Trauerfall anfängt und sonst lustig und nett ist, ich habe ihnen das alles eh schon einmal erzählt und es soll ein Film werden, der natürlich die Stadt in ihrer Schönheit zeigt. Die haben sich darüber Gedanken gemacht, welche Städte sich dafür besonders eignen und wir stellen fest, in Gmunden und in Krems klappt das hervorragend. Da gibt es einen Return und Investment der spannend ist, wenn ich das einmal von der wirtschaftlichen Seite betrachte. Daher waren wir auch der Meinung, dass wir das tun sollten. Also Herr Dr. Pfeil, ich möchte die ja jetzt nicht bitten uns eine Kontonummer zu geben, damit wir das Geld überweisen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben aber schon ausgemacht, dass die Unterlagen bis zur Gemeinderatssitzung vorliegen

sollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich entsinne mich daran aber nicht, wir haben gesagt, wir machen das und zwar ohne ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber ganz ohne ein bisschen Papier wird das nicht gehen! Das sind ja 1 Mio. Schilling.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben ja Recht, aber ich will das ja nicht noch weiter aufhalten, da geht ja noch der ganze Sommer vorbei. Ich muss ihnen ehrlich sagen, ich bin dafür, dass wir das jetzt beschließen.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, die Frau Frech wollte diese Geschichte näher kennen lernen.

Also, es steht ein Geschäftsordnungsantrag zur Debatte. Meine Meinung dazu habe ich schon gesagt, wünscht dazu jemand das Wort? Nicht, dann können wir darüber abstimmen. Der Herr Dr. Pfeil beantragt, das Ganze wieder an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zurück zu verweisen. Das zieht sich für meinen Geschmack zu lange dahin, da geht der Sommer schon vorbei. Ich würde vorschlagen, zu beschließen und die Vorgangsweise so zu wählen, dass natürlich bevor wir das Geld zahlen, der Vertrag da sein muss und das was besprochen worden ist absehbar in Erfüllung gehen muss.

Wir stimmen nun über den Geschäftsordnungsantrag des Herrn Dr. Pfeil, Verweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, ab. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. 9 (8 F, 1 LIF). Wer ist gegen diesen Antrag? SPÖ, ÖVP, GAL. Danke, der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Hauptantrag ab. Wer dafür ist, dass wir grundsätzlich diesen Betrag aufwenden, damit dieser Film in unserer Stadt gemacht werden kann, den ersuche ich um ein Zeichen. 29 (SPÖ, ÖVP, GAL, 3 F - GR Dr. Wetzl, GR Hoflehner, GR Payrleithner). Wer ist dagegen? 1 FPÖ - GR Fürweger. Stimmenthaltung? 5 (1 LIF, 4 F - GR Reznar, GR Fröhlich, GR Eichhübl, Vzbgm. Dr. Pfeil). Danke, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Punkt 29) des Geschehens.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Bei den folgenden Anträgen, die an sich mit dem Gemeinderat nichts zu tun haben sollten, hoffe ich, dass das neue Budget einen anderen Passus erfährt, damit man mit solchen Gegebenheiten, ich spreche wieder einmal von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit verschiedener Voranschlagsstellen, nicht den Gemeinderat belasten muss. Beim ersten Punkt geht es um die finanzielle Unterstützung für den Musikverein Christkindl, zum Ankauf eines gebrauchten Konzertxylophons. Ich ersuche den Gemeinderat, diese Subvention und die Kreditübertragung zu bewilligen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

29) Fin-78/00

Musikverein Christkindl; Finanzielle Unterstützung f. d. Ankauf eines gebrauchten Konzertxylophons.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 16. 6. 2000 wird dem Musikverein Christkindl, vertreten durch den Obmann Günter Dunst, Saaßstraße 5, 4400 Steyr, für den Ankauf eines gebrauchten Konzertxylophons eine Subvention in der Höhe von

S 10.000,--

(Schilling zehntausend)

gewährt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/322000/777000** freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/322000/777000** bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht dazu jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Gibt es einen Einwand? Das ist auch nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Der nächste Antrag, der unter diese Kategorie fällt, betrifft Reinhold Rebhandl, Katalogförderung, wo es ebenfalls um eine Kreditübertragung geht.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

30) Fin-139/00

Reinhold Rebhandl;

Katalogförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 15. 6. 2000 wird Herrn Reinhold Rebhandl, Hofergraben 31, 4400 Steyr, für die Herstellung eines Werkkatalogs eine Subvention in der Höhe von

S 20.000,--

(Schilling zwanzigtausend)

gewährt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/351000/757000** freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/351000/757000** bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht dazu jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Gibt es einen Einwand? Das ist auch nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Der dritte Punkt betrifft Walter Ebenhofer, Katalogbuchunterstützung.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

31) Fin-135/00

Walter Ebenhofer;

Katalogbuchunterstützung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 15. 6. 2000 wird Herrn Walter Ebenhofer, Kirchengasse 4, 4400 Steyr, für die Herstellung einer Katalogpublikation eine Subvention in der Höhe von

S 20.000,--

(Schilling zwanzigtausend)

gewährt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/351000/757000** freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/351000/757000** bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es einen Einwand? Das ist auch nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Ich darf mitteilen, dass wir in der heutigen Sitzung insgesamt S 27.204.050,-- freigemacht und zur Kenntnis genommen haben.

Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Darf ich bitte die „Aktuelle Stunde“ dazu missbrauchen, nur an die Einladung der Steyrtal-Museumsbahn am Dienstag 11. Juli zu erinnern, die sind nämlich schon ganz nervös, weil sie nicht wissen, ob jemand fährt oder nicht, ob das Buffet gerichtet werden soll. Sie haben heute schon herumtelefoniert usw. Ich erinnere nur daran, bekannt zu geben, ob jemand fährt oder nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr gut, ich bin für diesen Hinweis dankbar, das ist nämlich auch Kultur, wenn uns jemand einlädt, dass wir uns ordentlich melden.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Es hat geheißen, im Kulturamt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Können wir das schnell abklären, nachdem wir heute in dieser Dichte zusammen sind. Hat sich da wer gemeldet, oder wie geht das Ganze vor sich?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich bin heute angerufen worden!

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Können wir das vielleicht kurz abklären, wer aller teilnimmt? Wenn wir jetzt aufzeigen und das zählen, dann können wir ihnen die Stückzahl der Gemeinderäte bekannt geben.

19 - nachdem wir heute komplett sind, werden wir das so kundtun.

„Aktuelle Stunde“ - Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liberal?

Die Frau Frech hat uns verlassen, ich bin untröstlich.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Frech, ich habe gerade nach der „Aktuellen Stunde“ gefragt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Thema, wunderbar. Danke.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende unserer Sitzung angelangt. Es war die letzte vor der Sommerpause und ich bedanke mich für die Mitwirkung, wünsche allen einen erholsamen Urlaub und viel Kraft für den Herbst.

ENDE DER SITZUNG: 19.03 UHR.

Der vorsitzende:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

Die protokollführer: die protokollprüfer:

OAR Anton Obrist GR Mag. Michaela Frech

Gabriele Obermair GR Helmut Oberreiter